



# AIB

Antiimperialistisches Informationsbulletin

2V 7426 E

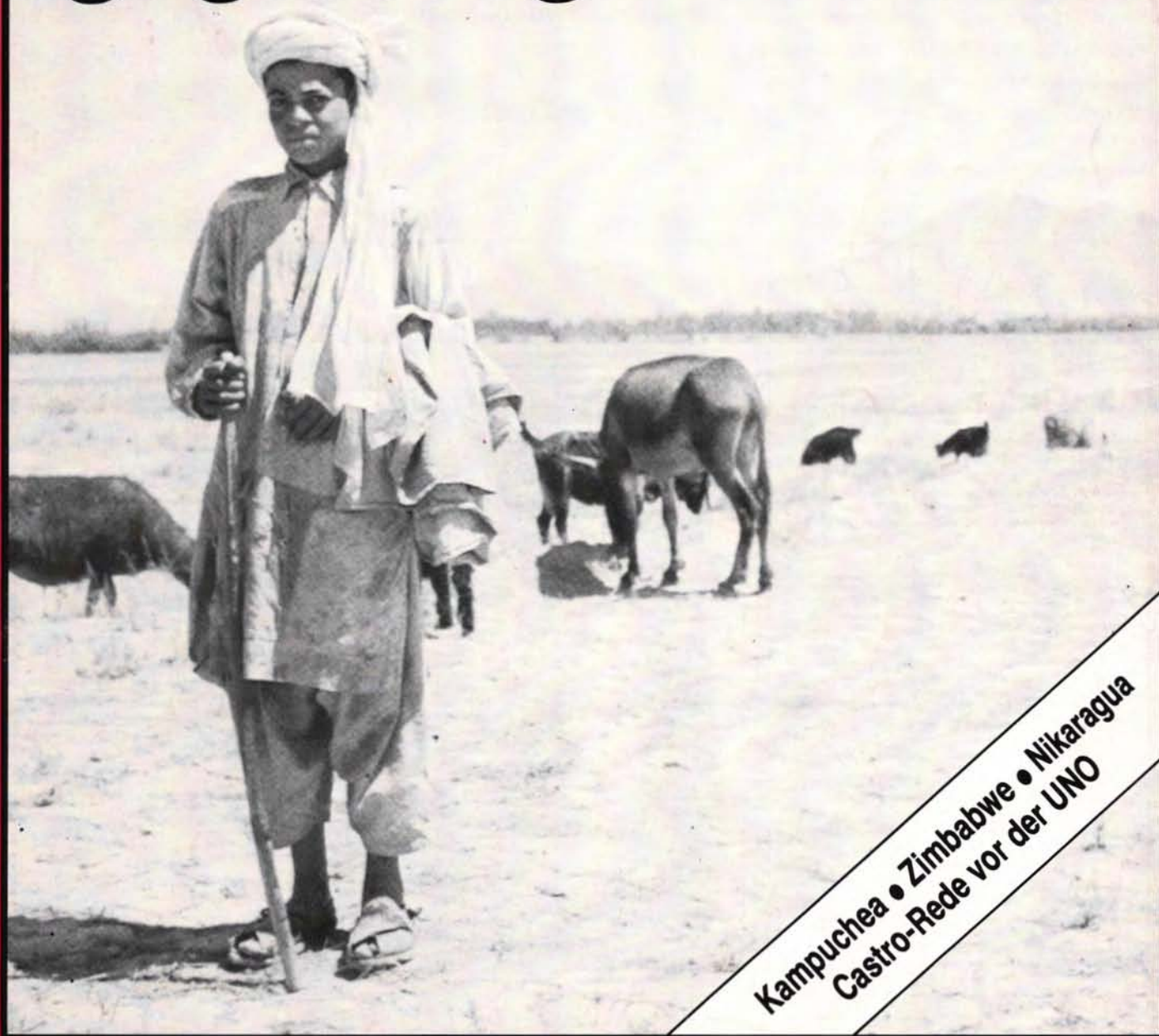
2,- DM

Februar

Nr. 2 / 1980

11. Jahrgang

## Der ‚große Plan‘ gegen Afghanistan



Kampuchea • Zimbabwe • Nikaragua  
Castro-Rede vor der UNO



# Inhalt:

<b>AIB-Aktuell:</b> Afghanistan und der „große Plan“ . . . . .	3
<b>Afghanistan</b>	
Wolfram Bröner: Ursachen der afghanischen Krise . . . . .	4 - 9
Ratlosigkeit der „großen Planer“ . . . . .	6
Babrak Karmal: Appell an das afghanische Volk . . . . .	7
Konrad Ege: US-Interventionismus in Afghanistan . . . . .	10 - 12
Babrak Karmal: Unmittelbare Aufgaben der neuen Regierung . . . . .	13
<b>Kampuchea</b>	
Harald Meinke: Kampuchea-Hilfe für wen? . . . . .	14 - 17
FG BRD-Vietnam: Forderungen zu Kampuchea . . . . .	16
Telegram Sihanouks an K. Samphan . . . . .	17
<b>Ägypten</b>	
Interview mit Hussein Fahmy: Die Opposition vereinen . . . . .	18 - 19
<b>Zimbabwe</b>	
Jürgen Ostrowsky: Frieden oder neuer Krieg? . . . . .	20 - 21
<b>Nikaragua</b>	
Peter Jacobs: Zu spät Padron! Beobachtungen im neuen Nicaragua (2. Teil) . . . . .	22 - 24
Bilanz der Kriegsschäden . . . . .	23
<b>Türkei-BRD</b>	
FIDEF: F. J. Strauß und die türkischen Faschisten . . . . .	25 - 27
Türkeş - Mann der Nazis . . . . .	26
Türkeş' Lebenslauf in Stichworten . . . . .	27
<b>Entwicklungsländer-UNO</b>	
Dritte internationale Entwicklungsdekade . . . . .	28
Rede Fidel Castros vor der UN-Vollversammlung: Aufschrei der Völker der Entwicklungsländer (1. Teil) . . . . .	28 - 31
<b>Rückblick:</b> Vor 15 Jahren: Ermordung des Malcolm X . . . . .	
32	
<b>Rezensionen/Filme:</b> Südliches Afrika in der „Krise“ . . . . .	
33	
<b>Kurzinformationen:</b> Indien, Ost-Timor, OPEC, Saudi-Arabien, Lybien-Palästina, Belize, Puerto Rico, El Salvador, Brasilien, Südafrika, Zentralafrika . . . . .	
34 - 35	
<b>Kommentar:</b> Wie Carter „Khomeini loswerden“ will . . . . .	
36	



Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672

Konto: Weltkreis Verlags GmbH, Postscheckkonto 31 2093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 533 900 00, Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Bruer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Wolfgang Gehrcke, Mechthild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Beate Landefeld, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantw.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg, nicht etwa bei der Post, bekanntgeben.

Redaktionsschluss: 16.1.1980

Es arbeiteten weiter mit: H. Denk, M. Hellmann, W. Jarke, M. Knauf, H. Mayer, W. Ritter, U. Rupp, L. Schmitz, H. Vortisch, J. Weber, B. Weng, U. Werf

Anzeigen: Hilfsaktion Vietnam, Das Argument, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, rote blätter, skaal

## Plakatmappe des ASK zum Südlichen Afrika



Das Antiimperialistische Solidaritätskomitee (ASK) hat eine Mappe mit 16 Posters — zum Teil in Farbdrucken — vorgelegt. Sie spiegelt eindrucksvoll den Kampf und das Leid der Völker des südlichen Afrika gegen rassistische Ausbeutung und Unterdrückung wider. Amandla Ngawethu — alle Macht dem Volke!

Unter dieser Losung appelliert diese neue Plakatmappe für die Solidarität mit den Völkern des südlichen Afrika. Mit dem Erlös — die Mappe kostet 16 DM — wird der Befreiungskampf unterstützt.

Die Mappe kann bestellt werden bei:

**ASK, Mainzer Landstr. 15, 6000 Frankfurt/M.**



# AIB-Aktuell: Afghanistan und der „große Plan“

Der Sturz der Regierung H. Amins und das sowjetische Eingreifen Ende Dezember 1979 in Afghanistan haben in den westlichen Hauptstädten einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, der selbst die Reaktionen im Angolakrieg (1975) oder zu Kampuchea (Januar 1979) in den Schatten stellte.

Knapp ein Jahr nachdem Vietnam der „Aggression“ gegen Kampuchea bezichtigt wurde, weil es die kampucheanische Widerstandsbewegung FUNKSN (Nationale Einheitsfront für die Rettung Kampuchreas) beim Sturz des barbarischen Pol-Pot-Regimes unterstützt und dessen antivietnamesischen Grenzkrieg zurückgeschlagen hatte (vgl. AIB, Nr.2 und 3/1979), trug man nun die sog. „Aggression“ bzw. den „Einmarsch“ der Sowjetunion gegen Afghanistan in die Vereinten Nationen. Und siehe da: Die Avantgarde der Ankläger glich im Januar 1980 in der sog. „Afghanistanfrage“ jener der „Kampucheafrage“ Januar 1979. Denn allen voran klagten die USA, Großbritannien und China.

Auf der Tagung des UN-Sicherheitsrates am 7.1.1980 wurde mehrheitlich die „jüngste militärische Intervention in Afghanistan“ mißbilligt und der „sofortige und bedingungslose Rückzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan“ gefordert. Als das Veto der Sowjetunion diese Resolution blockierte, ging es vor die 6. Sondertagung der UN-Vollversammlung. Mit einem Stimmenverhältnis von 104:18:18 bekräftigte diese am 15.1.1979 die Resolution des Sicherheitsrates. Mehr noch, sie fügte den Zwischenpassus hinzu, der Truppenabzug habe zu erfolgen, „um dem afghanischen Volk zu erlauben, selbst über die Art seiner Regierung zu entscheiden“. So richtig an und für sich die Feststellung ist, jedes Volk habe das Recht auf die Wahl seiner Regierung und seines Entwicklungsweges ohne äußere Einmischung, so unbestreitbar hat die Volksdemokratische Partei Afghanistans (VDPA) im April 1978 mit einer breiten Volksunterstützung das alte Feudalregime hinweggefegt, eine Revolutionsregierung etabliert und einen sozialrevolutionären Prozeß im Interesse der breiten Volksmehrheit eingeleitet. Um die Verteidigungsfähigkeit dieser Revolution zu sichern, wurde von der Regierung Taraki im Dezember 1978 eine enge militärische Zusammenarbeit mit der UdSSR, einschließlich des nötigenfalls Ergreifens gesonderter Maßnahmen „im Einverständnis beider Seiten“, vereinbart. Der hier zitierte Artikel 4 des afghanisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages berief sich überdies auf die UN-Charta, welche in Artikel 51 das Recht auf „kollektive Selbstverteidigung im Falle eines bewaffneten Angriffs“ ausdrücklich feststellt.

Im Fall der afghanischen Inanspruchnahme sowjetischer militärischer Hilfeleistung, einschließlich der Entsendung von Truppenkontingenten, kann demnach nicht von „Einmischung“, „Aggression“ oder „Invasion“ die Rede sein, es sei denn, dies wäre gegen den erklärten Willen der afghanischen Regierung geschehen. Aber bekanntlich haben sowohl H. Amin als auch die neue Revolutionsregierung B. Karmal die Hilfe der Sowjetunion angefordert.

## J. Carter in der Pose des Weltsheriffs

Genau hier harkten die Irreführungsversuche der westlichen Medien und Regierenden ein. Die Daten der afghanischen Hilfeersuchen an Moskau wurden in Zweifel gezogen und durch eine Version ersetzt, sowjetische Truppen hätten ungebeten Einzug gehalten, H. Amin weggeputscht und an seiner Stelle B. Karmal eingesetzt. Obgleich man keine stichhaltigen Beweise zum Sturz Amins durch sowjetische Hand vorweisen konnte, gelang es doch, die Glaubwürdigkeit der afghanischen Selbstdarstellung – nämlich daß Amin durch die Aktion der VDPA und linksoppositioneller Militärs beseitigt worden war – zu erschüttern. Ein weiterer Herd des Zweifels gesellte sich hinzu, indem allgemein ein „bewaffneter Angriff“ gegen das revolutionäre Afghanistan als nicht existent hingestellt wurde. In der Tat lag kein offener Aggressionskrieg vor, wie ihn etwa Somalia gegen Äthiopien oder China gegen Vietnam entfesselt hatten. Aber Pakistan, die USA, China u.a. führten längst bewaffnete Interventionsgruppen im Bunde mit der afghanischen Feudalreaktion gegen das Land ins Feld. Doch diese, dem Eingreifen der UdSSR vorausgegangene, bewaffnete Intervention wurde beharrlich vertuscht, bestritten. Die im Jahr 1979 unablässigen „bewaffneten Angriffe“ der Interventionen von pakistanischem und in geringerem Maße iranischem Boden aus wurden eben deshalb verfälscht in sog. „Volksaufstands“-Signale. Die Enthüllung des „großen Plans“ unter einer Luftlande-Invasion seitens der Interventionsmächte zum Sturz der afghanischen Revolutionsregierung, am 15.1.1980 aus den pakistanischen Peschawar gemeldet, aber hat im nachhinein das reale Vorhandensein der „äußeren Bedrohung“ bzw. des „bewaffneten Angriffs“ bestätigt



(siehe Beiträge von W. Brönnner und K. Ege). Die westlichen Afghanistan-Berichtersteratter übergangen diese Interventionsbeweise folgerichtig. Für die UN-Abstimmung kam die Aufdeckung des „großen Plans“ ohnehin zu spät...

Für die Carter-Administration und andere NATO-Mächte wurde die Afghanistankrise zu dem Vorwand, um zum Angriff auf die Entspannung und zur Forcierung des militärischen Aufmarsches im Nahen und Mittleren Osten zu blasen. Denn längst vor dem sowjetischen Eingreifen in Afghanistan hatte J. Carter seinen globalen „großen Plan“ der Konfrontation vorprogrammiert.

Die jetzt mit der sowjetischen „Besetzung“ Afghanistans begründete Aussetzung der SALT-II-Ratifizierung im US-Senat war schon im Herbst 1979 Fakt. Konfrontiert hatte man das sozialistische Lager mit dem NATO-Beschluß zur Stationierung neuer Atomraketen in Westeuropa schon zuvor im Dezember 1979. Die Aufstellung einer US-Eingreiftruppe, gerichtet speziell gegen die Ölländer und Befreiungsbewegungen, war ebenso eine längst beschlossene Sache wie die drastische Erweiterung der US-Militärpräsenz im vorderasiatischen Raum. Die US-Kriegsdrohungen gegen den Iran seit Ende November 1979 (siehe AIB, Nr. 1/1980, S. 3) hatten die internationale Lage zusätzlich verschärft.

In einer Rede vom 19.12.1979 hatte US-Präsident J. Carter schon die Rückkehr zur Politik „der militärischen Stärke“ einschließlich der „entschlossenen Machtanwendung“ verkündet. Mit dem Aufmarsch der US-Kriegsflotte vor den iranischen Küsten, der Androhung einer Seeblockade und Wirtschaftsboykottmaßnahmen gegen den Iran wurde sie bereits praktiziert. Nun nahm J. Carter in der Pose des Weltsheriffs die Afghanistanpolitik der UdSSR zum Anlaß, um ihr Macht zu demonstrieren. Neben der SALT-II-Vertagung sind hier hervorhebenswert: der Stopp für die Lieferung von US-Technologie und -Getreide an die UdSSR wie der kulturell-wirtschaftlichen Beziehungen, die Androhung des Boykotts der Olympiade in Moskau, die Anbahnung enger militärischen Zusammenarbeit USA-China, die Sicherung neuer US-Militärbasen in Ägypten, Israel und möglicherweise auch in Somalia, Kenia, Oman oder Saudi Arabien, ein neuer Militärvertrag mit der Türkei und schließlich die geplante Aufrüstung bzw. Stabilisierung des „Front“-Staates Pakistan.

Während die Mannen um F. J. Strauß diesem Konfrontationskurs uneingeschränkt applaudieren, ja ihn um die Forderung nach einer Eingreiftruppe auch Westeuropas (so G. Gillissen in der Frankfurter Allgemeinen, 16.1.1980) anreichern, zögern die Bundesregierung und andere westeuropäische Staaten bei der vollen Unterstützung von Carters „großem Plan“ noch. In seiner Regierungserklärung vom 17.1.1980 vor dem Bundestag sicherte H. Schmidt einerseits den USA feste Solidarität und die verstärkte Mitunterstützung der Türkei und Pakistans zu, betonte aber andererseits auch die Notwendigkeit des Festhaltens am Entspannungsprozeß – ein Widerspruch in sich, mit oder ohne Afghanistan.



Wolfram Brönner

## Ursachen der afghanischen Krise



Seit dem gewaltsamen Sturz des afghanischen Staatspräsidenten Nur Mohammad Taraki am 16. September 1979 und Hafizullah Amins voller Machtübernahme trieb die afghanische Revolution in eine prekäre Krisensituation.

H. Amin selbst war sich darüber nach zwei fehlgeschlagenen Putschversuchen gegen ihn im Oktober und Dezember 1979 offenbar klar geworden. Denn bereits er ersuchte – wie zuvor Präsident Taraki – die Sowjetregierung, unter Berufung auf den sowjetisch-afghanischen Freundschaftsvertrag vom Dezember 1978, um eine Truppenentsendung zwecks Hilfeleistung gegen die zunehmenden ausländischen Einmischungsaktivitäten. Dem daraufhin entsandten sowjetischen Kontingent von Luftlandtruppen (geschätzte 3.000-5.000 Mann), das am 24.12.1979 nach Kabul eingeflogen wurde, aber lastete man später an, der eigentliche „Putschtäter“ gegen H. Amin gewesen zu sein.

### „Sowjetischer Putsch“ in Kabul?

Doch die hierzu bislang ins Feld geführten „Beweise“ sind wenig überzeugend, vielmehr ausgesprochen vage. Zunächst einmal stützte man sich auf reine Mutmaßungen westlicher Diplomaten, deren nicht näher ausgewiesenen „Informationen“ zufolge „an der Erstürmung der festungsähnlichen Residenz keine afghanischen Truppen, sondern ausschließlich Rotarmisten beteiligt“<sup>1</sup> gewesen sein sollen. Die anonymen Diplomaten selbst waren jedoch am 27.12.1979 nicht an Ort und Stelle.

Um diese Lücke zu schließen, ließ man sodann bundesdeutsche Touristinnen u.a. im Spiegel (hier anonym) und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) auffahren. In der FAZ vom 4.1.1980 wußte die – laut Balkenüberschrift – „Augenzeugin beim sowjetischen Putsch in Kabul“, Nora Sethe, zu berichten, sie habe vor dem Innenministerium (!) Soldaten vorfahren sehen: „Soweit ich es in der Dunkelheit erkennen kann, scheinen mir das keine Afghanen zu sein. Ich werde allerdings in meinen Betrachtungen gestört, weil plötzlich Warnschüsse auf mich abgegeben werden...“

Abgesehen von diesem gestörten Augenschein, war sie überhaupt nicht zu den eigentlichen Orten des Machtwechsels, dem Präsidentenpalast in Darrulaman oder dem Regierungspalast (Haus des Volkes) im Zentrum Kabuls vorgedrungen. Kaum stichhaltiger ist auch das zweite „Beweisstück“ der N. Sethe, die erste Rundfunkansprache der neuen Regierung am 28.12.1979 sei nicht von Babrak Karmal verlesen worden. „Afghanische Freunde“ wollen seine Stimme nicht wiedererkannt haben, und „ich kann das nicht beurteilen“.

In der Tat, denn die „Zeugin“ irrt überdies im Datum. Nicht am 28.12.1979 sandte Radio Kabul den besagten Karmal-

Appell (Wortlaut siehe Kasten), sondern bereits am 27.12.1979, genau um 13.00 Uhr. Am 28. Dezember verbreitete der Sender hingegen eine Erklärung der neuen Regierung zum dringenden Hilfsersuchen an die UdSSR, „schnell politische, moralische und ökonomische Hilfe einschließlich militärischer Hilfe, um die die Regierung der Demokratischen Republik Afghanistan die Regierung der Sowjetunion zuvor mehrmals ersucht hatte, zu erweisen. Die Regierung der Sowjetunion kam der Bitte der afghanischen Seite nach“.<sup>2</sup>

Hieran offenbart sich ein Zwiespalt der aktuellen westlichen Informationspolitik zu Afghanistan. Einerseits nahm man die putschistische Machtusurpation H. Amins im September 1979 und den Mord an N.M. Taraki als innere Angelegenheit der Volksdemokratischen Partei Afghanistan (VDPA) hin, ja Jimmy Carter verteidigte H. Amin gar als „legitimen Präsidenten“. Andererseits soll nun – mit der Legende vom „sowjetischen Putsch“ – der Sturz H. Amins, bewerkstelligt durch die VDPA und ihr verbundene Armeekreise, als nicht-innere afghanische Angelegenheit hingestellt werden. Zu diesem Zweck wird vorgetäuscht, es habe kein authentisches Widerstandspotential unter den Revolutionären Afghanistans gegeben. Wie noch zu zeigen sein wird, gab es indessen in der 2. Jahreshälfte 1979 Motive und Anzeichen genug für die reale Herausbildung einer solchen linksoppositionellen Front gegen Amin auf afghanischem Boden. Sie und kein anderer kam schließlich mit dem Aufstand des 27. Dezember der Gefahr eines Rechtssturzes zuvor.

Die Herbeirufung zusätzlicher sowjetischer Truppenkontingente durch die neue Revolutionsregierung, wohlgerichtet in einer Situation starker militärischen Gegendrucks von Interventionstruppen und verbliebenen Amin-Anhängern, diene so gesehen der Absicherung einer vorausgegangenen eigenständigen revolutionären Machtergreifung.

### Parallelen Angola, Äthiopien, Kampuchea

Die sowjetische Truppenentsendung in das benachbarte Afghanistan unterscheidet sich insofern nicht prinzipiell von jener Hilfe, die zuvor die Revolutionsregierungen Angolas (1975) und Äthiopiens (1977) von Kuba oder der Revolutionäre Volksrat Kampuchreas (1979) von Vietnam<sup>3</sup> erbeten hatten.

Leonid Breshnew strich in einem Prawda-Interview heraus, das Hauptmotiv für das verstärkte militärische Engagement der Sowjetunion Ende Dezember 1979 habe letztlich darin bestanden, der VDPA-Regierung bei der Abwehr eines „nicht erklärten Krieg(es) gegen das revolutionäre Afghanistan“ zu Hilfe zu kommen. Als die eigentliche „reale Gefahr“ benannte der Generalsekretär der KPdSU die „anhal-



tende bewaffnete Intervention und die weitgediehene Verschwörung äußerer Kräfte der Reaktion... Mit anderen Worten, es kam der Augenblick, da wir nicht mehr umhin konnten, der Bitte der uns befreundeten Regierung Afghanistans nachzukommen. Hätten wir anders gehandelt, so hieße das, Afghanistan vom Imperialismus in Stücke reißen zu lassen und den aggressiven Kräften zu gestatten, dort das zu wiederholen, was ihnen zum Beispiel in Chile gelang, wo die Freiheit des Volkes im Blut ertränkt worden ist.<sup>4</sup> Es bleibt allerdings die Frage, womit eine derartige „existentielle Bedrohung“ der afghanischen Revolution durch den Imperialismus und seine Verbündeten nachgewiesen werden kann (s. w.u.)...

Auf jeden Fall kann man nicht daran vorbei, daß das sowjetische Eingreifen – folgt man dem hier skizzierten Sachverhalt – völkerrechtlich legitimierbar ist: Es leitet sich her aus Artikel 4 des afghanisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages vom Dezember 1978, dem Hilfeersuchen seitens der amtierenden Regierung H. Amin vor und der neuen Revolutionsregierung B. Karmal nach dem 27. Dezember 1979 sowie aus Artikel 51 der UN-Charta, wonach das Recht auf kollektive Selbstverteidigung bzw. militärischen Beistand im Falle einer äußeren Bedrohung gegeben ist.

Und man kann ebensowenig daran vorbei, daß nur die Wiederherstellung der Verteidigungsfähigkeit der afghanischen Revolution es ermöglichen konnte, die ersten wirklichen sozialen Errungenschaften des afghanischen Volkes (Landreform, Bildungskampagne, Sozialfürsorge, Recht auf Interes-

senvertretung usw.)<sup>5</sup> nach jahrhundertelanger feudaler Knechtschaft, Unterdrückung und Elend zu bewahren. Hier wiegt die moralisch-politische Verantwortung zur internationalistischen Hilfe ähnlich schwer wie zuvor im gradeso rückständigen, ausgehungerten Äthiopien, wo eine wachsende äußere Intervention und ein ihr verbundener konterrevolutionärer Bandenterror schließlich in einen Stellvertreterkrieg Somalias einmündete.

Damit sind wir bei der Frage nach den wesentlichsten Ursachen, die zu der akuten Krisenzuspitzung der afghanischen Revolution im letzten Quartal 1979 führten. Wenngleich der aktuelle Informationsstand noch keine erschöpfende Antwort zuläßt, so können zwei der Krisenfaktoren wohl als die ausschlaggebenden angeführt und bereits heute hinreichend ausgewiesen werden. Es handelt sich um den Interventionismus von außen und um die Schwächung der VDPA von innen.

### Destabilisierung – kein „Ammenmärchen“!

Jene Ursache der afghanischen Krise, die von der „freien Welt“ am beharrlichsten übergangen oder geleugnet wird, ist die flagrante Einmischung der Westmächte in die innere Entwicklung Afghanistans. Bundesdeutsche oder US-Kommentatoren bezeichnen noch dieser Tage eine „Belieferung von afghanischen Aufständischen mit Waffen durch ausländische Kräfte“, etwa durch die USA, als haltlos. Andere erachten jede unterstellte westliche „Einmischung“ als „absurdes Ammenmärchen“.<sup>6</sup> Da wird gradeso getan, als dächte die US-Administration in Washington überhaupt erst seit dem Eingreifen der UdSSR im Dezember 1979 daran, Pakistan als die Operationsbasis für gegenrevolutionäre Aktivitäten in Afghanistan aufzubauen, als begänne man jetzt erst gegen die Volksdemokratische Partei Afghanistans zu agieren.<sup>7</sup> Indessen machen die kürzliche Untersuchung von K. Ege im amerikanischen Magazin Counter Spy (siehe nachstehend) und weitere Enthüllungen<sup>8</sup> ganz anderes deutlich:

In Arbeitsteilung mit dem Schah-Regime, seinem Geheimdienst SAVAK und Bonn schaltete sich der US-Geheimdienst CIA bereits unmittelbar nach dem Sturz der Nadir-Monarchie 1973 in die afghanische Szenerie unter dem Daud-Regime ein. Die bundesdeutsch-amerikanische Ausbildung der Geheimpolizei Dauds lief unter dem Auftrag, die als „kommunistisch“ klassifizierte VDPA und den linken Offiziersflügel zu zerschlagen. Die fortlaufende „Säuberung“ derart verdächtigter Kräfte speziell seit 1975, die Ermordung des VDPA-Führungsmitglieds Mir Akbar Khaibar am 17. April 1978, die Verhaftung und geplante Hinrichtung von sieben prominenten VDPA-Führern (N.M. Tarakis, B. Karmals u.a.) vor dem 27. April 1978, alle diese Aktionen gingen auf das Konto jener gegenrevolutionären Interventionspolitik des Imperialismus.

Nachdem die VDPA dennoch mit dem bewaffneten Aufstand vom 27. April 1978 die Macht übernahm, ging man in den westlichen Metropolen daran, die Destabilisierung der Revolutionsregierung Taraki zu organisieren. Spätestens im Frühjahr 1979 schalteten die Carter-Administration und mit ihr die NATO-Alliierten auf Konfrontationskurs. Ihre und die Pekinger Streichung nahezu jeder wirtschaftlichen Hilfe in Kabul ging einher mit dem Aufbau einer relativ schlagkräftigen Interventionsstreitmacht der sog. islamischen Rebellen (nach vorsichtigen Schätzungen heute rund 50.000-70.000 Mann) auf pakistanischem Territorium.

Hier, um die Befehlszentrale Peschawar, entstanden in unmittelbarer Nähe zur afghanischen Grenze und zum Khaiberpaß rund 30 militärische Stützpunkte (im April 1979 waren es 12). Sie dienen sowohl zur Ausbildung der Rebellenkommandos als auch als Ausgangspunkt für Überfälle tief in



Frühjahr 1979: Arbeiterdemonstration für die Regierung Taraki in Kabul



afghanisches Gebiet hinein. Dies geschah, wie Zia Nassery Khan, einer der Rebellenführer, im Januar 1980 offen bekannte, „schon seit über einem Jahr mit tatkräftiger Unterstützung Pakistans“,<sup>9</sup> d.h. der reaktionären Militärdiktatur Zia-ul-Haqs.

Amerikanische und chinesische Instruktoren sorgen dort gemeinsam mit pakistanischen Offizieren für die Ausbildung abgehalfterter Feudal- bzw. Stammeskrieger und in Sold genommener afghanischer Flüchtlinge. Finanzier und Waffenlieferant Nr. 1 dieser gegenrevolutionären Interventionstruppen ist der CIA, der nach dem Sieg der iranischen Volksrevolution vom Februar 1979 sein regionales Hauptquartier von Teheran nach Pakistan verlagerte.

Ergänzt wurde die Aufmarschbewegung in Pakistan durch eine ansehnliche Militärhilfe und die Duldung von Stützpunkten auf eigenem Territorium seitens der VR China und einflußreicher Kreise des Iran. Von hier aus, unter Assistenz bewaffneter Kräfte des reaktionären Flügels der islamischen Bewegung des Iran um den proimperialistischen Ayatollah Shariat-Madari, starteten die Rebellen im März 1979 ihren Überfall auf Herat, bei dem sie Tausende massakrierten. In der an China angrenzenden Provinz Badachschan und in einigen Städten agieren die Sabotagetruppen der afghanischen Maoisten, der Schola-i-Dschawid (Ewige Flamme) und diverser Abspaltungen.

Auf US-amerikanische Initiative hin kamen schließlich auch mehrere Koordinationstreffen der afghanischen Konterrevo-

lutionäre zustande, so u.a. im Januar 1979 in Lahore (Pakistan), im November 1979 in München und im Januar 1980 an unbekannter Stelle erneut in Pakistan. Eine politisch-militärische Vereinigung der bedeutendsten Gruppierungen der sog. islamischen Rebellen scheiterte bislang, doch kam im Januar 1980 immerhin die Bildung eines „Kampf-Komitees“ zustande. Die damit angebahnte Koordinierung der bewaffneten Einfälle, der Kontakte zu „befreundeten Staaten“ und des Nachschubs trägt zur Erhöhung der Schlagkraft dieser Banden bei, eine Entwicklung, die von den in Peschawar konzentrierten pakistanischen, chinesischen, US-amerikanischen und neuerdings auch ägyptischen Instruktoren nach Kräften gefördert wird. Die anleitende Rolle der ausländischen Interventionsmächte stützt sich weiter auf die Tatsache, daß mit Zia Nassery Khan und dem Königstreuen Zyra Nezri zwei US-Staatsbürger und Kontaktmänner der Carter-Administration als Rebellenführer firmieren.

Ansonsten setzen sich die Führer der Rebellengruppierungen vornehmlich aus Angehörigen des entmachteten afghanischen Feudaladels, Monarchisten, Großgrundbesitzern oder ebenfalls teilweise von Enteignungsmaßnahmen betroffenen Geistlichen zusammen. Hervorzuheben sind hier der nun in Peschawar ansässige vormalige Kabuler Theologieprofessor Burhanuddin Rabbani, der von bundesdeutschen Reportern als „Chef der Untergrundbewegung“ honoriert wurde und den Islamischen Bund anführt, sowie Sibghatullah Mujadidi, der der Nationalen Befreiungsfront vorsteht, die Monarchie wiederherstellen will und vom Gros der enteigneten Feudalherren favorisiert wird.

Andere Rebellenführer wie Jalil Shams (Islamischer Rat) oder Zia Nassery Khan (Islamischer und Nationaler Revolutionsrat Afghanistans) plädieren für eine Kombination aus „Islamischer Republik“, allerdings „Nicht a la Chomeini“, und einem ominösen „freiheitlichen System“. Sie verstehen sich als feste Verbündete der „freien Welt“, also der Westmächte, und meinen mit „mehr Freiheit und mehr Fortschritt“ (Zia Nassery) die Wiederherstellung überholter Privilegien.<sup>10</sup>

## Rebellen nach Maß

Es ist schwerlich zu übersehen, daß die Ziele dieser afghanischen konterrevolutionären Gruppierungen herzlich wenig mit denen der islamischen Revolutionsbewegung im Iran oder anderen nationalen Befreiungsbewegungen gemein haben. Bei ersterer überwiegen gegenwärtig antiimperialistisch-radikaldemokratische Züge, während die afghanischen Rebellen gegenteilige Charakteristika aufweisen, geht es ihnen doch – so die Welt vom 2.1.1980 – „offenbar vor allem darum, die feudalistischen Verhältnisse... zu bewahren“.

Doch nicht nur ihre rückwärtsgewandte Programmatik und ihre Allianz mit den neokolonialistischen Mächten disqualifiziert sie als „Befreiungsbewegung“, sondern auch ihre wirklich terroristischen Kampfmethoden. Zu ihrem Repertoire gehören die systematische Jagd auf Liquidierung von Lehren bzw. Aktivisten der Alphabetisierung, von Entwicklungshelfern (vornehmlich aus der UdSSR), von Mitgliedern oder Anhängern der VDPA, von progressiven Offizieren, von Bauern, die die Landreform unterstützen, bis hin zur Zerstörung von Brücken, Schulen, medizinischen Einrichtungen. Dahinter aber steht das verbindende Interesse zwischen Rebellen und ihren imperialistischen wie pakistanisch-iranischen Unterstützern, die seit dem April 1978 eingeleiteten sozialrevolutionären Veränderungen in diesem extrem unterentwickelten, armen Land rückgängig zu machen oder zumindest in ihrer Wirkung empfindlich zu beeinträchtigen. Mit der Konzentrierung des Zermürbungskrieges auf die

## Ratlosigkeit der „großen Planer“

*Hartnäckig leugneten westliche Repräsentanten aller Schattierungen seit der Aprilrevolution 1978 jegliche interventionistische Entwicklungen in Afghanistan. Nun hat der Korrespondent der schweizer Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) im pakistanischen Peschawar den Schleier der Umsturzpläne der äußeren Ziehväter der konterrevolutionären Rebellen gelüftet. Daß diese Ziehväter, allen voran die USA, China und Pakistan, gar über einen großangelegten Plan zum Einflug von Putschverbänden gegen die afghanische Revolutionsregierung nach Kabul ausgeheckt hatten, liest sich in der NZZ unter der Schlagzeile „Ratloses Pakistan in der afghanischen Krise“ so:*

(...) Am Wochenende hat der pakistanische Präsident, General Zia, in der nordwestlichen Grenzprovinz vor Stammesführern seine erste größere öffentliche Rede nach dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan gehalten. Was er dabei zu sagen mußte, verstärkte den Verdacht, daß in Pakistans politischer und militärischer Führungsschicht beträchtliche Ratlosigkeit über den nun einzuschlagenden Weg herrscht. Erneut bekam man von Zia nicht viel mehr als Platitüden zu hören: daß die sowjetische Grenze jetzt am Khyberpaß verlaufe und daß Einheit unter dem Banner des Islams die beste Verteidigung gegen die Bedrohung durch die Großmacht Sowjetunion darstelle. Zia deutete auch an, daß Pakistan die Unterstützung verlässlicher Freunde genieße. (...)

Es macht den Eindruck, daß das Regime außer auf die islamische Karte auch auf die Volksrepublik China setzen will. Chinesische Unterstützung würde vor allem die Blockfreiheit Pakistans viel weniger beeinträchtigen als amerikanische Hilfe. Schon seit Jahren wird die große Freundschaft mit dem nördlichen Nachbarn gepriesen, die nicht zuletzt in der chinesischen Anerkennung der Realitäten im zwischen Pakistan und Indien umstrittenen Kaschmir und in der indisch-sowjetischen „Entente cordiale“ begründet ist. (...)

Sowohl die UdSSR als auch Afghanistan haben Pakistan verschiedentlich vor weiterer Unterstützung der vor allem in der Nordwestprovinz Unterschlupf findenden Aufständischen gewarnt. Die Existenz von Trainingslagern ist wohl nicht mehr ernsthaft zu bezweifeln, denn nicht nur kommunistische Quellen sprechen von ihnen. Die Aufständischen selber verweisen stolz auf amerikanische, chinesische und islamische Finanz-, Ausbildungs- und Waffenhilfe. Der große Plan scheint aber zumindest vorerst wegen der sowjetischen Einmischung undurchführbar geworden zu sein: über Kabul und anderen Städten, die noch als Stützpunkte der Regierung dienen, hätten im Laufe des Januars oder Februars mit Fallschirmen eine große Zahl von Rebellen abbringen sollen und dem verhassten kommunistischen Regime endlich den Garaus machen sollen. Woher die dazu benötigten Flugzeuge hätten kommen sollen, darüber schweigt man sich allerdings geflissentlich aus.

(Quelle: Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 15.1.1980)





Im Namen des Zentralkomitees der Volksdemokratischen Partei, des Revolutionsrates, des Staates und der Regierung der DRA (Demokratische Republik Afghanistan; d. Red.) begrüße ich Sie aus Anlaß des Sturzes des Regimes Hafizullah Amins. (...)

Der Revolutionsrat der DRA hat, geleitet von den Prinzipien und Zielen der großen Aprilrevolution (Aufstand vom 27.4.1978; d. Red.) und gestützt auf den Willen des freiheitsliebenden Volkes von Afghanistan, das seine Ketten zerreißt, gestützt auf den siegreichen Aufstand der Partei, auf die Unterstützung der patriotischen Soldaten und Offiziere Afghanistans, erneut die Staatsmacht in seine Hände genommen.

Der Revolutionsrat der DRA erklärt mit aller Entschiedenheit und überzeugend, daß er die Freiheit und wahre Unantastbarkeit der Persönlichkeit, die Freilassung der politischen Gefangenen, wahre Demokratie, Arbeit für die Arbeitslosen, Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Arbeiter und Land für die Bauern garantiert.

Der Revolutionsrat garantiert günstige und sichere Bedingungen für die Rückkehr der Landsleute, die wegen des blutigen Jochs des Amin-Regimes die Heimat verlassen haben. Das Problem jener Personen, die mit der Waffe gegen die Regierung vorgegangen sind, wird auf politischem Wege gelöst.

Der Revolutionsrat wird die Rechte aller Klassen und demokratischen Schichten der Gesellschaft – der Soldaten, Arbeiter, Bauern, Geistlichen, Handwerker, kleinen und mittleren Landbesitzer, nationalen Kaufleute und Unternehmer, Lehrer und Wissenschaftler, Ärzte, Ingenieure, Kulturfunktionäre, Angestellten und anderen Landsleute – garantieren und verteidigen. Der Revolutionsrat wird um die Schaffung günstiger Bedingungen für das Leben und die friedliche Arbeit zur Sicherung der Lebensbedürfnisse der Bevölkerung von Stadt und Land bemüht sein.

Der Revolutionsrat wird die Rechte aller Nationalitäten und Völkerschaften Afghanistans achten und echten Respekt für die heilige

Religion des Islam und die geistlichen, die hohen nationalen Traditionen und Bräuche, Familiensitten und das persönliche Eigentum zollen und sie garantieren. Der Revolutionsrat wird die Amin-Verbrecher vor das zorngefüllte Gericht des Volkes stellen und sie einer gesetzlichen und gerechten Strafe zuführen. Er wird für die moralischen und materiellen Verluste Entschädigung geben und für das Blut von Tausenden von Vertretern des arbeitsamen afghanischen Volkes Vergeltung üben. Der Revolutionsrat ruft Sie, heldenhafte Soldaten, Sergeanten und Offiziere der Heimat, wo Sie auch sind, auf, furchtlos die große Aprilrevolution gegen die Umtriebe der inneren und äußeren Feinde zu verteidigen. Der Revolutionsrat der DR Afghanistan wird alles unternehmen, um die Krise und die innere Spannung aus der Welt zu schaffen, die Ehre und Würde der Nation und der Heimat zu schützen sowie das Problem der Menschen, die unter der Unterdrückung gelitten haben und ihre Heimatorte verlassen mußten, zu lösen.

Seien Sie wachsam, diszipliniert und einig. Erlauben Sie es nicht, daß die Feinde der Freiheit, Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der Heimat in Ihre Reihen eindringen. Ihre nationale und revolutionäre Regierung wird alle Maßnahmen ergreifen, um alle Bedürfnisse der nationalen Befreiungsarmee Afghanistans zu erfüllen, die Lage der Familien der Armeegehörigen zu verbessern, die Rechte der Parteifunktionäre und Angestellten, der Militärangehörigen und Zivilpersonen, die nicht gegen die Interessen des Volkes und der großen Aprilrevolution aufgetreten waren und nicht auftreten, zu schützen.

Liebe Landsleute!

Der Revolutionsrat erklärt, daß die Staatsmacht in der Demokratischen Republik Afghanistan dem ganzen Volk gehört. Sobald wie möglich wird eine breite Front aller nationalen und demokratischen Kräfte unter der Leitung der Volksdemokratischen Partei Afghanistans, der Partei der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, gebildet. Es werden alle demokratischen Freiheiten garantiert werden, darunter die Freiheit der Bildung fortschrittlicher patriotischer Parteien und nationaler Organisationen, die Pressefreiheit sowie die Rede- und Versammlungsfreiheit.

Das revolutionäre Afghanistan wird eine friedliebende Außenpolitik, eine Politik positiver und aktiver Neutralität betreiben. (...)

Auf internationaler Ebene wird die Demokratische Republik Afghanistan gemeinsam mit den Kräften des Friedens für die Freiheit der Völker, die Unabhängigkeit der Nationen und den Fortschritt, gegen die Kräfte des Krieges und der Reaktion, gegen Imperialismus, gegen alle jene auftreten, die Feindschaft und Gewalt nähren. Es wird ein treues und aktives Mitglied der UNO, der Bewegung der Nichtpaktgebundenheit, ein treuer Freund und Kampfgefährte der werktätigen Moslems sein. Afghanistan bekennt sich erneut zu allen Verträgen und Abkommen, die mit anderen Ländern geschlossen wurden, sowie zur Charta der Vereinten Nationen.

### Eine breite nationalprogressive Front bilden

Freunde und Genossen!

Nationale Befreiungsarmee Afghanistans!

Unser Kampf ist ein großer und gerechter Kampf. Das ist der Kampf des Volkes von Afghanistan für die Gerechtigkeit und das Gute. Mögen Ihnen in diesem Kampf die großen tapferen Vorfahren, das Vorbild derer Kräfte verleihen, die ihr Leben für die Freiheit unserer ruhmreichen und stolzen Heimat, unseres geliebten Afghanistan gegeben haben, das Vorbild der Führer, die in der Aprilrevolution gefallen sind, unserer Genossen N. M. Taraki, M. A. Khaibar und anderer Genossen und Helden, die ihr Leben für die Revolution opferten.

Vorwärts zu den Zielen der großen Aprilrevolution, zu Frieden und Freiheit, zu Unabhängigkeit und Demokratie, zu Fortschritt und Wohlstand, zu Gleichheit und Brüderlichkeit, zu Gerechtigkeit und Glück des Volkes von Afghanistan!

Unter dem Banner der großen Aprilrevolution vorwärts auf dem Wege der allgemeinen und vollständigen Einheit, zum endgültigen Sieg der nationalen, demokratischen, antifeudalen und antiimperialistischen Revolution, vorwärts zur Schaffung des neuen freien und unabhängigen Afghanistan!

(Quelle: Radio Kabul, Kabul, 27.12.1979)





Islamische Rebellen nahe Kandahar: einer dieser beiden gefangenen Lehrer (r. v.) wurde kurz darauf erschossen

größten sozialen Errungenschaften der Revolution, die anti-feudale Landreform und die Bildungskampagne, sowie auf die Volksmachtorgane (VDPA, Armee, Massenorganisationen), suchten die Interventionsmächte unter dem Deckmantel des Islam die sich entfaltende Massenbasis des Revolutionsregimes auszuhöhlen sowie die Widersprüche innerhalb der VDPA wie der Armee anzuheizen.

Überdies bargen speziell die wachsende Verwicklung der pakistanischen Behörden und der Einsatz pakistanischer Armeeeingeborener (laut Counter Spy allein 1.000 Guerilla-Experten) bei den Überfällen auf afghanisches Territorium die latente Gefahr einer Kriegseskalation in sich. Wie akut diese Friedensgefährdung, wie real die von der VDPA-Regierung reklamierte „äußere Bedrohung“ der afghanischen Revolution zur Jahreswende 1979/80 war, sollte sich im nachhinein mit der Enthüllung eines „großen Plans“ der Interventionsmächte bestätigen. Vorgesehen war laut intimen Informationen der Neuen Zürcher Zeitung (NZZ) die blitzartige Besetzung Kabuls und anderer Städte im Januar oder Februar d.J., und zwar mittels des Einflugs konterrevolutionärer Luftlandeeinheiten, um dem „kommunistischen Regime endgültig den Garaus“ zu machen. Durch das sowjetische Engagement aber, so die NZZ weiter, sei dieses Interventionsprojekt allerdings „vorerst“ (!) wohl „undurchführbar“ geworden.<sup>11</sup>

Eine zweite herausragende Ursache der afghanischen Krise ist in der Spaltung und empfindlichen Schwächung der Volksdemokratischen Partei, damit auch der von ihr geführten Machtorgane (Revolutionsrat, Regierung, Armee usw.) zu suchen. Wie konnte es dazu kommen?

Die 1965 gegründete revolutionärdemokratische Partei der Arbeiter und anderen Werktätigen hatte sich nach langjähriger Spaltung im Jahr 1977 wiedervereintigt, und zwar auf der Grundlage ihres Gründungsprogramms.<sup>12</sup> Ihre beiden Flügel, benannt nach den jeweiligen Publikationsorganen, wurden angeführt von Babrak Karmal (Parcham – Fahne) und Nur Mohammad Taraki (Khalk – Volk). Die Wiederherstellung der Einheit der VDPA war der Schlüssel zum Sieg der Aprilrevolution 1978. Nachdem sich – mit N.M. Taraki als Präsident und Premierminister B. Karmal als seinem Stellvertreter – zunächst beide Fraktionen in die Besetzung der Staatsorgane teilten und auch unabhängige nationalprogressive

Kräfte einbezogen, kam es im Juli 1978 wegen einer angeblichen „Verschwörung“ führender Parcham-Repräsentanten und des populären linken Generals Quadir zu deren Absetzung, Abschiebung bzw. Inhaftierung. Einem großen Teil ihrer Anhänger und als solchen Verdächtigten widerfuhr ähnliche Verfolgungsmaßnahmen.

Der VDPA, die bereits unter dem Daud-Regime in der Illegalität mit etwa 50.000 Mitgliedern bzw. engen Sympathisanten eine Massenverankerung unter Arbeitern, armen Bauern und der Intelligenz, speziell in den Streitkräften, erlangt hatte, erfuhr damit eine erste Dezimierung ihrer Kader und Schwächung ihrer organisationspolitischen Kraft. Seit dem Frühjahr 1979 brachen dann erneut tiefgreifende Differenzen in der Partei- und Staatsführung auf, sichtbar u.a. in der Übereignung des Premierminister- und Verteidigungsministerpostens von Präsident Taraki an den vormaligen Außenminister Hafizullah Amin.

H. Amin war, wie sich später herausstellen sollte, auch der Organisator einer neuen Repressionswelle. Gestützt auf die Geheimpolizei und einen erheblichen Teil des Offizierskaders (er war schon vor der Aprilrevolution Khalk-Verantwortlicher für die Armeearbeit) dehnte er die Verfolgungs- und Liquidierungsmaßnahmen nun auch auf ihm widerstrebende Führungskräfte und Mitglieder des Khalk-Flügels aus. Mit dem Ziel, alle Schalthebel der Macht in Partei und Staat an sich zu reißen, ließ H. Amin schließlich auch den Präsidenten des Revolutionsrats und VDPA-Generalsekretär N.M. Taraki ermorden.

Die skrupellose Machtaneignung der Amin-Gruppe erfolgte mittels des Gegeneinanderauspielens der beiden Partei-Flügel und um den Preis der Schwächung VDPA wie der der revolutionären Kräfte in der Armee. Rund 60% der Mitglieder der Partei und der VDPA-Massenorganisation wurden von diesen Säuberungen erfaßt. Tausende Menschen wurden gefoltert, umgebracht, mindestens 10.000-12.000 zu Gefangenen. Die damit einhergehende gefährliche Schwächung der Revolutionsführung und Einengung ihrer politischen Basis suchte H. Amin durch militärische und administrative Gewaltmaßnahmen auszugleichen. Dies schloß beispielsweise auch die wiederholte Anordnung von Bombeneinsätzen gegen rebellenverdächtige Gebiete ein, selbst wenn dies die Zivilbevölkerung in Mitleidenschaft zog.

## Die Schwächung der VDPA

Dieses skrupellose Vorgehen geriet freilich in Gegensatz zu den Schwüren H. Amins, die er bei seinem Amtsantritt als Präsident am 17. September 1979 verkündet hatte. Von nunmehriger „Gesetzlichkeit“, „voller Sicherheit“ der Person oder einer Amnestie war da die Rede. Verbalradikal klang seine Betonung des proletarischen Charakters der Staatsmacht und des nunmehrigen „Einschlagen(s) des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges“.<sup>13</sup> So gut Amin mit derart wohlklingenden Worten zunächst einmal die Irreführung des internationalen progressiven Lagers gelang (den Autor und das AIB eingeschlossen), auf so wenig Gutgläubigkeit stieß er im eigenen Land.

Auf diese Weise diskreditierte die Amin-Gruppe einerseits die VDPA und die Ideale der afghanischen Revolution, konnte die Konterrevolution Boden gutmachen. Zugleich aber erweiterte sich das Potential jener revolutionären Kräfte, die im Untergrund den Widerstand gegen Hafizullah Amin organisierten. Hier fanden Parcham- und Khalk-Anhänger wieder zur Zusammenarbeit, hier und in der Armee formierten sie gemeinsam mit anderen nationalprogressiven Kräften eine Gegenbewegung zum Sturz des Amin-Regimes. Die VDPA konnte sich dabei wie schon bei der Aprilrevolu-



tion auf einen dominierenden Einfluß in den Streitkräften stützen, wozu zwei Faktoren wohl maßgeblich beitragen: Zum einen hatte H. Amin beim Sturz N.M. Tarakis auch die drei noch verbliebenen einflußreichen Militärs in der Regierung (M.A. Watanjar, S. Mazdoorjar, S.M. Gulabzoi) ausgeschaltet, war jedoch ihrer nicht habhaft geworden. Zum anderen war bei der Vereinigung der VDPA im Jahre 1977 ein Bereich, nämlich die Armeearbeit der beiden Parteiflügel, ausgespart geblieben. Somit bestanden die Zellen der Parcham-Militärs weiter und konnten von H. Amin nie voll aufgedeckt werden. Im Zusammenwirken beider genannten linksoppositionellen Kräfte in der Armee gelang es schließlich, die Oberhand über die Amin-Gruppe zu gewinnen. Mit Amins Sturz und Babrak Karmals Benennung als Präsident des Revolutionsrates, Premierminister und VDPA-Generalsekretär kam es sodann zur Wiederherstellung der Einheit der Partei. Sie wurde auf der Zentralkomitee-Tagung der VDPA am 13. Januar 1980 ergänzt um die Aufnahme von drei parteilosen progressiven Ministern in die neue Regierung und den Revolutionsrat, was als erster Schritt hin zur Formierung einer möglichst breiten Nationalen Front gewertet wurde.

### Wen repräsentiert Babrak Karmal?

Die von B. Karmal am 30.12.1979 formulierten erstrangigen Aufgaben (Wortlaut nachstehend) zur revolutionären Gesetzlichkeit und Demokratisierung wurden in der ersten Jahreshälfte 1980 mit ersten Taten versehen. So ließ man den Großteil der politischen Gefangenen frei und löste die Geheimpolizei KAM auf. Neuerungen sind auch die Würdigung der iranischen Revolution und das Freundschaftsangebot an Ayatollah Khomeini, ausgesprochen in einer Botschaft B. Karmals vom 13.1.1980.<sup>14</sup>

Die Orientierung der neuen Revolutionsregierung auf ein breites Bündnis aller nationaldemokratischen Kräfte und auf politische — anstelle militärischer — Lösungen zeigt an, daß ihr Weg der Rekonsolidierung der Machtorgane und Massenbasis ein alternativer Weg zur sektiererischen Verengung unter dem Amin-Regime ist. Es wird dennoch einer langwierigen, geduldigen Arbeit bedürfen, bevor der durch die Willkürpraktiken H. Amins hervorgerufene Vertrauensschwund der Bevölkerung in die VDPA überwunden werden kann. Die Einheit der VDPA, ihre breitere Bündnispolitik, die Festigung ihrer Massenbasis und die Absicherung der nationalen Verteidigungsfähigkeit, das sind heute die Schlüsselfragen eines revolutionären Auswegs aus der afghanischen Krise.

#### Anmerkungen:

- 1) So die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2.1.1980 unter Berufung auf die Agenturen Reuter/AP, 1.1.1980
- 2) Radio Kabul, 28.12.1979
- 3) Siehe Beiträge von H. Meinke und Pham van Dong in diesem Heft bzw. in AIB, Nr. 11-12/1979, S. 38/39
- 4) Prawda, Moskau, 12.1.1980
- 5) Siehe AIB, Nr. 10/1979, S. 4-9
- 6) So der außenpolitische Verantwortliche K. Grobe in der Frankfurter Rundschau, 29.12.1979
- 7) So beispielsweise die dem Pentagon verbundene US News and World Report, Washington, 14.1.1980 oder G. Gillissen in der FAZ, 4.1.1980
- 8) Siehe AIB, Nr. 10/1979, S. 10 und nebenstehenden Kasten zum „großen Plan“ der Interventionsmächte
- 9) Der Spiegel, 14.1.1980
- 10) Interviews mit Nassery und Shams in: Der Spiegel, 14.1.1980 und Die Zeit, 11.1.1980
- 11) Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 15.1.1980
- 12) Zusammenfassung des VDPA-Programms siehe AIB, Nr. 7-8/1978, S. 45
- 13) Kabul Times, 18.9.1979
- 14) ADN, Kabul, 13.1.1980

**Die Ernennung von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU stellt eine Herausforderung an die demokratische Bewegung der Bundesrepublik Deutschland dar. Das AIB — die meistgelesene deutschsprachige Monatszeitschrift zur Dritten Welt — stellt sich dieser Herausforderung und analysiert in dem soeben erschienenen Sonderheft 1/1980**



## F. J. Strauß und die Weltpolitik der CDU/CSU

**die Konsequenzen auf den Gebieten Außen-, Dritte-Welt- und Entwicklungspolitik.**

#### Hauptbeiträge:

Reinhard Kühnl, Konzeption und Funktion des F. J. Strauß  
 ● Rainer Falk, Weltpolitik und Entwicklungspolitik der CDU/CSU  
 ● Jürgen Ostrowsky, Kontinuität imperialer Afrikapolitik  
 ● José Soto, CDU/CSU — Stütze der chilenischen Militärjunta  
 ● Jürgen Reusch, F. J. Strauß und die „chinesische Karte“  
 ● Jutta von Freyberg, „Orkan der Barmherzigkeit“ gegen Vietnam

**Dokumentarisches:** Strauß über Weltpolitik, Pinochet, Anti-Apartheid-Jahr, die „Freunde in Togo“, Hua Guo-feng; Todenhöfer über US-Eingreiftruppe und Ölkrieg; Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung

**Einzelpreis (44 Seiten) 2,— DM, zuzüglich Porto; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung. Jahresabo 20,— DM inkl. Porto.**

- Ich bestelle AIB-SH 1/1980  
 Ich abonniere das AIB für mindestens ein Jahr ab Nr. . . . .

Name: \_\_\_\_\_

Adresse: \_\_\_\_\_

Datum und Unterschrift: \_\_\_\_\_

2/1980

#### Bitte ausfüllen und einsenden an:

AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1, Tel. (06421) 24672



Konrad Ege

# US-Interventionismus in Afghanistan



„Wäre Henry Kissinger noch in der Regierung, gäbe es eine höllische Versuchung, sich einzuschalten“,<sup>1</sup> das war die Reaktion eines US-„Spezialisten“ auf die jüngsten Vorgänge in Afghanistan. Aber Henry Kissinger ist nicht in der Regierung und der CIA sowie das US-Außenministerium versichern uns wie zur Zeit des „geheimen“ Krieges in Laos und der heimlichen Hilfeleistung an die Kurden im Irak, daß die USA sich „in keiner Weise in Afghanistan einmischen“.<sup>2</sup> (...)

Die Vorgänge haben sich während der letzten Jahre in Afghanistan rapide entwickelt. 1973 endete die 40 Jahre alte Diktatur des Königs Mohammed Zahir Schah und von zweien seiner Onkel durch einen Staatsstreich unter Führung seines Cousins und Schwagers Mohammad Daud. Dieser hatte 1963 sein Amt als Premierminister niedergelegt und sich anscheinend vom politischen Leben zurückgezogen. (Während des Staatsstreichs befand sich Zahir Schah auf Urlaub in Italien, während in seinem Land eine Hungersnot herrschte; später erhielt er Asyl in Saudi Arabien.) Es gab praktisch niemanden in Afghanistan, der bereit gewesen wäre für Zahir Schah zu kämpfen, der ein extrem repressives und korruptes Regime angeführt hatte. Das Ende der Monarchie wurde von der Mehrheit der Bevölkerung begrüßt. Dauds Staatsstreich wurde von verschiedenen Gruppen der afghanischen Gesellschaft, besonders den linken Parteien, unterstützt.

## Einschaltung CIA/SAVAK nach 1973

Gleich nach dem Staatsstreich schalteten sich die USA in Afghanistan ein. (Adolph „Spike“ Dubs, US-Botschafter in Afghanistan vom Sommer 1978 bis zu seiner Ermordung am 14. Februar 1979, der „versucht hatte, die Afghanen von Moskau zu entfremden“,<sup>3</sup> war 1975 zum Stellvertreter des Außenministers für Angelegenheiten des Nahen Ostens und Südasiens ernannt worden. Der Iran, „ermutigt durch die USA, unternahm einen entschlossenen Versuch, um Kabul (Afghanistans Hauptstadt) in eine westlich orientierte, auf Teheran zentrierte, regionale wirtschaftliche und Sicherheitszone unter Einfluß Pakistans, Indiens und der Staaten am Persischen Golf hineinzu ziehen“<sup>4</sup> und eine Politik des Antikommunismus in Afghanistan zu begünstigen.

Der Schah des Iran begann ein 2-Mrd-Dollar-Hilfsprogramm für Afghanistan unter der Bedingung, daß Daud die Khalq- und Parcham-Partei (gemeint sind die beiden Fraktionen der Volksdemokratischen Partei Afghanistans; d. Red.) weiter zerschlägt, die zwar „das Rückgrat von Dauds Staatsstreich 1973“<sup>5</sup> gewesen waren, aber vom Schah und den USA für „Kommunisten“ gehalten wurden. Der Iran drängte überdies auf die Beendigung des traditionell freundschaftlichen Verhältnisses Afghanistans zur Sowjetunion. Der Schah begann mehr und mehr Macht in Afghanistan auszuüben und der SAVAK, seine vom CIA trainierte Geheimpolizei, mischte sich grob in die inneren Angelegenheiten Afghanistans ein. Der SAVAK ging soweit „vermutete kommunistische Sympathisanten überall in der afghanischen Regierung und im Militär“<sup>6</sup> zu denunzieren, die dann von Daud entfernt werden sollten.

In denselben Jahren verstärkte die Regierung der BRD ihr Hilfsprogramm für die Polizei an die Regierung Daud. Zwei Mio DM wurden „in Form von Unterstützung bei der Ausrüstung und in Form von Unterrichtung der afghanischen Polizeiführung durch zwei deutsche Polizeioffiziere hinsichtlich politischer Entwicklungen“<sup>7</sup> bereitgestellt. Ergänzend hierzu berichtet das westdeutsche Magazin Der Spiegel, daß nahezu alle hochrangigen afghanischen Polizeioffiziere zur Ausbildung in die BRD gingen.<sup>8</sup> Fünf Afghanen wurden ferner durch die Drug Enforcement Agency (DEA) oder durch CIA-Programme in der International Police Agency (IPA) in Washington, DC, und durch die Bomb School (Border Patrol Offices, BPO) in Los Fresnos in Texas trainiert: Abdul Samad Azher (DEA); Quader Abdul Azizi (IPA, BPO, DEA); Abdul Vaheed Najmi (IPA); Miam Raftuddin (IPA) und Khawar Zaman (IPA). (...)

Aber Dauds Verbindungen zur US-Regierung, zum SAVAK, zu den

feudalen Großgrundbesitzern und zur muslimischen Geistlichkeit (oftmals selbst Großgrundbesitzer) konnten seine Herrschaft nicht verlängern. Am 17. April 1978 arrangierte Dauds neu ernannter Innenminister Abdul Qadir Nuristani die Ermordung von Mir Akbar Khaibar, eines populären linken Führers (Zentralkomitee-Mitglied der Volksdemokratischen Partei; d. Red.), den Daud und Nuristani für einen Kommunisten hielten. Khaibars Beisetzung gestaltete sich zu einer massiven Demonstration gegen die Regierung. Daud, ermutigt durch den Schah antwortete mit dem Versuch jegliche Opposition auszuschalten. Am 24. April wurden sieben populäre „kommunistische“ Führer verhaftet und am 26. April Hunderte von vermuteten kommunistischen Sympathisanten von ihren Regierungen abgelöst.

Am nächsten Tag wurde Daud in einem, wie die US-Presse gewöhnlich sagt, „sowjetisch inspirierten, blutigen Militärputsch“ gestürzt. Aber sogar Selig S. Harrison, lange Zeit Südasiens-Korrespondent der Washington Post, sah keine sowjetische Anleitung hinter dem „blutigen Putsch“ und schrieb, daß „es irreführt, den Putsch in einem globalstrategischen Schachspiel darzustellen“.<sup>9</sup> Die US-Regierung erwartete offenkundig keinen Putsch in Kabul zu dieser Zeit. Warnungen des SAVAK über eine un stabile innere Situation wurden nicht beachtet und in der nachfolgenden Kritik an der Unfähigkeit des CIA im Iran wurde das Scheitern des Nachrichtendienstes in Afghanistan beständig erwähnt.

Mohammad Daud und einige seiner engsten Berater wurden am 27. April getötet. Ein Teil der Armee, der loyal zu Daud stand, begann einen kurzen, aber erbitterten Kampf gegen den rebellierenden Teil der Armee. Hunderte Menschen wurden getötet.

Der Militärputsch sollte eher eine „entscheidende Etappe der afghanischen Revolution“ genannt werden, die sich seit dem Ende der Monarchie Ende 1973 rapide beschleunigt hatte. Der „Putsch“ entstand aus einer „schwerwiegenden und akuten Unzufriedenheit“<sup>10</sup> der Mehrheit der afghanischen Bevölkerung, die besonders während der weitverbreiteten Demonstration gegen die Regierung in den Tagen nach der Ermordung Khaibars sichtbar wurde. Hinzu kommt, daß die militärische Machtübernahme von Zivilisten in der Khalq- und Parcham-Partei geleitet wurde und nicht von Militäroffizieren.<sup>11</sup> Nur einige Tage nach der Machtübernahme, welche die Demokratische Republik Afghanistan beginnen ließ, wurde der Zivilist Nur Mohammad Taraki zum Vorsitzenden des Revolutionsrates gewählt und dann zum Premierminister ernannt. (...) Keineswegs überraschend zogen Tarakis außenpolitische (er unterzeichnete einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion und afghanische Zivilisten und Militäroffiziere begannen mit einem Training unter sowjetischen Beratern) und innenpolitische Programmatik („Wir fordern Brot, Nahrung; wir fordern Kleidung; ... wir fordern die Teilnahme aller Sektoren der Gesellschaft an sozialen und politischen Angelegenheiten; wir fordern unsere sozialen Rechte. ...“<sup>12</sup> Kommentare in der US-Presse nach sich, wie „Afghanistan ist heftig nach links geschwenkt“<sup>13</sup> „Nun gibt es eine ganze Reihe von Führern, die klar kommunistische Positionen vertreten“<sup>14</sup> und „Afghanistan schlägt den sozialistischen Weg ein“<sup>15</sup>

Taraki und andere Regierungsoffizielle wurden nicht anders als sowjetische Marionetten portraitiert; die Khalq-Partei wurde mit dem Etikett „kommunistisch“ versehen, Afghanistan wurde in die Sowjet-Satelliten-Schublade gesteckt. Bald traten gegen die Khalq-Partei gerichtete Nachrichten auch in der BRD, England, Ägypten und in anderen islamischen Staaten auf.

Im Februar 1979 rückte Afghanistan in den USA erneut in die Schlagzeilen: Der US-Botschafter in Kabul, Adolph Dubs, war am 14.2.1979 entführt worden. (...)

Adolph Dubs wurde in eines der größten Hotels in Kabul gebracht. Laut Newsweek gehörten die Kidnapper, die die Freilassung einiger Moslemführer forderten, zu „einer der fanatischen islamischen Guerillabanden, die sich mit minimalem Erfolg dem marxistischen Regime des Premierministers Nur Mohammad Taraki widersetzen“.<sup>16</sup> In dem Hotel, in dem Dubs gefangen gehalten wurde, wurde einer der vier Kidnapper von der afghanischen Polizei verhaftet; af-



ghanische, amerikanische und sowjetische Beamte debattierten die Möglichkeiten einer Befreiung von Dubs. (...)

Dubs Tod gab den USA einen Grund, die Beziehungen zu Afghanistan zu ändern. Die moslemischen Kidnapper hatten ihr Ziel erreicht, die Aufmerksamkeit auf die Situation in Afghanistan zu lenken, die Beziehungen zwischen den USA und Afghanistan zu verschlechtern und die USA näher dahin zu bringen, die Rebellen zu unterstützen. Die Aktivität der Moslemrebellen hatte wenige Monate nach der Machtübernahme durch die Khalq-Partei begonnen. Sie wird und wurde hauptsächlich von ehemaligen Großgrundbesitzern, der konservativen Geistlichkeit (beide sind oftmals identisch) und ausländischen Regierungen und Organisationen inspiriert und unterstützt, die einen Kleinkrieg, den sie aber ständig eskalierten, gegen die Armee zu führen begannen. Dieser Krieg wurde so intensiviert, daß die US-Presse ihn „Moskaus Vietnam“ nannte.

Nachrichten über heftige Kämpfe zwischen den Rebellenstreitkräften und dem afghanischen Militär wurden in den USA seit Herbst 1978 veröffentlicht. Die Kämpfe werden als Ringen des afghanischen Volkes gegen eine prosowjetische Regierung dargestellt. Im Dezember 1978 räumte das konservative Sprachrohr U.S. News and World Report ein, daß „obwohl (die USA) nicht direkt eingeschaltet wären“, sie doch mit „großem Einsatz an einem Kampf beteiligt“ wären, in dem moslemische Konservative gegen die von Moskau gestützten Herrscher aufgestachelt werden – wegen „der weitreichenden Implikationen für die USA und den Westen“.<sup>17</sup>

Seitdem intensivierten sich die Kämpfe, die im Sommer 1978 nur sporadisch gewesen waren. Die Angriffe der sog. Rebellen werden hauptsächlich vom Ausland her vorgetragen. Tatsächlich haben Tausende Afghanen, die gegen die Khalq-Regierung sind, Afghanistan zum benachbarten Pakistan hin verlassen. Auf einer Pressekonferenz im Februar 1979 sagte Pakistans Militärherrscher Zia-ul-Haq, daß es über 20.000 afghanische Flüchtlinge in seinem Land gebe.<sup>18</sup> Schätzungen belaufen sich jetzt auf bis zu 100.000.

### „Abschlachten“ von Khalqis und Sowjets

Von Pakistan aus werden die meisten Angriffe unternommen. Eine Konferenz der Rebellenführer wurde am 18.1.1979 in Lahore, Pakistan, abgehalten. Spätere Treffen, zu denen gewisse Ausländer eingeladen wurden, fanden in anderen Städten statt.

Die Kämpfe haben nahezu alle 28 Provinzen in Mitleidenschaft gezogen, hauptsächlich jedoch die ländlichen Gebiete. Dennoch wurden auch Herat, Afghanistans drittgrößte Stadt, die nur 100 km von der iranischen Grenze entfernt ist, Mazar-i-Sharif, Jalalabad und in begrenztem Umfang auch Kabul in Mitleidenschaft gezogen. Einmal nahmen die Rebellen drei Städte in der Provinz Razmak ein. Sie etablierten islamische Gerichtshöfe und töteten innerhalb weniger Tage über 30 Mitglieder der Khalq-Partei.<sup>19</sup>

Laut Washington Post starben in Herat Mitte März 1979 mindestens 5.000 Menschen. Newsweek berichtete, indem sie nicht namentlich genannte, aber „gut unterrichtete amerikanische Beamte“ zitierte, daß „sowjetische Militärberater unter den Toten“ gewesen seien.<sup>20</sup>

Der Reporter der Washington Post, Jonathan Randal, bemühte sich sehr, im Detail zu schreiben, was er über die Geschehnisse in Herat dachte. Er schreibt, daß es eine „Lieblingstaktik der islamischen Stammesleute (sei), die Gefangenen zu foltern, indem sie ihnen die Nasen, Ohren und Genitalien abschneiden und dann Stück für Stück die Haut abziehen“. Randal hat den Kommentar eines „Diplomaten“, daß dies „ein langsamer und sehr schmerzhafter Tod“ sei. Nach Randal waren es gerade die in Herat wohnhaften „Russen“, die „von speziellen Tötungskommandos“, die „Amok liefen“ und sich im „Abschlachten“ befriedigten, „gejagt wurden“.<sup>21</sup>

Randal stellt ebenso dar, daß die Rebellengruppen tägliche „terroristische“ Aktivitäten gegen Mitglieder der Khalq-Partei und Soldaten ausführen. Die Vergeltungsaktionen der Armee gegen die Rebellen, sagt er, seien „barbarisch“ gewesen. (...)

Seit der Ausschaltung des wirtschaftlichen, strategischen und politischen Einflusses der USA im Iran und der Auflösung der CENTO (einer militärischen Allianz zwischen der Türkei, dem Iran und Pakistan, die von den USA unterstützt wurde) ist die US-Regierung sehr sensibel in Angelegenheiten des Nahen Ostens und der südasiatischen Region. Der stellvertretende Außenminister Warren Christopher brachte diese Sensibilität während seiner Reise in die Türkei im Frühjahr 1979 zum Ausdruck, wo er über amerikanische Radarstationen verhandelte und die Möglichkeiten der Gründung einer Nachfolgeorganisation für die CENTO zu sondieren suchte. Für solch eine Allianz wäre es „hilfreich“, wenn es eine den USA freundlich gesinnte Regierung in Afghanistan gäbe. Außerdem wäre Afghanistan ein idealer Standort für Spionagestationen, die sich gegen die Sowjetunion richten.

Angeichts dessen, was für die amerikanische Langzeitplanung im Nahen Osten und in der südasiatischen Region auf dem Spiel steht, ist es gewiß eine Illusion, anzunehmen, daß die USA ihre Hände von

Afghanistan fernhielten. Noch ist nicht klar, wie tief der CIA schon in die afghanischen Angelegenheiten über die regelmäßige Überwachung von Bewegungen der Militärs und der Rebellen hinaus verwickelt ist. (...) Eine andere amerikanische Spionageagentur, die an der afghanisch-pakistanischen Grenze sehr aktiv ist, die US Drug Enforcement Agency – sie besteht teilweise aus „ehemaligen“ CIA-Agenten – hat sich nur selten auf die „bloße“ Verfolgung von Rauschgifthändlern beschränkt.

In der ausländischen Presse veröffentlichte Beweise, wonach der CIA direkt in die Ausbildung afghanischer Rebellen in pakistanischen Lagern verwickelt ist und Beziehungen zu ihnen in Afghanistan unterhält, sind in Erklärungen der libanesischen Wochenzeitschrift Al Kifah al Arabi<sup>22</sup> und in verschiedenen osteuropäischen Veröffentlichungen<sup>23</sup> enthalten. Diese Erklärungen sind von Sprechern der US-Regierung als „verleumderisch und grundlos“ bezeichnet worden.<sup>24</sup> Aber es ist interessant, daß zwei der afghanischen Rebellenführer, Ziya Nezi und Zia Nassery, in Wirklichkeit amerikanische Staatsbürger sind, und daß mindestens einer von ihnen Beziehungen zum US-Außenministerium hat.

Ziya Nezi, ein Anhänger der gestürzten Monarchie, besuchte das US-Außenministerium Anfang März 1979 gerade vor dem Angriff auf Herat, um amerikanische Unterstützung zu erbitten. Nezi hatte lange Diskussionen mit dem Sachbearbeiter für afghanische Angelegenheiten, Ronald Lorton, und anderen Beamten des Außenministeriums. Ebenso verhandelte er mit Gewährsleuten der Senatoren Frank Church und Jacob Javits, der für seine Freundschaft mit dem ehemaligen iranischen Schah bekannt ist. In einem Interview weigerte sich Lorton zu sagen, ob er mit Nezi über Waffenlieferungen an die Rebellen gesprochen habe, weil „Mr. Nezi amerikanischer Staatsbürger ist“. Church und Javits weigerten sich ebenfalls, Auskunft über ihre Verhandlungen mit Nezi zu geben.

Der andere amerikanische Staatsbürger, der in die Kämpfe in Afghanistan verwickelt ist, Ziy Nassery, ist Mitglied des Afghanischen Islamischen und Nationalistischen Revolutionsrates, der in Peshawar in Pakistan sitzt. (Peshawar ist von strategischer Bedeutung; es ist die nächste Stadt am Khaiberpaß, der einzigen Straße, die über die Berge von Afghanistan nach Pakistan führt.) Nassery wurde von der New York Times im April 1979 interviewt und behauptete damals, seine Gruppe habe „150.000 Kämpfer in Afghanistan“.<sup>25</sup>

In einem Kommentar im Washington Star bemerkte Charles Bartlett, „in informierten Kreisen (Washington Star?, US-Außenministerium?, CIA?) herrsche der Eindruck, daß die USA den aufständischen Afghanen keine wesentliche Hilfe erwiesen habe“, aber „verborgene Hilfe würde natürlich geheim bleiben“. Bartlett sagte weiter, die USA würden „einen hohen Preis zahlen, wenn wir uns weigern, uns in Situationen wie in Afghanistan einzumischen“.<sup>26</sup>

Eine gleiche Linie entwickelt General Haig, ehemaliger Berater Nixons und NATO-Oberkommandierender in Europa, der dem belgischen Blatt Le Soir erklärte, es sei wichtig, „auf das Hervortreten von Afghanistan, Südjemen und Äthiopien als Staaten der Sowjetunion“ zu reagieren.<sup>27</sup>

### Pakistan – Paradies der Agenten

Anders als Afghanistan hat sich Pakistan zu einem „Paradies“ für Agenten ausländischer Regierungen entwickelt, die sich in afghanische Angelegenheiten einmischen wollen. Und die pakistanische Regierung unterstützt diese Leute bereitwillig. In einem enthüllenden Artikel der Schweizer Neuen Zürcher Zeitung vom Februar 1979 wird dokumentiert, daß die pakistanische Militärregierung afghanischen Rebellen hilft, die Zuflucht und Operationsbasen in Pakistan suchen.

Offiziell mischt sich Pakistan (wie die USA) „nicht in innere afghanische Angelegenheiten ein“, wie die pakistanische Zeitung Nawa-i-Wagt erklärte. Das Blatt fährt fort: „Wenn Flüchtlinge, die über die Grenze kommen, Nahrung und Unterkunft erhalten, so geschieht dies aus rein humanitären Erwägungen.“<sup>28</sup>

Aber in dem Artikel der Neuen Zürcher Zeitung wird dokumentiert, daß die pakistanische Hilfe für die „Flüchtlinge“ weit über „humanitäre Erwägungen“ hinausgeht. Das Militärregime stellte den aus Afghanistan Geflohenen eine Summe von 20 Mio Rupien zur Verfügung. Diese Tatsache wurde niemals in der pakistanischen Presse erwähnt. Zur gleichen Zeit enthielt die Neue Zürcher Zeitung eine Tatsache, die allerdings keine Neuigkeit für die pakistanische Regierung ist, nämlich, daß die Rebellen „all ihr Geld benutzen, um dafür Waffen zu kaufen“.<sup>29</sup> Amerikanische Zeitungen und Nachrichtenagenturen, deren Reporter die Rebellenlager in Pakistan besucht haben, brachten ebenfalls wiederholt Artikel über Rebellen, die um Hilfe baten: „Schickt uns kein Brot, schickt uns Waffen und Munition.“<sup>30</sup> Der Neuen Zürcher Zeitung zufolge gibt es noch eine andere wichtige Tatsache: „Es ist sehr überraschend... Praktisch sind alle Leute, die nach Pakistan fliehen, erwachsene Männer.“<sup>31</sup>

Ohne Zweifel sind diese Lager in Pakistan die Zentren, wo sich die



Rebellen sammeln, und sie werden von der pakistanischen Regierung auf verschiedene Weise unterstützt: Sie erhalten Geld; sie dürfen die Grenze nach Afghanistan frei passieren; sie erhalten Ausbildung in den Lagern (siehe unten) und Pakistans Herrscher Ziaul-Haq fördert ihre Sache weltweit. Er sagte der saudi-arabischen Zeitung Ukaz, Afghanistan „sei ein islamisches Land, das gegenwärtig von den Kommunisten beherrscht“ werde und verlangte „eine gemeinsame Strategie der islamischen Nationen, um der kommunistischen Aktivität in ihren Ländern zu begegnen“.<sup>32</sup>

Ayatollah Khomeini im Iran stimmt dem zu und scheint diesbezüglich die Politik des ehemaligen iranischen Schah fortzusetzen, der allzeit bereit war, den Reaktionären in Afghanistan zu helfen. Khomeinis Partei unterhält enge Beziehungen zu Afghanischen Islamischen Partei, die Taraki beschuldigte, ein „Agent des KGB zu sein“.<sup>33</sup> Ayatollah Schariat-Madari, die Nr. 2 in der schiitischen Hierarchie, hat an „alle Moslems überall auf der Welt appelliert, die afghanischen Moslems zu unterstützen“.<sup>34</sup> Die afghanische Botschaft in Teheran wurde von Afghanen und Iranern angegriffen, die gegen die Khalq-Regierung protestierten. Diese beschuldigte ihrerseits die iranischen Mullahs, den afghanischen Rebellen sogar militärisch zu helfen.

Andere islamische Staaten wie Ägypten, sowie die Moslembrüder – eine erkonservative Moslemgesellschaft – stehen den afghanischen Moslemrebelln mit großer Sympathie gegenüber. Flugblätter, die von der islamischen Bruderschaft unterzeichnet waren, wurden im pakistanisch-afghanischen Grenzgebiet verteilt. In ihnen steht, daß „der Iran zugestimmt (habe), den islamischen Rebellen in ihrem Kampf gegen die Kommunisten zu helfen“.<sup>35</sup>

### Chinesische Offiziere und Instruktoren

Ein Artikel über ausländische Einmischung in Afghanistan, der im kanadischen McLeans Magazin erschienen ist, berichtet, daß amerikanische Agenten der Behörde für Rauschgiftbekämpfung in Pakistan, nahe der afghanischen Grenze, Chinesen entdeckt hätten. Erst glaubten sie, es handle sich bei diesen Chinesen um „Heroinhändler aus Hongkong . . . die in diesem Gebiet die große Mohnernte aufkaufen wollten“. Aber später erkannten sie, „daß es sich hier um eines der bestgehüteten und gefährlichsten Geheimnisse Pakistans handelte, nämlich die Anwesenheit chinesischer Offiziere und Instruktoren auf pakistanischem Boden. Sie waren dort, um bei der Ausrüstung und Ausbildung von rechtsgerichteten afghanischen Moslemguerilleros zu helfen, in deren 'heiligem Krieg' gegen das von Moskau unterstützte Regime von Nur Mohammad Taraki in Kabul . . . Die Frage lautet nun: Warum riskiert Pakistans starker Mann, General Zia-ul-Haq, einen Kampf mit Afghanistan, wenn er sich bereits gewaltsamen Unruhen unter seinem eigenen Volk gegenüber sieht? . . . Quellen im benachbarten Indien glauben, dies alles sei ein Teil jenes verworrenen Planes von Zia, um seine eigenen Atombomben zu bauen. Diese Absicht führte neulich erst zu einer Streichung der amerikanischen Militärhilfe. Man hat jetzt den Verdacht, daß China Hilfe angeboten hat, als Antwort auf die pakistanische Hilfe für die afghanischen Rebellen“.

McLeans berichtet weiter, daß der Krieg in Afghanistan teilweise durch den Verkauf von illegalem Opium finanziert wird: „Feudale Grundherren, deren Besitz von der Konfiszierung durch die Regierung Taraki bedroht ist, bringen die Produkte ihrer Mohnernte nach Pakistan und benutzen die Einkünfte, um Gewehre, Sprengstoff und andere Waffen zu kaufen. Pakistanische Waffenhändler berichten, daß ihre Kunden täglich kämen und das Geschäft blühe.“<sup>36</sup>

Ein anderer Bericht der japanischen Nachrichtenagentur Kyodo stellt fest, daß „1000 von Chinesen ausgebildete pakistanische Guerillaexperten für ultrasubversive Aktivitäten abkommandiert wurden, um Blitzaktionen gegen afghanische Truppen durchzuführen, welche die Grenze zwischen Afghanistan und Pakistan bewachen, und um den afghanischen Rebellen Truppen Schutz zu gewähren“. Kyodo stellt außerdem fest, daß nach indischen Geheimdienstberichten „die Guerilleros von ihren Ausbildungsbasen bei Kashgar in der Provinz Xingjiang (in China) in die empfindlichen Grenzgebiete von Afghanistan geschickt werden“.<sup>37</sup> In derselben Agenturmeldung berichtet Kyodo, daß der indische Geheimdienst Beobachtungen über die Reisen von Generalleutnant Christi anstellte. Christi ist Korpskommandeur für den Norddistrikt der pakistanischen Armee . . . Er besuchte neulich die Grenzgebiete und sagte, daß er eine Reihe von Begegnungen mit chinesischen Kommandeuren in diesem Gebiet hatte. Generalleutnant Christi diskutierte Fragen, wie die der strategischen Stellungen der Guerilleros, die Versorgungsrouten für die bereits vereinbarten Lieferungen von chinesischem Kriegsmaterial und tauschte Ansichten über gemeinsame Bemühungen aus, eine Sondertruppe bereitzustellen, um eine mögliche sowjetische Hilfe für Afghanistan zu stören“.<sup>38</sup> Eine andere Delegation von hohen chinesischen Militärs, geführt vom Chef der Luftwaffe, Chang-Ting Fa, besuchte im Frühjahr 1979 Pakistan. Diese Delegation begab sich ebenfalls zum Khai-

berpaß und in einige Gebiete direkt an der afghanischen Grenze. „Angesichts des offenkundigen Interesses Amerikas an der Sicherheit und Stabilität der ganzen Region scheint es wünschenswert, daß die US-Regierung sich noch enger mit Pakistan und Iran berät und mit beiden Staaten noch enger zusammenarbeitet. Eine stille, aber sichtbare Demonstration unserer Anteilnahme an ihren Besorgnissen würde ihnen wieder Vertrauen geben und zugleich als Warnung dienen, wenn die neue afghanische Regierung es wagen sollte, ihren Nachbarn Schwierigkeiten zu bereiten.“<sup>39</sup>

Dies schrieb ein führendes Mitglied des Georgetown Center for Strategic and International Studies im Juli 1978. Heute ist es klar, daß Afghanistan seinen Nachbarn keine „Schwierigkeiten bereitet“. Im Gegenteil, es sind die Nachbarn, die sich in afghanische Angelegenheiten einmischen und eine konservative, unter einem religiösen Deckmantel arbeitende Bewegung gegen die Revolutionsregierung unterstützen.

Zur Zeit ist es unmöglich vorauszusagen, wann und wie die Kämpfe in Afghanistan enden werden. Die westlichen Medien sind bemüht, ein düsteres Bild zu zeichnen, und zeitweilig erweckten sie den Eindruck, die Khalq-Regierung würde binnen weniger Tage stürzen. Jedoch haben sich Berichte wie „15.000 Rebellen haben Kabul fast erreicht und liegen verborgen um die Stadt herum. Sie warten nur auf die geplante Offensive“<sup>40</sup> als unzutreffend erwiesen – Wunschenken konservativer und reaktionärer Journalisten.

Im Gegenteil – derzeit sieht es so aus, als verstärkte die Khalq-Regierung ihren Rückhalt in der Bevölkerung und siegte militärisch über die Rebellen (hier wird Bezug genommen auf die Regierung Taraki, da der Beitrag offenkundig nur die Ereignisse vor dem 16. September 1979, dem Zeitpunkt des Sturzes Tarakis, berücksichtigt; d. Red.). Allerdings: Angesichts der bergigen Landschaft, der fortgesetzten militärischen und ideologischen Unterstützung für die Rebellen durch Pakistan, China und den Iran sowie des „Wohllollens“ der US-Regierung ihnen gegenüber (und vielleicht auch noch mehr) steht das afghanische Volk in einem langen, kostspieligen Kampf. (Quelle: Counter Spy, Washington, Jahrgang 4, Nr. 1, S. 8-19)

### Anmerkungen:

- 1) Washington Post (WP), 10.5.1979
- 2) Der Sachbearbeiter im US-Außenministerium für Afghanistan in einem Brief vom 22.5.1979
- 3) Newsweek, New York, 26.2.1979, S. 27
- 4) WP, 13.4.1979
- 5) Current History, Juni 1979, S. 172
- 6) WP, 13.4.1979
- 7) Newsletter on Civil Liberties and Police Development (CILIP), Westberlin, Februar 1979, S. 33
- 8) Der Spiegel, Nr. 12/1979, S. 162
- 9) WP, 13.4.1979
- 10) Christian Science Monitor (CSM), 1.5.1978
- 11) Khyber Mail, 7.5.1978
- 12) Taraki im Jahre 1951 (!) in der Zeitung Angar, zit. nach: Political Affairs, Januar 1979, S. 12/13
- 13) CSM, 1.5.1978 j14) Ein Beamter der Carter Administration, zit. nach: CSM, 9.5.1978, S.5
- 15) CSM, 14.11.1978
- 16) Newsweek, 26.2.1979
- 17) U.S. News and World Report, Washington, 11.12.1978, S. 56
- 18) Neue Zürcher Zeitung (NZZ), Zürich, 7.2.1979
- 19) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 21.8.1979
- 20) Newsweek, 2.4.1979, S. 47
- 21) WP, 11.5.1979
- 22) Zit. nach: Foreign Broadcast Information Service (FBIS), Sowjetunion, 23.4.1979
- 23) Die Prawda veröffentlichte sogar Namen von CIA-Agenten und „Meistern der Subversion“, z.B. L. Robinson, R. Brock und V. David, die die Rebellen unterstützten, 10.4.1979
- 24) WP, 3.4.1979
- 25) New York Times (NYT), 16.4.1979
- 26) Washington Star (WS), 30.4.1979
- 27) Zit. nach: FBIS, Sowjetunion, 23.4.1979
- 28) Nawa-i-Wagt, zit. nach: FBIS, Sowjetunion, 30.5.1979
- 29) NZZ, 7.2.1979
- 30) NYT, 16.4.1979
- 31) NZZ, 7.2.1979
- 32) Zit. nach: Dritte Welt Magazin, Nr. 4/1979, S. 6
- 33) WP, 25.5.1979
- 34) Guardian Weekly, London, 6.5.1979
- 35) Zit. nach: FBIS, Middle East and North Africa, 18.4.1979, S. 12
- 36) McLeans, 30.4.1979, S. 24
- 37) Zit. nach: FBIS, Middle East and North Africa, 18.4.1979
- 38) Ebenda
- 39) Washington Review of Strategic and International Studies, Juli 1978, S. 117
- 40) FAZ, 14.8.1979



# Unmittelbare Aufgaben der neuen Regierung

Die neue demokratische Regierung hält es für ihre nationale historische Mission, die progressiven sozialen und politischen Grundlagen der DRA (Demokratische Republik Afghanistan; d. Red.) – diese große Errungenschaft der Aprilrevolution (von 1978; d. Red.) – zu festigen und zu entwickeln und die antifeudale, nationale, demokratische, anti-imperialistische und gegen die Kompradoren gerichtete Revolution bis zum endgültigen Siege zu führen. In möglichst kurzer Frist sind folgende Aufgaben zu lösen:

1. Freilassung aller politischen Gefangenen, die auf Weisung des Verbrechers Amin ins Gefängnis geworfen wurden, bei entsprechend günstigen Bedingungen wird die Todesstrafe aufgehoben.
2. Aufhebung aller antidemokratischen und unmenschlichen Gesetze. Willkürliche Verhaftungen, Verfolgungen und Hausdurchsuchungen sind untersagt.
3. Achtung der Grundsätze des Islam, der Gewissensfreiheit, des Glaubensbekenntnisses und der Religionsausübung, Schutz der Familie, Wahrung der Prinzipien des rechtmäßigen Eigentums – einschließlich des persönlichen, das nicht durch Ausbeutung, Raub, Bestechung, Spekulation und Schmuggel erworben worden ist.
4. Wiederherstellung der Unantastbarkeit der Persönlichkeit und der allgemeinen Sicherheit, des Friedens, der Ruhe und der revolutionären Ordnung im Lande.
5. Gewährleistung gesunder Bedingungen für die Verwirklichung der demokratischen Freiheiten, einschließlich der Freiheit der Gründung progressiver patriotischer Parteien sowie von gesellschaftlichen Massenorganisationen, der Presse- und der Versammlungsfreiheit, der Demonstrationsfreiheit, der Sicherung des Rechts auf Arbeit und Bildung, des Briefgeheimnisses, der Bewegungsfreiheit im Lande und der Unantastbarkeit des Wohnraums.
6. Aufmerksamkeit und ernsthafte Hilfe für die junge Generation, die Schüler und Studenten, für die Intelligenz des Landes.

## Kurs der Demokratisierung

Um eine unabhängige nationale Wirtschaft aufzubauen und das Entwicklungstempo auf der Grundlage wissenschaftlicher Pläne für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung zu beschleunigen sowie das Lebensniveau der Volksmassen zu erhöhen, wird die Regierung der DRA in möglichst kurzer Frist auf **innenpolitischem Gebiet** folgendes realisieren: Weitere Etappen der demokratischen Bodenreform, Beseitigung der Überreste des Feudalismus und Liquidierung der Herrschaft der ausländischen Händler und der Vertreter der imperialistischen Monopole, Erweiterung des staatlichen Sektors in der Wirtschaft, Hilfe für die Handwerker, die kleinen und mittleren Bauern und für das nationale Kapital, Demokratisierung des politischen gesellschaftlichen Lebens und des Staatsapparats, Entwicklung der nationalen Sprachen und Kulturen aller brüderlichen Völker und Stämme Afghanistans, Durchführung einer Kulturrevolution, Beseiti-

gung der Überreste des Einflusses des Kolonialismus, des Neokolonialismus und des Imperialismus auf allen Gebieten. Auf **außenpolitischem Gebiet** wird die DRA den Kurs einer prinzipiellen Friedenspolitik befolgen, die auf den Prinzipien der positiven und aktiven Neutralität, der friedlichen Koexistenz beruht, eine Politik des Friedens und der Entspannung, die die Reduzierung der strategischen Kernwaffen und die allgemeine Abrüstung, die Menschenrechte und die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker unterstützt.

Getreu dem Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit der UdSSR vom 5. Dezember 1978 – seinem ganzen Wesen nach ein Dokument, das dauerhaften Frieden und Sicherheit in der Region garantiert – unterhalten und entwickeln Volk und Regierung der DRA unverbrüchliche freundschaftliche und brüderliche Beziehungen zur großen Friedensmacht **Sowjetunion**. Diese Beziehungen sind Ausdruck des freien Willens und des Patriotismus des Volkes von Afghanistan in den 60 Jahren seit der Proklamation der Unabhängigkeit, und heute sind sie unsere wichtige nationale Tradition geworden. Diese Beziehungen haben eine neue Stufe erreicht und entwickeln sich in allen Richtungen.

Afghanistan begrüßt die nationale, islamische, antiimperialistische und antimonarchistische Revolution der breiten Massen des **iranischen Brudervolkes** und wird die Initiative zur Annäherung und zur Festigung der Freundschaft zwischen beiden befreundeten, historisch miteinander verbundenen Staaten ergreifen. Zwischen unseren Ländern gibt es im Grunde genommen keine Meinungsverschiedenheiten.

Auch das afghanische und das **pakistanische Volk** haben unzerstörbare brüderliche Gemeinsamkeiten. Die DRA setzt sich ehrlich und brüderlich für die Beseitigung aller Meinungsverschiedenheiten und Mißverständnisse durch Verhandlungen mit den verantwortlichen Führern Pakistans ein.

Liebe Landsleute!

Die Grundlage der politischen Macht in der DRA ist das Volk. Die politische Macht gehört dem Volk und wird durch die Bildung eines gesamtnationalen Rates und örtlicher Räte realisiert werden, was in einer neuen Verfassung seinen Niederschlag finden wird. Sie soll in möglichst kurzer Zeit ausgearbeitet werden.

Die Wahlen der Abgeordneten in die Jirgah der Volksvertreter werden auf der Grundlage des Rechts auf allgemeine, gleiche, direkte und freie Wahlen und in geheimer Abstimmung erfolgen. Die DRA beruht in Bezug auf ihre Staatsordnung auf der Gleichberechtigung sowie dem freien und freiwilligen Bund aller brüderlichen Nationen und Stämme, die in einem einheitlichen und gemeinsamen Vaterland leben.

Liebe Landsleute!

Jahrzehntelang haben Sie von den falschen Machthabern, den Nadir- (afghanisches Königshaus; d. Red.) und Amin-Leuten viele leere Erklärungen und Versprechungen gehört. Gradmesser für die Wahrheit ist die Praxis. Wir werden das verwirklichen, was wir sagen.

(Quelle: Radio Kabul, Kabul, 30.12.1979, Ausschnitte)



## Harald Meinke **Kampuchea-Hilfe für wen?**



Zur Jahreswende 1979/80 entsandte die Hilfsaktion Vietnam e.V. die erste größere Hilfsfracht nach Kampuchea. Der Delegation, die in Phnom Penh der Regierung Heng Samrin Güter im Werte von 1/2 Mio DM überbrachte, gehörten neben der Theologin Uta Ranke-Heinemann und der Vorsitzenden der Hilfsaktion Sibylle Weber, auch die Journalisten Peter Grubbe (Stern) und Harald Meinke (RFFU-Betriebsrat) an. H. Meinke, der bereits in einem Filmbericht im Westdeutschen Fernsehen (WDR) am 8. Januar d.J. seine Reiseerfahrungen zusammenfaßte, setzt sich in seinem Beitrag für das AIB speziell mit Streitfragen der internationalen Kampuchea-Hilfe und mit den Gegenakteuren Pol Pot/Ieng Sary und Sihanouk auseinander.

Der Nationalen Front für die Rettung Kampuchreas (FUNSK) unter der Präsidentschaft von Heng Samrin ist es in den vergangenen 12 Monaten mit vietnamesischer Hilfe gelungen.

- über 9/10 des Landes militärisch zu befreien, sowohl von den Resttruppen Pol Pots, als auch von den marodierenden Khmer Serai, antisozialistischen Truppen des Ex-Diktators und US-Zöglings General Lon Nol. Es ist dem Beobachter heute in Kampuches möglich, nahezu jeden Punkt auf der Landkarte anzusteuern. Die Gebiete, die noch umkämpft sind, befinden sich ausschließlich entlang der thailändisch-kampucheanischen Grenze;
- die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Medikamenten sicherzustellen, obwohl man einschränken

muß, daß es in partiellen Bereichen zum Teil erhebliche Versorgungslücken gibt.

Betrachten wir beide Punkte.

Richtig ist zweifelsfrei, daß auch noch ein Jahr nach dem Sturz der Regierung Pol Pot/Ieng Sary die Hauptlast der Grenzsicherung bei den vietnamesischen Verbündeten in Kampuchea liegt. Yos Por, Generalsekretär der FUNSK begründet die Anwesenheit vietnamesischer Soldaten in Kampuchea mit der andauernden Aggression gegen sein Land: „Was die vietnamesischen Truppen betrifft, die sich gegenwärtig auf kampucheanischem Territorium befinden, so werden wir mit der vietnamesischen Führung erst dann über einen Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea verhandeln, wenn China und die USA ihre Unterstützung für die Truppen unter Pol Pot und Ieng Sary, die sich in Thailand befinden und von dort aus das kampucheanische Volk bekämpfen, einstellen.“

### Warum vietnamesische Truppen?

Aber auch ein zweites Argument für die weitere Stationierung vietnamesischer Truppen in Kampuchea wird im Land häufig genannt. Malcom Harper, Kampuchea-Chef der britischen Hilfsorganisation OXFAM: „Ich glaube, daß die kampucheanische Regierung sich wirklich ersten Problemen gegenüber sähe, würden die Vietnamesen jetzt das Land verlassen. Sowohl beim Aufbau ihrer eigenen Infrastruktur, als auch um die notwendigen Fähigkeiten zu vermitteln beim Aufbau des Regierungsapparates.

Auch glaube ich an das Entstehen einer wirklichen Angst in den Köpfen der Leute hier, sollten die Vietnamesen jetzt Kampuchea verlassen. Wirkliche Angst vor Pol Pot; die tiefverwurzelte Angst, daß er wiederkommen könnte, wenn die Vietnamesen zu schnell das Land verlassen.“

Die im Aufbau befindliche kampucheanische Armee kann die Grenzen zu Thailand noch nicht aus eigener Kraft sichern. Wir haben bei unseren Rundreisen durch das verwüstete Land in allen Dörfern und Städten zwar kampucheanische Milizen gesehen, die sich in örtlichen Selbstverteidigungskomitees zusammengeschlossen haben und an automatischen Waffen ausgebildet werden, um in einiger Zukunft den Grundstock einer revolutionären kampucheanischen Volksarmee zu bilden. Aber die schon verhandelten kampucheanischen Einheiten, zum großen Teil ehemalige Pol-Pot-Soldaten und -Offiziere (Präsident Heng Samrin selbst war Kommandeur einer Pol-Pot-Einheit im östlichen Battambang, bevor er die Waffen gegen den vom Volk verhaßten Diktator richtete), die aus Pol Pots Armee desertierten, um das Land militärisch vom maoistischen Joch zu befreien, sind mit der Bekämpfung der restlichen, versprengten Pol-Pot-Truppen beschäftigt.

Für die andauernde Präsenz vietnamesischer Kontingente in Kampuchea spricht auch das in jüngster Zeit verstärkt aggressive Auftreten der kapitalistischen ASEAN-Staaten



(Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Indonesien). Alle diese Staaten haben entlang der thailändisch-kampucheanischen Grenze eigene Truppen aufmarschieren lassen. Die Idee einer ASEAN-Präsenz in Thailand wurde von den dort herrschenden Generalen und Lee Kuan Yew, dem militant antikommunistischen Staatschef Singapurs (und Helmut-Schmidt-Intimus), ausgeheckt. Abseits von den Schlagzeilen der Weltpresse wandelt sich in Südostasien eine ehemalige Wirtschaftsgemeinschaft in ein aggressives Militärbündnis um. Lee Kuan Yew verfolgt seine expansiven Ziele schon seit Jahren mit großer Zielstrebigkeit: mangels Territoriums und um dem Mißmut der eigenen Bevölkerung aus dem Weg zu gehen, läßt er seine große Berufarmee auf den Philippinen an Offensiv-Waffen ausbilden.

Fazit: Das militärische Komplott zwischen 22.000 Pol Pot-Soldaten (siehe Interview mit Pen Sovan in: AIB, Nr. 1/1980, S. 16/17), ASEAN-Truppenverbänden in unbekannter Größe, thailändischer Armee, marodierenden Khmer Serei, Washingtons Geld und Beratern und massiver chinesischer Unterstützung verlangt zum gegenwärtigen Zeitpunkt nach kampucheanisch-vietnamesischer Zusammenarbeit in Grenzsicherungs- und Selbstverteidigungsfragen.

### Ausweg aus den Versorgungsproblemen

Bei der Betrachtung der zweiten wichtigen Aufgabe, der Lebensmittel- und Medikamenten-Versorgung des kampucheanischen Volkes, muß man sich die Ausgangslage kurz vor Augen halten.

Von der einstigen Reiskammer Asiens war nach 4 Jahren maoistischer Diktatur nicht mehr viel über. Pol Pot ließ konsequent Hardware zerstören. Die Befreiungsarmee Heng Samrins fand ein Land vor, in dem es weder LKWs noch Traktoren, weder Boote noch Bootmotoren, weder Reismühlen noch Wasserpumpen, weder landwirtschaftliche Ge-

räte noch Werkzeugmaschinen gab. Alle Vorratslager, Zisternen und große Teile des Deichsystems (für den Reisanbau) wurden vom alten Regime eingerissen, die wissenschaftlich-technische Intelligenz umgebracht. Es gab im Land fast niemanden mehr, der einen Traktor fahren, eine Pumpe warten oder einen LKW abschmieren konnte.

Unmittelbare Auswirkung: bei der ersten Aussaat nach der Befreiung wurden nur maximal 30% der landwirtschaftlichen Nutzfläche bebaut. Aber auch diese 30% konnten nicht optimal genutzt werden: es fehlte an Düngemitteln, Insekten- und Rattengiften (zwischen 15 und 20% der Ernte gingen allein durch Ratten verloren).

In dieser kritischen Versorgungssituation sprangen zunächst die sozialistischen Länder mit massiven Hilfeleistungen ein. Die SR Vietnam schickte Techniker, um überlebende Khmer an Maschinen, Motoren und Pumpen auszubilden. Sie schickte mehrere 10.000 t Reis und Saatreis nach Kampuchea.

Die UdSSR lieferte Getreide und sowjetischen Mais, eine Leistung, der das kampucheanische Volk sein Überleben zum großen Teil verdankt. Ich habe auf meinen Reisen durch die Provinz kein Dorf gesehen, in dem nicht sowjetischer Mais säckeweise zur Verteilung gelangte.

Die UdSSR schickte Kampuchea ein Passagierschiff mit 120 sowjetischen Ingenieuren, Mechanikern, Dockern und Technikern. Es ankert im Hafen von Kampong Song. Sowjetische Spezialisten setzen dort die Hafenanlagen wieder in Betrieb, reparieren Kräne, laden Schiffe aus, bringen in Schnellkursen Kampucheanern das nötige Know-how bei. Die UdSSR lieferte Kampuchea 80% aller Hardware. Allein im Dezember löschten sowjetische Hafendarbeiter im Hafen von Kampong Song über 650 LKWs aus den Bäumen sowjetischer Frachter.

Nicht zu vergessen die Hilfe der sozialistischen Länder im Gesundheitswesen: Kuba schickte im Dezember 1979 26 Ärzte nach Phnom Penh. Eine entscheidende Hilfe, be-



Aufräumarbeiten in Phnom Penher Konzentrationslager, ehemals Toul-Sleng-Schule



denkt man, daß nach Angaben von Yos Por, dem Generalsekretär der FUNSK, insgesamt in Kampuchea nur 50 Ärzte das Pol-Pot-Regime überlebt haben. In der Provinz Takeo z.B. haben von ehemals 100 Ärzten ganze 2 (!) das alte Regime überlebt (siehe Anklageschrift des Volkstribunals von Phnom Penh in: AIB, Nr. 11-12/1979, S. 36/37). 2 Ärzte für 580.000 Menschen!

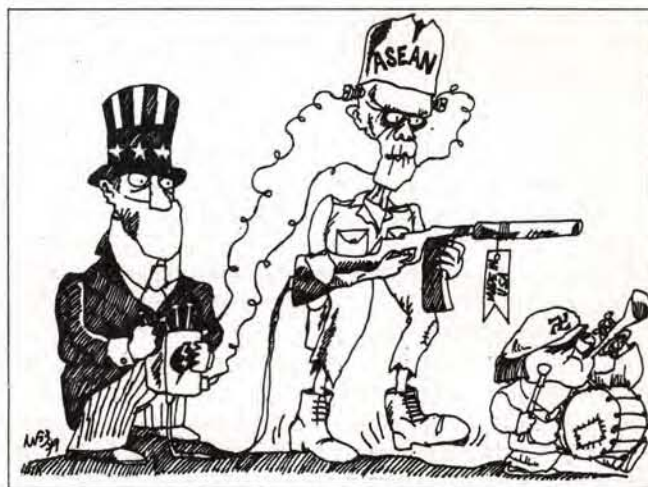
Die DDR reagierte gleichfalls prompt: Im Januar 1980 lieferte sie ein komplettes Kreiskrankenhaus nach Kampuchea. Wie dringend nötig diese medizinischen Hilfsaktionen sind, mag folgende Zahl deutlich machen: nach UN-Angaben sind ca. 70-90% der kampucheanischen Bevölkerung (die Zahlen schwanken) von Malaria-Erregern befallen.

## Hilfe auch internationaler Organisationen

Neben den sozialistischen Ländern helfen jetzt auch verstärkt internationale Hilfsorganisationen, wie die britische OXFAM-Organisation, die bundesdeutsche Hilfsaktion Vietnam e.V. oder die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) der UNO.

OXFAM vertritt in Kampuchea einen Verbund westeuropäischer, vorwiegend britisch-niederländisch-belgischer Organisationen. OXFAM wurde als erste internationale Hilfsorganisation direkt in Kampuchea aktiv.

Durch gezielte Spendenaufrufe (so läuft z.B. in der britischen BBC regelmäßig das Kinderprogramm „Blauer Peter“, in dem den Kindern Englands Kinder aus Kampuchea vorgestellt werden, mit dem Hinweis, daß diese kampucheanischen Kinder kaum überleben dürften, sollten keine internationalen Hilfslieferungen in Kampuchea eintreffen) konnte OXFAM bis heute über 15 Mio Dollar bereitstellen. OXFAM konzentriert seine Hilfstätigkeit auf die Beschaffung von Morris-LKWs aus Hongkong (60), auf die Instandsetzung der



Pumpwerke in Phnom Penh, auf die Bedarfsdeckung an Milchpulver, Zucker, Salz und Reis. Ein täglicher Direktflug mit der Martinair von Singapur nach Phnom Penh dient diesem Ziel.

Die FAO arbeitet halb illegal im Kampuchea. Einerseits ist sie durch ihre Satzung und diverse UN-Erklärungen zur Soforthilfe verpflichtet, andererseits fehlt der neuen Regierung bislang immer noch die nötige völkerrechtliche Anerkennung durch eine UN-Mehrheit, die Voraussetzung für eine Hilfe der UNO in großem Stil.

Die FAO stellte Kampuchea 1979 ein komplettes FAO-Programm für 10.000 ha Reisfelder zur Verfügung. Dazu gehören: Saatreis, Berater, Pumpen, Traktoren, Düngemittel, Rattengifte, Reismühlen usw. 10.000 ha intensiv genutzter Reisanbaufläche sichern die Ernährung für ca. 200.000 Menschen.

Für 1980 plant die FAO-Zentrale in Rom (Office for special relief operations/Herr Wagner) ein komplettes Kampuchea-Programm für über 200.000 ha Reisfelder. Nur: es fehlt an Geld. Lächerliche (vergleichsweise) 30 Mio Dollar werden gebraucht. Aus dem Westen beteiligen sich bislang nur OXFAM und die belgische Regierung an der Finanzierung. Die FAO-Leute in Phnom Penh sind entsprechend schlecht auf die anderen Staaten Westeuropas, insbesondere auf die Bonner Koalition zu sprechen, denn Bonn verweigert bislang jede humanitäre Hilfe für die Menschen in Kampuchea.

## Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam Forderungen zu Kampuchea

Anlässlich des 1. Jahrestages der Befreiung Kampuchreas vom Regime Pol Pot/Ieng Sary am 7. Januar erklärte der Vorsitzende der Freundschaftsgesellschaft BRD – SR Vietnam, Prof. Dr. Erich Wulff u.a.:

(...) Inzwischen hat das kampucheanische Volk mit Unterstützung Vietnams, anderer sozialistischer Länder und fortschrittlicher Kräfte in aller Welt die ersten Schritte seines Wiederaufbaus gehen können. Dieser Wiederaufbau wird jedoch gefährdet durch die Unterstützung, die die VR China, die USA und Thailand den verbliebenen Banden Pol Pots und den Khmer Serai – neu organisierte Rechtskräfte, die früher im Dienst der USA standen und heute mit Pol Pot paktieren – immer noch gewähren. (...)

Angesichts der Entwicklung in und um Kampuchea sollten alle fortschrittlichen Menschen in unserem Land fordern:

1. Die Einstellung jeglicher Unterstützung für die verbliebenen Banden des Pol-Pot-Regimes und die Banden der neu organisierten kampucheanischen Rechtskräfte durch die USA, die VR China, Thailand und westliche Länder.
2. Alle Soldaten, die von Kampuchea aus die thailändische Grenze überschreiten, müssen dem internationalen Recht zufolge sogleich entwaffnet und bis zur Beendigung der Feindseligkeiten interniert werden.
3. Die Anerkennung der VR Kampuchea und ihrer rechtmäßigen Regierung durch die Bundesrepublik Deutschland und die übrigen westlichen Länder.
4. Der UNO-Sitz für Kampuchea und die Vertretung in allen UNO-Unterausschüssen muß der rechtmäßigen Regierung der VR Kampuchea überlassen werden.
5. Die Fortführung der materiellen Unterstützung, insbesondere der Lebensmittel-Lieferungen, für die VR Kampuchea durch internationale Organisationen und eine umfangreiche Aufbauhilfe seitens der Bundesregierung ohne Vorbedingungen.

(Quelle: Pressemitteilung der Freundschaftsgesellschaft BRD-SRV, Düsseldorf, 6.1.1980)

## Die Verweigerung Bonns

In der Bundesrepublik arbeitet nur eine Organisation effektiv im Bereich der Kampuchea-Hilfe: die Hilfsaktion Vietnam e.V. Sie bringt in ihr laufendes Hilfsprogramm die gesammelten Erfahrungen von 15 Jahren Vietnam-Hilfe ein. Es hat sich schon bei ihrem ersten Hilfsflug im Dezember 1979 herausgestellt, daß die von der Hilfsaktion Vietnam gekauften Medikamente und Aufbaustoffe (Wert: über 500.000 DM) auch die am dringendsten benötigten waren. Die Hilfsaktion Vietnam wird auch 1980 ihre Hilfsflüge fortsetzen: sie hat u.a. die Patenschaft für ein Krankenhaus in der Provinz Takeo übernommen und will Pumpen für die Wasserversorgung Phnom Penhs liefern.

Die BRD-Regierung begnügt sich derzeit damit, rund 1 Mio DM ihrer Botschaft in Bangkok (Thailand) anzuweisen, zur Soforthilfe für Kampuchea-Flüchtlinge. Unterstellt man einmal, diese Hilfe landet tatsächlich bei den notleidenden Flüchtlingen und nicht in den Taschen der thailändischen Verwaltung bzw. der Khmer Serai-Armee General Lon Nols, so scheint man dennoch in Bonn die 95% (Caritas-Zahl, Dr. Specht) des kampucheanischen Volkes vergessen zu wollen,



## Telegramm Sihanouks an K. Samphan

Antwort von Prinz Norodom Sihanouk auf das Angebot Khieu Samphans vom 21.8.1979.

Präsident der FGUNPDK und Staatspräsident des Demokratischen Kampuchea zu werden (Anfang September 1979)

An seine Exzellenz Herrn Khieu Samphan, z.Hd. des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der VR China, Peking.

Ich habe die Ehre, den Empfang Ihres Schreibens vom 21. August 1979 und des Entwurfs des Politischen Programms der FGUNPDK (Patriotische und Demokratische Front der Großen Nationalen Einheit Kampuchea, 1979 vom gestürzten Pol-Pot-Regime inszeniert; d. Red.) zu bestätigen. Ich danke Ihnen und Ihren Genossen für Ihren Vorschlag, mich zum Präsidenten der FGUNPDK und zum Staatspräsidenten des Demokratischen Kampuchea zu machen. Ich muß Sie um Verständnis für meine Einstellung bitten. Es ist mir unmöglich und wird mir weiterhin unmöglich sein, die großen Ehren anzunehmen, die Sie mir übertragen wollen. Die wichtigsten Gründe, die mir die Annahme Ihres Angebots ganz und gar verbieten, sind folgende.

Erstens muß ich das Andenken aller Männer und Frauen der Khmer respektieren, die seit dem 17. April 1975 von den Roten Khmer unschuldig und zu Unrecht ermordet worden sind. Zweitens muß ich das Andenken meiner Kinder und Enkel ehren, die als Mitglieder der FUNK (Nationale Einheitsfront Kampuchea, gegründet 1970; d. Red.) spontan bereit waren, dem Regime der Roten Khmer unter dem Namen des Demokratischen Kampuchea zu dienen und die von den Roten Khmer gefoltert und getötet wurden. Die Roten Khmer haben Lüge, Täuschung und intellektuelle Unredlichkeit zu einer staatlichen Institution erhoben. Von 1970 bis 1975 hatten wir ja bereits eine Nationale Einheitsfront Kampuchea und ein politisches Programm, das wirklich demokratisch und liberal war. Nach dem gemeinsamen Sieg vom 17. April 1975 wurden die meisten aktiven Mitglieder der FUNK, die nicht den Roten Khmer angehörten, von den Roten Khmer eliminiert, und das politische Programm der FUNK wurde von A bis Z entweiht und als Fetzen Papier behandelt.

Die von den Roten Khmer geschaffene neue Front und das neue politische Programm sind unstrittig eine neue Täuschung. Nur Idioten und Schwachköpfe werden sich von diesen Ihren neuen Vorspiegelungen in die Falle locken lassen. Ich grüße Sie als alten Waffengefährten gegen den Imperialismus und bin hochachtungsvoll  
Norodom Sihanouk.

die nach wie vor in Kampuchea leben.

Ehrlicherweise muß man sagen, daß diese Form der Hilfe bzw. Hilfeverweigerung selbst in westdeutschen Diplomatkreisen nicht unumstritten ist. Sie zeigt überdies erhebliche Risse in der Lagebeurteilung und insgesamt in der Bonner Kampuchea-Politik. Denn sowohl der BRD-Botschafter bei der UNO, Rüdiger von Wechmar, wie auch die Botschafter Bonn in Hanoi und Peking haben im Dezember 1979 dem Auswärtigen Amt relativ realistische Lagebeurteilungen über Kampuchea und die effektive Arbeit der internationalen Hilfsorganisationen vor Ort geteilt und Meldungen über den angeblichen Mißbrauch der Hilfsgüter durch die Regierung Heng Samrin und die Vietnamesen z.T. heftig demontiert.

Lediglich die BRD Botschaft in Bangkok brachte zur gleichen Zeit wahre Horror-Stories zu Papier. Dazu muß man wissen: unsere dortige Botschaft schwimmt völlig im Kielwasser der US-Botschaft und CIA-Zentrale in Bangkok. Sie beschränkt sich faktisch darauf, die täglichen „Berichte“ dieser beiden Institutionen auszuwerten. Empirische Grundlage dieser US-„Berichte“ sind ausgesuchte 32 (!) Kampuchea-Flüchtlinge, die wöchentlich von US-Amerikanern interviewt werden.

Bisher ist die Bangkok-Position die offizielle Bonner Lesart. Steht zu erwarten, daß sich das im Laufe des Jahres 1980 ändert? Ist eine realistischere Bonner Kampuchea-Politik zu erwarten?

Zunächst muß man bei der Beantwortung dieser Frage bedenken, daß sich die Hoffnungen auf ein Scheitern der Regierung Heng Samrin in den letzten 12 Monaten nicht erfüllt haben. Weder ist es den drei militärischen Fraktionen der

Samrin-Opposition (Pol-Pot-Armee, Khmer Serai, bewaffnete Sihanoukisten) gelungen, ihre militärischen Aktionen zu vereinheitlichen (alle drei operieren heute nebeneinander auf thailändischem Territorium; ihre zumeist aus Kindern und Jugendlichen bestehenden Streitkräfte dürften nicht mehr als 30.000 Personen umfassen), noch ist es Peking und den westlichen Staaten gelungen, eine einheitliche „Exil-Regierung“ in Szene zu setzen. Im Gegenteil.

Nachdem Prinz Sihanouk im Dezember 1979 sein Peking Exil (endgültig?) verlassen hat und sich in Paris niederließ, war der offene Bruch zwischen ihm und der Gruppe Pol Pot/Ieng Sary, die nach wie vor in Peking leben und ihren chinesischen Brötchengebern jeden Liebesdienst erfüllen, nicht länger zu vertuschen.

## Khieu Samphan – Pekings „neuer“ Mann

Das Angebot der Maoisten Pol Pot/Ieng Sary und ihres neuen Paradeperdchens Khieu Samphan, Prinz Sihanouk als Staatspräsident in spe und Präsident der maoistischen Pol-Pot-Front zu gewinnen, wurde von ihm in bislang unbekannter Schärfe zurückgewiesen (siehe Kasten zu Sihanouks Telegramm). Dieser offene Bruch zwischen Pol Pot und Prinz Sihanouk fällt zusammen mit einer kosmetischen Behandlung, der sich die maoistische Front Pol Pots nicht zuletzt aufgrund des Drucks einer Weltöffentlichkeit unterziehen mußte, die die Namen der bisherigen Führung immer häufiger in einem Atemzug mit Völkermord, Barbarei und Zerstörungswut nennt.

Aber auch die „Schönheitsoperation“, die die Pekinger Führung inszeniert hat, um die Führung dieser Front wieder salonfähig zu machen, wird die Häßlichkeit des politischen Systems, für die sie steht, nicht auf Dauer verbergen können.

Es wird der Weltöffentlichkeit nicht lange zu verbergen sein, daß Pol Pots „neuer“ Mann im Range eines selbsternannten sog. „Ministerpräsidenten“, Khieu Samphan, so neu doch wieder nicht ist. Er lieferte bereits 1959 das theoretische Gerüst für die späteren Verbrechen Pol Pots/Ieng Sarys. In seiner in Paris erschienenen Doktorarbeit „Kambodschas Wirtschaft und seine Industrialisierungsprobleme“ formulierte er die Leitlinien der verbrecherischen Politik Pol Pots. Die britische Regierung hat als erste in Westeuropa zu verstehen gegeben, daß sie auf die Manöver Pol Pots/Ieng Sarys nicht länger eingehen will. Im Dezember 1979 aberkannte sie Pol Pot und seiner reformierten Mörderbande die völkerrechtliche Anerkennung. Der Bundesregierung empfiehlt sich das britische Vorbild. Bleibt zu hoffen, daß die Erkenntnis über den Charakter des alten Regimes und die Einsicht in die Notwendigkeit humanitärer Soforthilfe am Ende selbst in Bonn zustande kommen kann.

## Kampuchea braucht dringend Hilfe

Millionen Menschen in Kampuchea kämpfen mit dem Hunger. Es grassieren Mangelkrankungen und Seuchen. Das Land verfügt nur über geringe Reissvorräte, Medikamente und medizinische Hilfe sind kaum vorhanden. Den meisten Menschen dieses leidgeprüften Volkes fehlt es selbst an den einfachsten Dingen des täglichen Lebens. Wenn nicht rasche Hilfe kommt, müssen Hunderttausende sterben. Dies darf nicht geschehen! Wie immer man die politischen Hintergründe für die Not und das Leiden Kampuchea beurteilt, wir müssen helfen!

### Spendenkonto:

Sonderkonto Prof. Erich Wulff, PschA Frankfurt/M.  
Kto. Nr. 527055-002, Kennwort „Kampuchea“; oder  
Hilfsaktion Vietnam e.V., PschA Essen Kto. Nr. 90040-430;  
Kennwort „Hilfe für Kampuchea“



Interview mit Hussein Fahmy

## Die Opposition vereinen



*Die Unterdrückungspolitik des Sadat-Regimes gegen die Opponenten seiner Nahost-Separatpolitik und seinen prokapitalistischen Kurs im Innern hat sich im letzten Halbjahr weiter verschärft (siehe auch: AIB, Nr. 5 und 10/1979). Speziell betroffen ist die Partei der Nationalprogressiv-Unionistischen Sammlung (PNP), stärkste Kraft der Linksopposition, mit deren Führungsmitglied Hussein Fahmy das AIB kürzlich sprach. Unser Gesprächspartner ist PNP-Informationsverantwortlicher in Kairo und ehemaliger Vorsitzender der ägyptischen Journalistengewerkschaft.*

AIB: Herr Fahmy, inwieweit brachten die letzten Monate eine Verschärfung der antidemokratischen Gesetze des Sadat-Regimes aus dem Jahr 1977?

H. FAHMY: Was die antidemokratischen Gesetze betrifft, die die Regierung 1977 erlassen hat, so erinnern wir daran, daß das Volksreferendum von 1977 noch in einem friedlichen Rahmen verlief, während man heute, wenn man gegen irgend etwas protestiert, für 25 Jahre ins Gefängnis gesteckt wird. Wenn man irgendwo arbeitet und Forderungen bezüglich der Arbeitsrechte stellt, kann man ebenso zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt werden. Man kann sagen, daß alle demokratischen Rechte, die in den Menschenrechtsvereinbarungen der Vereinten Nationen enthalten sind, in Ägypten annulliert wurden.

Aber das ist noch nicht alles, denn es wird zwei Gesetze geben, welche die Bedingungen für eine vollständige Diktatur schaffen können. Das ist einmal das sog. Gesetz der „Sozialen Verfolgung“. Kompetent für die Verurteilung jeder Person wird demnach die politische Polizei anstelle von Richtern. Will man Berufung einlegen, so muß man sich an das Parlament wenden. Mit diesem Gesetz kann sicherlich jeder zu jeder Zeit ins Gefängnis gesteckt werden.

### Neue Gesetze hin zur Diktatur

Die zweite Sache ist das Gesetz der „Gewaltautorität“. Es wurde erlassen unter dem Vorwand, daß die Presse einen machtvollen Einfluß ausüben muß. Damit wird man Journalisten ausschließen und die Redakteure beschränken können.

Hiermit wird die Regierung der Presse eine immer strengere Zensur auferlegen können, um das ägyptische Volk im Dunkel der Informationslosigkeit zu halten. Denn Radio und Fernsehen sind ohnehin schon voll in der Hand der Regierung, und eigentlich auch die Presse. Aber nach der Vorstellung der Regierung ist das noch nicht genug. Sie will sie noch mehr in ihren Griff nehmen, sie will die Zensur noch mehr verschärfen. Ganz sicher wird das zur Folge haben, daß alle kritischen Journalisten gefeuert, versetzt, zu Ja-Sa-

gern der Regierung gemacht werden.

Dieser Rat der „Gewaltautorität“ wird auch eine Anzahl von Journalisten ausschließen. Es wird dauernd von 400-600 Journalisten gesprochen, die ausgeschlossen werden sollen, und zwar unter dem Vorwand sie seien Kommunisten. Aber sie sind keine Kommunisten und die Mehrheit von diesen Leuten sind entweder Rechte, Liberale, vom religiösen oder linken Flügel, aber sie sind keine hundertprozentigen Ja-Sager. Von Zeit zu Zeit schreiben sie etwas liberales. Aber sogar schon ein Satz, gar nicht mal ein ganzer Artikel, kann schon zum Ausschluß führen.

Mit diesen Maßnahmen wird die Regierung das Arsenal von antidemokratischen Gesetzen vervollständigen. Das ist kein Zufall, denn in den kommenden zwei Jahren wird sie versuchen, die Beziehung zu Israel zu normalisieren. In dieser Normalisierung aber werden die Menschen viele Dinge antinationalen, antiunabhängigen und antiägyptischen Charakters entdecken.

AIB: Diese Separatverträge von Camp David (September 1978) und Washington (März 1979) wurden von Ihrer Partei, der PNP, offen verurteilt. Ist das der Hauptgrund für Sadats verstärkte Drangsalierung der PNP?

H. FAHMY: Richtig. Wir betrachten diesen Vertrag nicht als einen Friedensvertrag zwischen Israel und Ägypten oder zwischen der arabischen Seite und Israel, sondern als einen Militärpakt, einen Militärpakt gegen die Befreiungsorganisationen, die arabische Welt und Afrika.

Und wenn die Regierung Sadat auf diesem Weg fortfährt, werden die Ägypter sehr bald die Auswirkungen des Camp-David-Abkommens erkennen. Sie werden sich davon überzeugen, daß es kein Friedensvertrag ist, sondern eine ganz andere Sache, die sehr gefährlich ist für unser Land, für unsere Unabhängigkeit, für unsere Nation und für die großen arabischen Nationen.

Das ist der wahre Grund, warum die Regierung eine strengere Hand anlegt und jede Stimme der Opposition zum Schweigen bringen will. Und ich glaube, wie Sie sagten, daß man weitere Schritte gegen unsere Partei unternehmen wird. Aber trotz der Beschränkung unserer Arbeit, trotz der Verhaftung von führenden Mitgliedern, trotz der Beschattung einer ganzen Anzahl von ihnen und trotz ihrer Inhaftierung bleiben wir standhaft, leisten wir immer noch Widerstand, versuchen wir die Opposition in Ägypten zu vereinen.

Und wir werden jetzt mehr respektiert sogar von Kräften der liberalen und der religiösen Seite, die uns verdächtigt haben, wir seien Kommunisten. Wir sind keine Kommunisten, 90% der Mitglieder sind Nasseristen. Der Rest sind Liberale, fortschrittliche religiöse Mitglieder und Marxisten. AIB: Hat nicht kürzlich Ihre Partei zur Errichtung einer Nationalen Front gegen Sadat aufgerufen?

H. FAHMY: Nein, denn auch nach dem Camp-David-Abkommen bestehen zwischen den verschiedenen politischen



Strömungen in Ägypten noch wesentliche Differenzen fort; so unsererseits Vorbehalte gegenüber den Moslem-Brüdern oder der Wafd-Partei (bürgerliche Oppositionspartei; 1977 neuzugelassen und 1978 wieder aufgelöst; d. Red.). Alle linken Organisationen und andere politische Kräfte in Ägypten aber verurteilen den Vertrag.

Man kann nicht sagen, daß wir eine regelrechte nationale Frontorganisation haben, aber wir haben de facto eine Art Minimalübereinkunft mit allen oppositionellen Kräften gegen den Vertrag von Camp David und seine Implikationen für Ägypten, gegen die antidemokratischen Gesetze und Maßnahmen und gegen die Korruption im Lande. In diesen drei Punkten sind sich alle politischen Strömungen einig.

AIB: Bei den Parlamentswahlen im Juni 1979 konnte die PNP keinen Sitz erringen, wohl aber ist jetzt eine Sozialistische Arbeiterpartei unter Führung von Ibrahim Shukri vertreten. Kann man bei ihr von einer realen Oppositionskraft sprechen?

H. FAHMY: Nein. Die wirkliche Opposition ist unsere Partei, aber wir sprechen immer von den nationalen Linken und den nicht-nationalen Linken, die vorgeben, daß unsere Partei nicht national sei. Und diese Sozialistische Arbeiterpartei hat Sadat fabriziert.

Wissen Sie, im alten Parlament sagte Sadat zu Ibrahim Shukri: „Sie machen die Oppositionspartei. Ich gebe Ihnen 24 Mitglieder.“ Denn es ist Bedingung, 20 Parlamentsmitglieder im voraus vorweisen zu können, um eine Partei bilden zu dürfen. Inzwischen haben die nationalen Elemente in dieser fabrizierten Oppositionspartei die Erfahrung machen müssen, daß sie nicht über die von Sadat gesteckten Grenzen hinausgehen kann. Diese sog. nationale Partei ist in ihrem Handeln eingeschränkt.

Sicherlich, mehr als 95% der Mitglieder des Parlaments sind in der regierenden Nationaldemokratischen Partei, aber das rührt daher, daß die Wahlen nicht frei sind. In vielen Orten wurden sie manipuliert, besonders in Alexandria.

AIB: Hat diese neue Parteischöpfung real etwas mit der Arbeiterbewegung gemein?

H. FAHMY: Nein, Nein! Das hat sie nicht. Es ist nur ein Name. Sadat hat ihr den Namen gegeben. Er sagte: „Ibrahim Shukri, hier hast Du Deine Partei, es ist die Arbeiterpartei.“ Sie hat keine Beziehung zur Arbeiterklasse.

Wenn ich von den Arbeitern in diesem Lande spreche, kommen wir zum Kapitel Gewerkschaftswahlen: Die ganze Opposition, alle Elemente der Opposition, von unserer Partei bis hin zu unabhängigen Elementen, die aufrichtig und nicht von der Regierung sind, die bei ihrer Kandidatur behindert wurden mit Hilfe des Gesetzes der „Sozialen Verfolgung“. Aber sie gingen vors Gericht, und die Gerichte annullierten diese Maßnahmen. So nahm die Opposition an den Wahlen teil und sie gewann die Wahlen, konkret 14 Gewerkschaften von 21. Eine große Anzahl gewählter Kandidaten gehörte unserer Partei an. Das zeigt deutlich, daß die wirkliche Arbeiterbewegung in diesem Land gegen beide, sowohl gegen die Nationaldemokratische Partei der Regierung als auch gegen die liberale Partei der parlamentarischen „Opposition“ (die I. Shukris; d. Red.) ist.

AIB: Was können Sie zu der sozialen Basis dieser beiden Parteien sagen, sowohl zu der von Sadat als auch zu der Ibrahim Shukris? Sind beide als Parteien der Bourgeoisie einzustufen?

H. FAHMY: Ja, aber hundertprozentig. Sie stimmen völlig in der Lösung all der sozialen Fragen überein.

AIB: Der derzeitige US-Vermittler der israelisch-ägyptischen Separatverhandlungen Strauss sprach Ende 1979 von einem „großen Fortschritt“ in Sachen der sog. Autonomie für das okkupierte palästinensische Westjordan- und Gazagebiet. Geben Sie den Autonomieplänen und deren Anwendung eine Chance?

H. FAHMY: Man muß sehen, daß, während die Separatgespräche Begin-Sadat fort dauern, von Israel die zionistische Siedlungsexpansion fortgesetzt wird. Diese Verhandlungen werden keinerlei nationale Rechte für die Palästinenser erbringen.

Das palästinensische Volk in den okkupierten palästinensischen Territorien steht zu 100% hinter der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO). Und jeder Lösungsversuch, gegen den sich die PLO stellt, ist kein wirklicher Verhandlungsfortschritt. Da die Israelis der PLO nach wie vor jede Beteiligung an Nahostfriedensverhandlungen absprechen, vermag ich die von Herrn Strauss ausgedrückten „großen Fortschritte“ beim besten Willen nicht zu erkennen.

Diese Äußerungen von Strauss mögen allenfalls propagandistischen Effekt für US-Präsident Carter haben, der „Erfolge“ im Nahost-Separathandel für die herannahenden Wahlen in den USA braucht.

## Die ägyptische Krise dauert an

AIB: Hat der arabische Boykott gegen Ägypten, beschlossen auf dem Arabischen Gipfel im März 1979 in Bagdad (Wortlaut siehe in AIB 5/1979), auf die innere Lage in Ägypten durchgeschlagen?

H. FAHMY: Sie hat. Sehen Sie, Anwar al Sadat hat z.B. von den USA, der Bundesrepublik Deutschland und anderen westlichen Staaten eine Finanzhilfe in Höhe von 7 Mrd Dollar gefordert. Er wird diese Summe auch bekommen. Die Araber hatten ihm zuvor (im Falle seiner Rückkehr in die Reihen der arabischen Frontstaaten; d. Red.) sogar 3 Mrd Dollar mehr und dazu die Finanzierung von Waffen angeboten. Aber dieses Angebot schlug er aus, weil er sich der amerikanischen Nahostpolitik andienen wollte.

Als die Regierung Sadat begann, das Separatgeschäft mit den USA und Israel der Bevölkerung Ägyptens als den „Friedens-Vertrag“ anzupreisen, hieß es, fortan werde das Geld nicht mehr in Kriege und Waffen verausgabt. Doch nun verausgabt man mehr Geld für neue Waffen und für die Stationierung ägyptischer Interventionstruppen in verschiedenen afrikanisch-arabischen Ländern, so in Oman anstelle des Iran, in Zaire usw. Nach Aussagen des omanischen Vizepräsidenten soll sich die ägyptische Regierung auch für eine gemeinsame Verteidigung der Straße von Hormuz (im Sinne der militärischen Absicherung der westlichen Ölimporte in Koordination mit den USA; d. Red.) ausgesprochen haben.

AIB: Heißt das auch, daß die noch engere Anbindung Ägyptens an die Westmächte nach Camp David schon direkte Folgen auf die Wirtschaftslage des Landes zeitigt?

H. FAHMY: Oh ja. Die Wirtschaftskrise hat sich seither weiter verschärft. Die Preise klettern höher und höher. Die Inflationsrate überstieg 1979 75%. Die enge Anbindung an die USA und der arabische Boykott brachten neue Versorgungsschwierigkeiten mit sich.

Man muß feststellen, daß Kürzungen wohl im wirtschaftlichen, nicht aber im militärischen Bereich vorgenommen werden. Man kauft sogar mehr Waffen als 1978. Das ägyptische Volk aber beginnt zu durchschauen, weshalb die mit den Camp-David-Verträgen versprochenen wirtschaftlichen Vorteile ausbleiben.

**Adressenänderungen**  
**bitte rechtzeitig bei der Redaktion**  
**(AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg 1),**  
**nicht bei der Post, bekanntgeben!**



Jürgen Ostrowsky

## Frieden oder neuer Krieg?

Wieder einmal – wie schon bei den „Lösungsansätzen“ von 1971 und 1976<sup>1</sup> – ist vor allem Londons Geschäftswelt auf dem Sprung in seine einstige Domäne: „Britische Industrie will Rhodesien 'zurückerobern'“, schrieb etwa die Frankfurter Rundschau.<sup>2</sup>

Dieses bemerkenswerte Stimmungsverbesserung in den Chefetagen des internationalen Kapitals wirft eine Kernfrage für die künftige Entwicklung der ehemaligen Kolonie Süd-Rhodesien nach der endgültigen Unabhängigkeit auf: Die Frage, ob Zimbabwe ein neokoloniales Paradies für internationale Kapitalanleger unter einem Marionettenregime werden wird (als welches sich Bischof Muzorewa mit seinen glühenden Bekenntnissen zur „freien Marktwirtschaft“ aufdrängt), oder ob sich Zimbabwe zur vollen politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit entwickeln können, wie es die Organisationen der Patriotischen Front in ihren programmatischen Aussagen fordern.

Oder anders formuliert: Bleibt dem Staatsstreich des Ian Smith von 1965, mit welchem er die einseitige Unabhängigkeit von der britischen Krone erklärte, aufgrund der zahlreichen westlichen Manöver letztlich doch ein Teilerfolg beschieden; bleibt dem internationalen Kapital, den imperialistischen Ländern, welche sich dies gegen die Weltöffentlichkeit profitabel zunutze gemacht haben, ungestraft die Beute ihrer Politik; bleibt ein neokoloniales Zimbabwe damit eine Aufmarschbasis gegen die unabhängigen Länder wie Sambia und Mocambique? Oder wird die Befreiungsbewegung die Früchte ihres langen Kampfes ernten, werden die schweren Opfer gelohnt werden?

### Chance nach der Londoner Konferenz

Seit Dezember des vergangenen Jahres ist Zimbabwe wieder formell britische Kolonie für die geplante Übergangszeit. Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens durch die Patriotische Front (PF) am 21. Dezember begann faktisch diese Phase, die mit Wahlen Ende Februar 1980 abgeschlossen werden soll. Das endgültige Zustandekommen war bis vor dem 21. Dezember strittig gewesen. Erst ein Kompromiß, der es den Einheiten der Patriotischen Front einräumt, über die 14 in den Grenzregionen zugestandenen Sammellager für ihre Guerilleros zwei weitere im Landesinneren zu bilden, und die Zusicherung zur Einrichtung weiterer, sollten die PF-Kämpfer in großen Zahlen eintreffen, eröffnete den Abschluß der Londoner Konferenz. Bereits vor diesem Stichtag und vor allem vor einem formellen Beschluß des allein zuständigen UN-Sicherheitsrates hatten die USA, Kanada und die meisten EG-Länder die 1966 verhängten Sanktionen aufgehoben.

Die Chance einer „friedlichen“ Lösung des Konflikts – von den westlichen Ländern angeblich immer gewollt – ist damit gegeben. Die Patriotische Front hat ihren festen Willen bekundet, alles hierzu beizutragen. So verlief der Prozeß der Sammlung der Guerilleros in den vorgesehenen Stationen

20



Empfang zurückgekehrter Guerillaführer in Salisbury

und ihr Transport in die 16 Lager zwar anfänglich schleppend, dann aber zügig und äußerst diszipliniert, wie die Beobachtertruppe des Commonwealth zugeben mußte.

Es ist nach den bisherigen Erfahrungen unabweisbar, daß ein Scheitern der jetzt vereinbarten Lösung zu Lasten der Reaktionen in Salisbury und ihrer Hintermänner in Südafrika und den westlichen Metropolen gehen dürfte. Neben absehbaren problematischen Punkten wie: Rolle von tribalistischen (stammesegoistischen) Splittergruppen in den bevorstehenden Wahlen, Sicherung der Wahlen gegen jegliche Fälschung, Sicherung des Waffenstillstandes durch die lediglich etwa 1.200 Mann Commonwealth-Truppen, Integration der Armeen nach der Wahl und Regierungsbildung, gibt es bereits jetzt Anlaß zur Besorgnis.

Es ist illusionär anzunehmen, daß die in Zimbabwe bestehenden internationalen Kapitalinteressen, Südafrika sowie Teile der weißen Siedler, schließlich manche Kräfte unter den bereits mit dem Rassistenregime kollaborierenden Schwarzen eine Wahlniederlage und den damit möglichen Verlust ihrer Positionen, Profitinteressen usw. ohne jede Gegenmanöver hinzunehmen bereit sind. Das Londoner Arrangement wird sich für sie nur ausgezahlt haben, wenn es gelingt, ihren erklärten Favoriten an die Macht zu bringen.



Dieser heißt Bischof Abel Muzorewa.

Unterstützt von internationalen Finanzgruppen, von Südafrika<sup>3</sup> und von den westlichen Ländern, unterhält Muzorewa – ebenso wie einige andere schwarze Politiker ähnlichen Zuschnitts – eine wachsende Privatarmee, die „schwer bewaffnet durch die Dörfer (zieht) und mit vorgehaltener Waffe Anhänger für ihre(n) Brotherrn“ wirbt.<sup>4</sup> Zusammenstöße zwischen diesen undisziplinierten Terrorgruppen und PF-Einheiten fanden bereits statt.

Neben diesen Banden besteht eine vor allem aus weißen Söldnern rekrutierte Terrorgruppe, in der auch südafrikanische Armeeingehörige eingegliedert sein sollen. Sie ist anscheinend verantwortlich für einen Anschlag auf das Haus des ZANU (Afrikanische Nationalunion von Zimbabwe)/PF-Führers Robert Mugabe, welcher der ZAPU (Afrikanische Volksunion von Zimbabwe)/PF Joshua Nkomos angelastet werden sollte. Zwischen diesen Kommandos und dem Führer einer ZANU-Abspaltung, Ndabaningi Sithole, bestehen über US-amerikanische Söldnerwerber und Agenten wie Robin Moore (der in Vietnam zu den berüchtigten „Green Berets“ gehörte) und Neville Romain (ehemals CIA) Kontakte.<sup>5</sup>

Eine weitere Gefahr für den Waffenstillstand stellt die offizielle rhodesische Armee dar. Sie tat sich bereits mehrfach durch Angriffe auf PF-Einheiten hervor.<sup>6</sup> Begleitend hierzu provozierte die weiße Polizei PF-Anhänger.<sup>7</sup> Den Anklagen der PF-Führer Nkomo und Mugabe gegenüber blieb der britische Gouverneur bislang taub. Im Hintergrund steht indessen die Drohung des Oberkommandierenden der Rassistenarmee, Peter Walls: die PF-Guerilleros seien „Agenten des sowjetischen Imperialismus“ und ihr Wahlsieg bedeute „einen blutigen und verheerenden Bürgerkrieg“.<sup>8</sup> Das kann nur eins bedeuten: die vorsätzliche Nichthinnahme eines eventuellen PF-Wahlsieges.

Es ist zwar zu früh, Behauptungen aufzustellen, aber angebracht, nach den Motiven einer Sabotierung des Waffenstillstandes oder der Wahl zu suchen. Sie liegen in dem Bestreben, ein Scheitern der eigenen Strategie um nahezu jeden Preis zu verhindern. Das Ziel der Strategie ist ein Wahlsieg Muzorewas. Dieser erscheint jedoch inzwischen zweifelhaft. Wirtschaftliche Schwierigkeiten, fortgesetzte Repression unter seinem kurzen Regime haben ihn viel von seiner früheren Unterstützung gekostet. Seine Massenmeetings zeichnen sich dadurch aus, daß die Menschen von weither herangekarrt werden müssen.

Anders die Patriotische Front. Der Rückkehr ihrer Kommandeure Ende Dezember 1979 jubelten 100.000 zu; die sich zu den Sammellagern begebenden Guerilleros fahren durch Spaliere begeisterter Anhänger; die erste Versammlung Joshua Nkomos unmittelbar nach seiner Rückkehr am 13. Januar besuchten über 120.000. Zusammen, so ergeben selbst vorsichtige Schätzungen, sind der Patriotischen Front wahrscheinlich über 40% der Stimmen sicher, Muzorewa ein knappes Viertel.<sup>9</sup>

Ein Sieg der Patriotischen Front aber würde bedeuten, daß aus Zimbabwe ein Staat mit fortschrittlicher Orientierung würde, in welchem der Boden neu verteilt werden und damit die Vorherrschaft der weißen Farmer gebrochen würde, ein Staat, der an der Seite der Befreiungsbewegungen in Namibia und Südafrika stünde, eine Stütze für Samibia, Mocambique und Botswana.

Dies zu verhindern hat die südafrikanische Regierung bereits frühzeitig zu ihrem Ziel erklärt. Bereits jetzt befinden sich nach Schätzungen zwischen 1.000 und 2.000 Mann südafrikanischer Truppen im Land, teilweise in rhodesische Uniformen gesteckt. Der britische Gouverneur toleriert diesen Zustand. Der von ihm akzeptierte Vorwand der Sicherung angeblich für Südafrika wichtiger Verkehrsknotenpunkte

und -wege ist fadenscheinig; es gibt für die Anwesenheit dieser Truppe, wie groß sie sein mag, keinen Grund außer dem einer bewußten Provokation und eines geplanten Eingreifens.

Joshua Nkomo stellte in diesem Zusammenhang fest, daß Bischof Muzorewa auf dem Rückweg von London nach Salisbury in Pretoria mit dem südafrikanischen Regierungschef Botha über militärische Unterstützung verhandelt habe.<sup>10</sup>

Die bürgerlichen Medien verschweigen diese Zusammenhänge oder spielen sie herunter. Stattdessen konzentrieren sie sich auf ein Problem, das ihrer Propaganda dienlicher ist und sein würde. Es besteht in der von einem ZANU-Sprecher bekundeten Absicht, die Wahlen ohne gemeinsames Vorgehen mit der ZAPU zu bestreiten. Welches auch immer die Gründe hierfür sein mögen – ein solcher Schritt stellt eine Zurücknahme der erst im Frühjahr 1979<sup>11</sup> erreichten relativ weitgehenden Einigung und damit auch eine Schwächung der Positionen der Befreiungsbewegung dar.

Dies gilt unter „wahlarithmetischen“ Gesichtspunkten, vor allem aber hinsichtlich der Aufgabe der breitestmöglichen Einheit aller anticolonialen und antirassistischen Kräfte, um die künftigen Probleme bewältigen zu können. Es gilt insbesondere unter dem Gesichtspunkt, daß Einheit nötig sein wird, um die zu erwartenden Manöver und Attacken der rassistischen und imperialistischen Kräfte abzuwehren, sei es, gegen ein Zimbabwe unter ZANU- und/oder ZAPU-Herrschaft, sei es, unter Mißbrauch Zimbabwes als Basis zur Subversion gegen Mocambique und Sambia und eventuell gegen eine Opposition aus ZAPU und ZANU im Inneren.

Der Kampf um Zimbabwe wird weitergehen.

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. AIB, Nr. 11-12/1976
- 2) Frankfurter Rundschau, 14.12.1979; International Herald Tribune, Zürich, 28.12.1979
- 3) Sell Out In Zimbabwe, CIS (Counter Information Services) Report, London 1978, S. 6
- 4) Der Spiegel, Nr. 52/1979, S. 125
- 5) CIS Report, S. 6
- 6) Vgl. Die Neue, 29.12.1979
- 7) Time, New York, 7.1.1980
- 8) International Herald Tribune, 22./23.12.1979
- 9) Africa Confidential, London, Jahrgang 20, Nr. 25, 12.12.1979
- 10) New African, London, Januar 1980, S. 14
- 11) Vgl. AIB, Nr. 10/1979

# Solidarität

Ich möchte Informationsmaterial/Probenummer 'Solidarität' erhalten

Ich abonniere die Solidarität  
 Jahresabonnement (10 Nummern: Fr. 18.-)  
 Unterstützungsabonnement (ab Fr. 30.-)

Ich möchte Mitglied des SKAAL werden (Fr. 30.-) und erhalte damit das SKAAL-Bulletin 'Solidarität'

Vorname, Name \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_ Nummer \_\_\_\_\_  
PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_

Ausschneiden und einsenden an  
SKAAL Postfach 2009 4001 Basel

## SKAAL

SOLIDARITÄTSKOMITEE  
FÜR AFRIKA, ASIEN UND  
LATEINAMERIKA SKAAL



Peter Jacobs

## Zu spät Padron! Beobachtungen im neuen Nicaragua (2. Teil)

Jahrein, jahraus haben die Arbeiter in der Zuckerfabrik und auf den Zuckerrohrfeldern von Montelimar für Hungerlöhne geschuftet. Sie waren rechtlos ihrem Padron ausgeliefert – dem Diktator Somoza persönlich.

Der sitzt nun im paraguayischen Exil und verlangt freies Geleit für die Rückkehr nach Nicaragua, damit er sich freien Wahlen stellen könne. Für die Arbeiter von Montelimar klingt das wie ein Witz. Sie haben für ihren einstigen Ausbeuter nur noch ein spöttisches Lächeln: Zu spät, Padron! Unsere Wahl haben wir schon getroffen.

„An guten Tagen, wenn kein Regen kam, habe ich vier t Zuckerrohr geschlagen. Für jede t gab's sechs Cordoba. Also, das waren 24 Cordoba am Tag. Aber nur in der Saison. Im Winter gab's hier auf dem Ingenio kaum Arbeit. Manchmal Unkraut abbrennen, für acht Cordoba am Tag. Ich habe fünf Kinder. Ich konnte nicht mal elektrisches Licht bezahlen. In unserer Holzhütte haben wir gelebt wie die Cucarachas, wie die Kellerasseln.“

Das ist der Bericht eines Tagelöhners vom Ingenio in Monte-

limar. Wir hörten ihn auf einer Massenversammlung der Sandinistischen Befreiungsfront vor dem Gemeindehaus. Der Mann war Analphabet, kannte nur die Welt zwischen seiner Hütte und der Zuckerfabrik. Managua, obwohl nur 70 km entfernt, lag für ihn auf einem anderen Stern. Die 24 Cordoba Tageslohn, die er in der Saison verdient hat, entsprechen knapp 5 Mark, das ist soviel wie man in einem guten Managuaer Restaurant für einen eisgekühlten Drink zu zahlen hat. Ingenios wie das in Montelimar gibt es viele in der pazifischen Küstenregion von Nicaragua. Ein Ingenio, das ist eine Zuckerfabrik mit Zuckerrohrlandschaft. Im Zentrum ein himmelhoher Schornstein, ringsum, soweit der Blick reicht, das übermannshohe grüne Schilf, aus dem der Zucker gewonnen wird. In der Nähe der Fabrik die mit schattigen Veranden ausgestatteten Wohnhäuser des technischen Personals. Sorgfältig davon getrennt die Steinbaracken der Hilfsarbeiter. Verstreut über die Plantagen wie Kiebitznerester die Ansammlungen von Holzhütten, in denen die Macheteros hausen, die Zuckerrohrschläger, das nikaraguanische Landproletariat.

Der Ingenio von Montelimar war eines der zahllosen Besitztümer des nikaraguanischen Diktators Somoza. Der raffgierige Despot kam oft nach Montelimar. Mitten im Zuckerrohr hatte er eine private Fluggpiste anlegen lassen. Allerdings nicht, um nach dem Gang der Geschäfte sehen zu können. Das besorgten gutbezahlte Verwalter für ihren Padron.

### Unter Somoza gelebt wie die Kellerasseln

Wo das Latifundium von der Pazifikküste begrenzt wird, besaß Somoza eine Luxusvilla. Dort pflegte er sich vom Streß seiner politischen Intrigen zu erholen. Solange wenigstens, wie er sich noch sicher gefühlt und nicht in seinen Managuaer Bunker verkrochen hatte. Der Aufwand für den Wochenendsitz zehrte den gesamten Gewinn auf, der aus dem Zuckerrohr und der Arbeitskraft von 3000 Beschäftigten herausgepreßt werden konnte.

Somozas Luxusvilla wurde von der sog. Nationalgarde abgeschirmt. Nur wenn Wahlen bevorstanden, zeigte der Padron sich persönlich. Dann belehrte er die Arbeiter von Montelimar von dem hölzernen Balkon des Gemeindehauses herunter, daß sie seine sog. Liberale Partei zu wählen hätten, wenn sie ihre Arbeitsplätze behalten wollten. Und was Somoza mit seiner Demagogie nicht schaffte, das vollendeten seine Wahlfälscher. Zu protestieren wäre lebensgefährlich gewesen.

Fünf Wochen nach der Befreiung Nicaraguas wird in Montelimar zum ersten Mal ohne Nationalgarde und ohne Somoza gewählt.

Noch nie in der Geschichte des Ingenios haben sich vor dem Gemeindehaus so viele Menschen versammelt. Aus Managua sind zwei der fünf Mitglieder des Regierungsrates gekom-





# Bilanz der Kriegsschäden in Nicaragua

Eine erste Bilanz über die Auswirkungen der langwierigen Kriegshandlungen, aus denen das nikaraguanische Volk im Juli 1979 schließlich als Sieger über die Somoza-Diktatur hervorging, wurde im September 1979 von einer Expertenkommission der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika (CEPAL) vorgelegt. Unsere Zusammenfassung ihrer Arbeitsergebnisse<sup>1</sup> vermittelt – wenngleich sie teilweise auf vorläufigen Schätzungen beruhen – eine Vorstellung vom Ausmaß der Verluste an Menschen und Material.

Neben der Hauptstadt Managua haben die Städte Esteli, Matagalpa, Leon, Masaya und Rivas, wo die größten militärischen Auseinandersetzungen stattfanden, die höchsten wirtschaftlichen Schäden erlitten. Neben der hohen Zahl an zivilen Todesopfern wurden besonders betroffen die produktiven Wirtschaftssektoren Landwirtschaft und Industrie sowie der Dienstleistungsbereich, hier vor allem der Handel.

Bei den Kämpfen 1978/79 kamen ca. 35.000 Menschen ums Leben, wovon 80% Zivilpersonen waren, größtenteils Kinder, Frauen und ältere Menschen, die nicht vor den Bombardements der Somoza-Truppen fliehen konnten. Die Zahl der Toten entspricht ungefähr 1,5% der Gesamtbevölkerung des Landes. Ca. 40.000 Kinder wurden nach Schätzungen der Regierung durch den Konflikt zu Waisen.

Schätzungsweise gibt es 80.000-110.000 Verwundete. Hiervon haben 40.000-60.000 bleibende Verletzungen erlitten. Ungefähr 150.000 Personen flohen aus den unmittelbaren Kampfgebieten in andere Teile des Landes oder in benachbarte Staaten wie Kostarika (80.000) und Honduras (50.000). Dadurch wurden zahlreiche Familien auseinandergerissen.

## Rund 40% der Bevölkerung sind stark betroffen

Insgesamt sind ca. 40% der Bevölkerung von den Auswirkungen des Konflikts stark betroffen. Die bestehenden sozialen Einrichtungen reichen nicht aus, um auch nur den dringendsten Erfordernissen gerecht zu werden: 1 Mio. Nicaraguaner benötigt wegen des Rückgangs der Nahrungsmittelproduktion dringend Lebensmittelhilfe, Tausende von Kindern sind unterernährt. Durch die Zerstörung von Krankenhäusern, die Abwanderung von Ärzten und Fachkräften – während der Unruhen verließen ca. 15% der Ärzte das Land – und infolge des Mangels an Medikamenten hat sich die Situation im ohnehin unzureichenden Gesundheitssektor drastisch verschlechtert. So mußte wegen des Fehlens der dazu notwendigen Mittel auch die Kampagne zur Bekämpfung der Malaria abgebrochen werden, was eine zusätzliche Bedrohung für die Bevölkerung darstellt.

Durch den Konflikt wurden 210.000 qm Wohnfläche zerstört oder beschädigt, deren Instandsetzung einschließlich der notwendigen Aufräumarbeiten Kosten in Höhe von 385 Mio. Cordobas (ca. 10 Cordobas = 1 Dollar) verursachen würde.

Die an Gebäuden und Ausrüstungsgegenständen im Erziehungswesen entstandenen Schäden belaufen sich auf 102 Mio. Cordobas, da schon vor dem Konflikt das Bildungswesen jedoch jahrelang vernachlässigt wurde (fast 50% der Bevölkerung sind Analphabeten), wären in diesem Bereich erheblich größere Investitionen notwendig.

Um die zerstörten oder beschädigten Krankenhäuser wiederaufzubauen, sind 106 Mio. Cordobas, um die städtische Infrastruktur wiederherzustellen 61,6 Mio. Cordobas notwendig. Außerdem müssen Schäden im Transportwesen, Fernmeldewesen und in der Strom- und Wasserversorgung beseitigt werden.

Insgesamt belaufen sich die Schäden im Bereich der Infrastruktur damit auf 780 Mio. Cordobas.

Da die landwirtschaftlichen Erträge bereits im Produktionsjahr 1977/78 durch eine Dürreperiode erheblich eingeschränkt waren, spiegeln die offiziellen Zahlen für das Jahr 1978/79 nicht in vollem Ausmaß die tatsächlich durch den Konflikt entstandenen Verluste wider.

Hauptsächlich wurde die Produktion landwirtschaftlicher Exportgüter beeinträchtigt. Da der Höhepunkt der Kämpfe gerade in der Aussaatzeit erreicht war, verringerte sich die Anbaufläche für Baumwolle von 175.000 auf 36.250 ha. Bei Kaffee, der als Hauptexportprodukt 31% der Deviseneinnahmen ausmacht, werden eben-



Spuren der Kämpfe in Managua

so wie bei Zucker erhebliche Einbußen befürchtet.

Schwerwiegende Rückgänge sind im Viehzuchtsektor zu erwarten, da die Produzenten während des Konflikts illegal übermäßig viel Fleisch exportierten, wodurch sich der Viehbestand drastisch verringerte, was zu Engpässen in der Milch- und Fleischversorgung führen wird.

Insgesamt beziffern sich die Verluste im Agrarsektor auf 276,8 Mio. Cordobas.

Die Verluste im industriellen Sektor, der sich von den Auswirkungen des Erdbebens 1972 noch nicht vollständig erholt hatte, werden auf 1.500 Mio. Cordobas geschätzt, wobei insbesondere Mittel- und Großbetriebe betroffen sind. Für 1979 wurde ein Rückgang des industriellen Produktionswerts um 27% erwartet. Von den 55.000 Personen, die vor dem Konflikt in der verarbeitenden Industrie beschäftigt waren, haben ca. 15.000 ihren Arbeitsplatz verloren.

## Einbußen im Agrar-, Industrie- und Handelssektor

Im Bergbau wird hingegen lediglich mit einem Produktionsrückgang um 9% gerechnet.

Die im Bereich des Handels entstandenen Verluste werden auf 2.200 Mio. Cordobas veranschlagt, wovon sich mehr als 50% auf die Reduzierung des Warenbestandes beziehen, die teilweise auf Plünderungen zurückzuführen ist. Da für 1979 ein Rückgang der Handelseinnahmen um 42% erwartet wird, stellt der Handel einen der am stärksten betroffenen Wirtschaftszweige dar. Die Schäden im übrigen Dienstleistungsbereich werden mit 50 Mio. Cordobas angegeben.

Die CEPAL betont, daß die geschilderte Situation sofortige und umfangreiche internationale Hilfsmaßnahmen notwendig macht, die sich insbesondere auf die Bereitstellung von Nahrungsmitteln und Medikamenten, von Saatgut, Düngemitteln und Insektenvertilgungsmitteln und auf Erleichterungen bei der Rückzahlung der Auslandsschulden beziehen müßten.

In Anbetracht des Umfangs der entstandenen Schäden sind die ca. 40 Mio. Dollar, die das Land bis Dezember 1979 an internationaler Finanzhilfe erhalten hat, recht spärlich. Als erste Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft hat die Regierung Investitionen in Höhe von 370 Mio. Dollar angekündigt, mit denen 90.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, ebenso soll die Inflation von 60% 1979 auf 40% 1980 reduziert werden. Im Januar wurde außerdem eine umfassende Alphabetisierungskampagne eingeleitet.

### Anmerkung:

1) Alle Daten sind fast ausnahmslos entnommen aus: Naciones Unidas/CEPAL, Notas sobre la economía y el desarrollo de America Latina, Santiago, Nr. 301 und 302, September 1979



men: Daniel Ortega, einer der Commandantes im Befreiungskampf, und Sergio Ramirez, ein Schriftsteller, der im Exil für den Sturz der Diktatur gearbeitet hat. Der direkte Kontakt mit sandinistischen Führern, persönlich gesprochene Worte von ihnen, mobilisieren die Leute mehr als Dekrete. Viele können ja noch nicht einmal die Zeitung lesen. An Demokratie müssen sie sich nach 43 Jahren Diktatur erst gewöhnen.

„Mit Eurem Schweiß hat Somoza Millionen verdient. Wir können Euch nicht versprechen, daß die Arbeit leichter werden wird. Aber Ihr sollt wissen, daß der Reichtum der Erde von Montelimar von nun an Euch und dem ganzen Volk gehört.“ Das erklärt Daniel Ortega. Der Beifall, den er erhält, ist kein Vertrauensvorschuß, sondern Zustimmung.

## Minister in Kämpferuniform

Die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus hat den Ingenieur Montelimar wenige Tage nach dem Sturz Somozas nationalisiert. Die Leute fühlen: Es werden ihnen keine falschen Versprechungen mehr gemacht. Ihre Sorgen werden ernst genommen. Der Druck, der früher von der Hochveranda des Gemeindehauses auf sie herabgekommen war, ist gewichen. Um die Not zu lindern, die zwei Monate Lohnausfall hervorgerufen haben, schickt die Regierung Lebensmittelhilfe. Mit der Sandinistischen Gewerkschaftszentrale, die eben erst im Entstehen ist, soll über soziale Fragen, vor allem über geregelte Löhne beraten werden.

Was in Montelimar zu erkennen ist, gilt für das ganze Land: Es herrscht zum erstenmal Vertrauen zwischen Volk und Regierung in Nicaragua. Der Regierungsrat und die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus sind direkt aus dem Befreiungskampf hervorgegangen. Das ist ihre beste Legitimation. Alle beteiligten Gruppierungen haben Vertreter entsandt – von den Terceristen über die Vereinigte Volksbewegung bis zur Nikaraguanischen Sozialistischen Partei, die in 35 Jahren Illegalität immer wieder dezimiert worden ist.

Die Regierung tagt in der Direktionssetzge der ehemaligen Banco Central de Nicaragua in Managua. Dort herrscht nicht mehr Glashaushaltatmosphäre. Daniel Ortega, Innenminister Tomas Borge und Landwirtschaftsminister Jaime Wheelock kommen in ihren Kämpferuniformen zu den Sitzungen. Das verträgt sich durchaus mit der Vornehmheit von Violetta Chamorro, der Witwe des Anfang 1978 auf Befehl Somozas ermordeten großbürgerlichen Zeitungsverlegers Pedro Joaquin Chamorro und mit der Korrektheit des Ingenieurs und Unternehmers Alfonso Robelo. Der jüngste Minister, Jaime Wheelock, ist 28 Jahre, der älteste, der Kulturminister, Dichter und katholische Priester Ernesto Cardenal, 54 Jahre alt. Ein ehemaliger Oberst der Nationalgarde, Bernardino Larios, 1978 nach einem gescheiterten Putsch nach Kostarika geflohen, ist heute Verteidigungsminister.

„Mehr als vier Jahrzehnte Tyrannei haben in Nicaragua zu einer ganz eigenartigen Situation geführt“, notierten wir in einem Gespräch, das Innenminister Tomas Borge mit einer Gruppe Journalisten führte. „Der Befreiungskampf hat alle Klassengrenzen übersprungen. Am Ende sagte sich auch die Bourgeoisie von Somoza los, und nur ein kleiner Clan, der seinen Reichtum durch Korruption anhäuften, hielt bis zum Schluß zu dem Diktator. Wir hoffen, daß viele Kräfte, die gegenwärtig in den Reihen der nationalen Einheit zu finden sind, lange Zeit, wenn möglich für immer, mit uns gehen werden.“

Bei einer anderen Gelegenheit sagte uns Ernesto Cardenal: „Unter Somoza wurde nicht nur das Volk unterdrückt sondern auch jeder Konkurrent um die Macht. So kommt es, daß wir keine Oligarchie als Klasse haben wie viele andere

lateinamerikanische Länder. Es gab nur den Somozaclan. Dem gehörte halb Nikaragua. Wer diesen Besitz verstaatlicht, verwandelt die wirtschaftliche Basis des Landes faktisch in nationales Eigentum. Und das ist durch die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus geschehen.“

Diese Basis muß nun zum Wohle des nikaraguanischen Volkes genutzt werden. Solchem Zweck dienen Gemeinderatswahlen wie in Montelimar. Sergio Ramirez verliert eine Liste von Kandidaten, die von der FSLN, von der Sandinistischen Befreiungsfront, vorgeschlagen werden. Ein Arzt ist darunter, ein Lehrer, der Leiter der Energiezentrale der Zuckerrfabrik. Alles Leute mit angemessener Bildung, die als fähig gelten, das neue Leben zu organisieren. Sie finden den Beifall der Versammelten, denn sie haben entweder aktiv gegen die Diktatur gekämpft oder sind zumindest nicht als Kollaborateure kompromittiert.

Einer von ihnen, der 31jährige Lehrer Silvio Namendi, war 1977 verhaftet und tagelang schwer gefoltert worden. Später gelang es ihm, aus dem Gefängnis von Jinotepe zu fliehen. In der Uniform des Befreiungskämpfers ist er nach Montelimar zurückgekehrt.

Wir fragen Silvio Namendi, ob er von Somozas Antrag bei der Organisation Amerikanischer Staaten auf freies Geleit und „freie Wahlen“ in Nicaragua gehört habe.

„Freie Wahlen? Für Somoza?“ Silvio Namendi lacht bitter auf. „Darauf hätte er sich früher besinnen müssen. Aber er wußte natürlich, nicht nur Montelimar, das ganze Land hätte ihn zum Teufel gewählt.“

„Und freies Geleit?“

„Soll Somoza doch versuchen zu kommen. In Montelimar ist eine Flugpiste für ihn frei. Die Macheteros würden ihn gehührend empfangen.“

(Fortsetzung folgt)

(Quelle: Neue Berliner Illustrierte, Berlin, Nr. 44/1979, S. 8-10 und 40)

# DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb · Tegeler Str. 6 · 1000 Berlin 65



Marx, Engels, Lenin, Lukács, Gramsci, Althusser.  
Bürgerliche Ideologietheorie, Luhmann, Berger/Luckmann.  
Eigene Position des PIT.  
Projekt Ideologie-Theorie (PIT).  
15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-)

118

Umwelt-Politik (II)  
Gewerkschaften, Staat, Kosten, Ressourcen. Kommentierte Bibliographie. — Alternative Lebensformen.  
K. Krusewitz, M. Massarrat, S. Hall u.a.  
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-)



Helmut Ridder: Zur Ideologie der »streitbaren Demokratie«.  
4,50 DM.

Erich Wulff: Psychiatrie und Herrschaft.  
SH 34.  
4,00 DM.

H.H. Abholz u.a.: Arbeitsmedizin  
SH 35.  
6,00 DM.



# FIDEF F. J. Strauß und die türkischen Faschisten

Nur wenige Wochen nach der bisher größten Machtdemonstration der „Grauen Wölfe“ in der Bundesrepublik, am 20. Mai 1979 in Köln, gegen „kommunistisch unterwanderte Sendungen des WDR“ für türkische Arbeiter in der Bundesrepublik, meldete die „wohininformierte“ türkische Boulevard-Zeitung Hürriyet aus München, daß der Bayrische Rundfunk in Kürze ebenfalls Sendungen in türkischer Sprache ausstrahlen werden.

Die Ankündigung dieses „Kontrastprogramms“ aus der bayrischen Hauptstadt kam jedoch keineswegs überraschend, da die Kontakte zwischen dem türkischen Faschisten-Führer Alpaslan Türkeş, dem Vorsitzenden der Partei der Nationalen Bewegung (MHP) und dem CSU-Chef F.J. Strauß bereits seit Monaten in der Öffentlichkeit bekannt waren.

Schon am 30. April 1978 protestierten eine Reihe von demokratischen Organisationen gegen die bekanntgewordene Einreise des MHP-Vorsitzenden Türkeş in die Bundesrepublik. Über 200 Delegierte aus FIDEF-Vereinen legten am 1. Mai 1978 einen schwarzen Kranz vor dem Sitz der CSU-Landesleitung in Bonn nieder, nachdem die Nachricht durchgesickert war, daß der MHP-Chef an diesem Tag vom bayrischen Ministerpräsidenten F.J. Strauß empfangen werden sollte.

## Geheimtreff Strauß – Türkeş 1978

Unter der Überschrift „Ein unglaublicher Skandal“ meldete die IG-Metall-Zeitung METALL am 6.9.1978: „Bisher lag ein geheimnisvoller Schleier über einem Treffen zwischen F.J. Strauß und dem Vorsitzenden der türkischen faschistischen Partei der nationalistischen Bewegung, MHP, Alpaslan Türkeş. Jetzt konnte er gelüftet werden. Dahinter verbirgt sich ein unglaublicher Skandal.“

Der Vorfall und Hintergrund: Mehr als eine Woche lang hielten sich A. Türkeş, und eine Delegation seiner Partei, Ende April bis Mitte Mai 1978 in der Bundesrepublik auf. Zentrales Anliegen der türkischen Rechtsradikalen: Ein Treffen mit F.J. Strauß, den Alpaslan Türkeş schon seit langem verehrt. Am 1. Mai 1978 war es in München dann soweit. Ein Geheimtreffen fand statt, von dessen Existenz eigentlich niemand etwas erfahren sollte. Am 3. Mai erklärt dann, aber erst nach hartnäckigem Nachfragen, der CSU-Pressesprecher Rosenberg, „daß ein reines Informationsgespräch zwischen Strauß und Türkeş stattgefunden habe“. Doch zum Inhalt „sei nichts zu sagen“.

Wie nachträglich bekannt wurde, unterhielten sich A. Türkeş und F.J. Strauß über die „kommunistische Gefahr, die man gemeinsam bekämpfen müsse“. Bei diesem Gespräch, so wurde später aus MHP-Kreisen in der Bundesrepublik bekannt, sagte F.J. Strauß den MHP-Politikern zu, daß in Zukunft in der Bundesrepublik ein günstigeres Klima für die MHP geschaffen und die politische Stellung der MHP von Bayern ausgehend verbessert werden müsse.

Sehr zufrieden äußerte sich der MHP-Anhänger Murat Bayrak über den Gesprächsverlauf. Er gehört zu den finanzstärksten Industriellen in der Türkei, die von Anfang an Türkeş unterstützten. Auf seinem Betriebsgelände wurden die er-

sten Ausbildungslager der „Grauen Wölfe“ (Killerkommandos) errichtet, die von ihm zunächst als „Werkschutz“ erprobt wurden.

Über die finanzielle Unterstützung seitens der CSU schweigen die beiden Seiten. Bekannt wurde jedoch die folgende Aussage des CSU-Pressesprechers: „Selbstverständlich unterhalten wir auch zu türkischen Parteien und politischen Vereinigungen Beziehungen. Und diejenigen, die unserer politischen Auffassung entsprechen, denen gewähren wir auch Unterstützung.“

Die Tageszeitung Politika forderte demgegenüber am 1. Dezember 1979, daß „die zahlreichen Konten des A. Türkeş bei den deutschen Banken in München offengelegt werden müßten“, um die finanziellen Hintergründe der Attentate und Bombenanschläge in der Türkei aufzuklären, bei denen allein in den letzten drei Jahren über 2.500 Menschen dem Terror der MHP-Kommandos „Graue Wölfe“ zum Opfer fielen.

Bereits seit Anfang der 70er Jahre hat die MHP in der Bundesrepublik eine schlagkräftige Auslandsorganisation aufgebaut. Unter den jetzt bekanntgewordenen Umständen erscheint es nicht rein zufällig gewesen zu sein, daß als Hauptstützpunkt und als Sitz der offiziellen MHP-Auslandsorganisation Kempten (8960 Kempten, Brennergasse 36) im bayrischen Allgäu gewählt wurde.

In dieser Gründungsphase blieb Bayern das bevorzugte Operationsfeld der „Grauen Wölfe“, ihr Befehlsstand waren München und Kempten. Erst nachdem die tätlichen Angriffe der MHP-Anhänger in der Bundesrepublik ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten, und das türkische Verfassungsgericht gemäß dem Parteiengesetz 1976 von der MHP – bei Androhung des Verbots – forderte, ihre Auslandsorganisationen aufzulösen, wurde dieser Verein (wiederum beim Amtsgericht Kempten) als „aufgelöst“ abgemeldet.

Keineswegs wurden jedoch die Aktivitäten der MHP-Kommandos in der Bundesrepublik eingestellt. Wie auch die ansonsten äußerst zurückhaltenden Behörden zugeben, nannten sich die MHP-Filialen nach diesem Verbot fortan „Idealisten-“ und „Kulturvereine“ und konnten sich binnen weniger Monate mit großem finanziellen Aufwand über die gesamte Bundesrepublik ausbreiten.

Nach seinem Besuch bei F.J. Strauß rief Türkeş schon für den 4. Mai 1978 mit scheinbar unbegrenzten finanziellen Mitteln seine Anhängerschaft in einer Blitzaktion zu einer Großveranstaltung nach Ulm. Er sagte bei diesem Treffen den türkischen Demokraten in der Bundesrepublik den offenen Kampf an.

Diese Veranstaltung stellte gleichzeitig eine Probe aufs Exempel dar, wie weit die MHP-Auslandsorganisation bereits wieder bei den deutschen Behörden gehen kann. Obwohl es sich um eine eindeutig politische Machtdemonstration handelte, auf der der Auftritt eines Faschisten-Führers offen angekündigt wurde, und trotz massiver Proteste seitens Gewerkschaften und demokratischer Organisationen, wurde die Ulmer Zusammenrottung genehmigt. Die Polizei in Ulm schritt nicht etwa gegen die Veranstalter ein, die diese faschistische Kundgebung unverfroren als „Folklore-Veranstaltung“ ausgaben; sie machte nicht nur dieses satt-



sam bekannte Spielchen bereitwillig mit; sie drohte auch türkischen Demokraten, die dagegen protestieren und eine Gegenkundgebung ankündigen wollten, mit ausländerrechtlichen Maßnahmen (siehe auch AIB, Nr. 6/1979).

Bereits einige Wochen nach der in „herzlichem Ton“ verlaufenen Aufwartung bei F.J. Strauß und der Ulmer Kraftprobe, wurde die geplante Organisationsstruktur der MHP-Auslandsfilialen legalisiert: Am 17./18. Juni 1978 wurde der europäische Dachverband der türkischen Faschisten, die „Idealisten-Föderation“ gegründet. Ihr gehören mittlerweile über 100 „Idealisten-“ und „Kulturvereine“, überwiegend aus der Bundesrepublik an. Als Sitz der Föderation dient neuerdings ein Gebäude (Gutleutstr. 173) in Frankfurt, das der MHP gehört. Nach vorliegenden Informationen und Dokumenten besitzt die MHP über ihre Mittelsmänner in der gesamten Bundesrepublik Immobilien im Werte von mehreren Millionen DM.

Angeregt durch die dulddende Haltung der BRD-Behörden und unter massiver Unterstützung von faschistischen Presseorganen wie Tercüman und Anadolu, eröffnete die Faschisten-Föderation eine wütende Hetzkampagne gegen türkische Gewerkschafter, die fortschrittliche Presse und die türkische Redaktion des WDR. Beide Zeitungen, gedruckt in der hochmodernen TER-Druckerei in Zeppelinheim bei Frankfurt, unterhalten ein recht herzliches Verhältnis zur CDU/CSU, vor allem zu F.J. Strauß. Die TER-Druckerei wurde einige Monate später weltweit bekannt, als ihr Besitzer, der Großindustrielle Kemal Ilicak, die Druckerei als Streikbrecher für eine Auslandsausgabe der Times benutzen wollte. Nur durch massive Proteste und Demonstrationen aktiver Gewerkschafter, deutscher und türkischer Kollegen, konnte dieses Vorhaben verhindert werden.

Ende Oktober 1978 reiste der MHP-Chef Türkes erneut heimlich in die Bundesrepublik ein. Kurzfristig kündigte die „Idealisten-Föderation“ in riesigen Zeitungsinseraten zwei Massenveranstaltungen an. Obwohl sie ansonsten jede organisatorische Verbindung zur MHP zur Verleugnung sucht, wurde in den Anzeigen auch der Hauptredner der Veranstaltung in Riesenbuchstaben angekündigt: „Alpaslan Türkes, Vorsitzender der MHP“. Doch bestanden die von den DGB-Gewerkschaften und anderen demokratischen Organisationen alarmierten Behörden darauf, daß sie die von ihnen der Faschisten-Föderation laut Vertrag für Folkloreveranstaltungen überlassenen Säle nicht rückgängig machen können.

Bei der ersten Veranstaltung in der „Neuen Welt“ in Westberlin waren sogar Vertreter der CDU und des Christlichen Gewerkschaftsbundes mit von der Partie. Der von massenhaften Protestdemonstrationen begleiteten Veranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle blieben die offiziellen CDU/CSU-Vertreter fern. Nachträglich wurde jedoch bekannt, daß Türkes am 30. Oktober im Düsseldorfer Intercontinental durch Vermittlung von seinen propagandistischen Helfershelfern wie Harald Vocke bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), mit einer Abordnung der CDU/CSU konferiert hat.

### Machtdemonstrationen der „Grauen Wölfe“

Die massiven Proteste des DGB, vor allem der IG-Metall, und eine machtvolle Gegenkundgebung verhinderten den Türkes-Auftritt am 1. November 1978 in Frankfurt. In einem gegen die IG Metall angestrebten Verfahren wurde Türkes von Anwälten der großbürgerlichen FAZ vertreten. Das Gericht bestätigte, daß Türkes nach wie vor ein „Faschist“ genannt werden darf.

Nach dieser Niederlage wurde der Terror der „Grauen Wölfe“ gegen die in der Bundesrepublik lebenden Demokraten aus der Türkei zu einer allgegenwärtigen Bedrohung. Aktive türkische Betriebsräte und Vertrauensleute wurden auf offener Straße zusammengeschlagen, Büros von Arbeitervereinen demoliert. In mehreren Städten wurden türkische Arbeiter, Sozialbetreuer und Lehrer durch Schüsse und Messerstiche verletzt. In Holland verurteilte man einen Grauen Wolf wegen Mord rechtskräftig. Bei einer von den holländischen Gewerkschaften mitgetragenen Podiumsdiskussion über die „Grauen Wölfe“ am 21. September 1979 in Nijmegen wurde ein türkischer Antifaschist getötet.

In Westberlin überfielen am 5.1.1980 etwa 80 mit Ketten, Messern, Schlagstöcken und Pistolen bewaffnete MHP-Anhänger während der Haupteinkaufszeit türkische Flugblattverteiler. Die rund 30 Mitglieder des demokratischen Arbeitervereins versuchten zu fliehen, wobei der 36jährige Lehrer und Sekretär des Türkenzentrums, Celattin Keskim, durch Messerstiche ermordet wurde. Zehn weitere türkische Demokraten wurden z.T. lebensgefährlich verletzt.

Die bundesrepublikanischen Polizeiberichte betrachten jedoch diese Fälle weiterhin als „Privatfehden ohne erkennbaren politischen Hintergrund“, obgleich Verbindungen nachweisbar sind.

Am 4. Februar 1979 fand in Schwarzenborn bei Kassel die erste Jahresversammlung der „Idealisten-Föderation“ statt. Die in Zusammenarbeit mit den neofaschistischen Gruppen vorbereitete Veranstaltung wurde, trotz Protesten des DGB und anderer Organisationen, unter dem Patronat des CDU-Stadtverordneten und Strauß-Verehrers Dr. H.-E. Kannapin durchgeführt. Der Hauptredner der Veranstaltung dieser „Föderation“, die noch immer keine Tarnorganisation der MHP sein will, ist neben einer Reihe anderer hoher Funktionäre der stellvertretende MHP-Vorsitzende Agah Oktay Güner.

Für den 20. Mai 1979 mobilisiert die „Türk-Föderation“

## Türkes - Mann der Nazis



Im März 1978 veröffentlichte die von der Metallgewerkschaft Maden-Is herausgegebene Tageszeitung Politika ein Faksimile. Der authentische Brief stammte von SS-Brigadeführer Schellenberg, Chef der Sicherheitspolizei und des SD, geschrieben an das Auswärtige Amt, datiert vom 9.10.1944. In dem als „geheime Reichssache“ gestempelten Schreiben (siehe Faksimile) wird u.a. ausgeführt: „Bei der Entwicklung der Kriegsführung ergibt sich die Notwendigkeit, Beziehungen in den pantürkischen und deutschfreundlich gesinnten Gruppen in der Türkei auszubauen und zu pflegen...“ Namentlich wird an erster Stelle „Alpaslan Türkes“ genannt: „Absolvent der Offiziersschule und Führer der pantürkischen Bewegung. . . Diese Türken verdienen unsere ganze Aufmerksamkeit. Sie nachrichtendienstlich zu nutzen, muß der Geschicklichkeit und der persönlichen Initiative der im diplomatischen Dienst stehenden V-Männern überlassen bleiben. . .“ (Politika, Istanbul, 29.3.1979) Zu diesem Zeitpunkt saß jedoch der Nazi-Favorit Türkes bereits in Haft, da seine Pro-Hitler-Agitation selbst der zaudernden Regierung in der Türkei zu gefährlich erschien.“



## Türkes' Lebenslauf in Stichworten



- 1917 In Zypern geboren
- 1932 Übersiedlung in die Türkei
- 1938 Abschluß der Militärakademie und Beginn der Laufbahn eines Armeeeoffiziers. Verbindung zu Nazianhängern. Sein Name wird in einem Geheimschreiben der deutschen Abwehr als der vertrauenswürdigste Verbindungsmann in der Türkei genannt (siehe Kasten Türkes – Mann der Nazis)
- 1944 T. wird wegen turanistischer und nazistischer Umtriebe zusammen mit anderen vor Gericht gestellt und verurteilt. Er kommt jedoch durch den Obersten Militärgerichtshof, in dem ebenfalls Nazianhänger dominieren, wieder frei
- 1955-58 Mitglied der Vertretung des türkischen Generalstabes bei der „Ständigen Gruppe“ in Washington. Beitritt zu Geheimorganisationen, die einen Militärputsch vorbereiten
- 1959 Teilnahme an Lehrgängen über atomare Kriegsführung in der BRD
- 1960 T. wird nach dem militärischen Staatsstreich vom 27.5.1960 Mitglied des Komitees für Nationale Einheit und bekleidet dort eine wichtige Position. Nach einigen Monaten scheitert er bei dem Versuch, das Komitee unter seine Kontrolle zu bringen und wird mit 13 seiner Anhänger verhaftet und zwangsweise ins Ausland geschickt
- 1963 Rückkehr in die Türkei, Verwicklung in neue Putschpläne, rettet sich durch Verrat
- 1965 Reißt die Führung einer kleinen Rechtspartei an sich und formt diese in eine neofaschistische Partei, die Partei der Nationalen Bewegung (MHP) um. Seither MHP-Abgeordneter
- 1975-77 Stellvertretender Ministerpräsident der Regierung der Nationalistischen Front unter Demirel

ihre Anhängerschaft aus ganz Westeuropa zu einer Demonstration gegen die türkische Sendungen des WDR. Die Demonstranten brachen aus in Kampfrufe wie „Tod den Kommunisten“ und „Kommunisten raus aus dem WDR“. Die türkischen Sendungen des WDR wurden als „bolschewistisch“ bezeichnet. Der von der CDU/CSU geprägte Begriff „Rotfunk“ für den WDR wurde von ihren Gesinnungsgenossen willig aufgenommen. Mehrere Anrufer bedrohten in diesen Tagen die gewerkschaftlich aktiven Türken mit Mord und Folterungen.

Am 30. Mai 1979, nur einige Tage nach dieser erneuten Machtdemonstration der „Grauen Wölfe“, meldet die in Frankfurt erscheinende, „wohlinformierte“ Boulevard-Zeitung Hürriyet unter der Unterschrift: „Die Kontakte des MHP-Führers werden streng geheim gehalten: . . . Bekannt geworden ist, daß der MHP-Vorsitzende Türkes am

27.5.1979 gegen 23 Uhr mit dem ehemaligen Minister für Zoll- und Monopolwesen, Gün Sazak, dem Herausgeber der Zeitung Hergün, Enver Altayli und dem Vorsitzenden der Demokratischen Idealistischen Türken-Vereine in Europa, Serdar Celebi, zum Türkischen Kulturverein in Frankfurt kam und dort eine Versammlung abhielt... Obwohl die Frage, warum der Vorsitzende einer legalen Partei auf diese geheimnisvolle Weise in die Bundesrepublik einreisen und seine Reise strikt geheim hält, immer wieder gestellt wurde, schweigen die der MHP nahestehenden und mit Türkes zusammen reisenden Gruppen beharrlich.“

Und bereits am 3. August 1979 meldete Hürriyet unter der Überschrift: „Und noch eine geheimnisvolle Reise“: „Die MHP-Auslandsorganisation beschränkt sich auf die Aussage, daß ihr keinerlei Informationen im Zusammenhang mit der jetzigen Auslandsreise des MHP-Führers übermittelt worden seien. . . Nach Vertraulichen Angaben der höher gestellten Mitglieder der MHP-Auslandsorganisation soll Türkes am kommenden Montag (5.8.1979) in Frankfurt ankommen und dann über Stuttgart weiter nach München reisen. Nach Gesprächen in München ist vorgesehen, daß er Anfang nächster Woche in die Türkei zurückfliegt. Somit finden diese beiden letzten Auslandsreisen von Türkes unerstrikter Geheimhaltung statt.“

Während seiner Aufenthalte in der Bundesrepublik versäumt Türkes nicht, intensive Gespräche mit der türkischen Redaktion der beiden vom CIA unterhaltenen und bei München angesiedelten Sender Radio Liberty und Radio Free Europe zu führen. Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß der maßgebliche Redakteur dieser Sendungen, Hasan Oraltay, als ein mit US-Paß ausgestatteter Agent hinreichend bekannt, Türkes bei seinen Besuchen regelmäßig seine Wohnung in München-Neuhasen zur Verfügung stellt, wo dann „vertrauliche Gespräche“ stattfinden. Oraltay steht Türkes auch bei seinen „Inspektionen“ in der Kommando-Zentrale der MHP in München, Volpinistr. 30a, ständig zur Seite.

### Ein „Vergnügen“ für die NPD

Die Anhaltspunkte für eine von der Öffentlichkeit nur mühsam abgeschirmte Zusammenarbeit zwischen den türkischen Faschisten und den reaktionär-faschistischen Kräften in der BRD, die in den letzten Jahren durch demonstrative Treffen und Teilnahme der Vertreter dieser Gruppen (von der Wiking-Jugend bis zu CDU/CSU-Abgeordneten) offenkundig wurde, reichen zurück bis in die 60er Jahre.

So konnte bereits 1970 der damalige NPD-Vorsitzende A. von Thadden in einem freundschaftlichen Brief an den MHP-Führer Türkes feststellen: „Ich habe mich sehr über Ihren Brief gefreut. Ich danke Ihnen für Ihre lobenden Worte über mich und meine Partei. Ich bin erfreut zu hören, daß unsere beiden Parteien gleiche Ziele haben. . . Es gibt fundamentale Gemeinsamkeiten zwischen unseren Parteien. Ich bin sicher, daß auch Sie den Wunsch haben, unsere freundschaftlichen Beziehungen auszubauen und zu verstärken.

Deshalb habe ich Ihre Vorschläge bezüglich des weiteren Ausbaus der Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien mit Freude zur Kenntnis genommen. Wir haben einstimmig beschlossen, einen Austausch von Jugendgruppen in Gang zu bringen. . . Es wäre mit ein Vergnügen, mit Ihnen über die Probleme unserer Länder zu sprechen und nach Wegen gegenseitiger Unterstützung zu suchen.“ (Nach: CHP-Informationen, 16.8.1979)

So nannte es auch Ferdinand Koob vom geschäftsführenden Vorstand der IG-Metall „befremdend“, daß die Bundesregierung, die sonst die politischen Aktivitäten von Ausländern in der Bundesrepublik pingelig genau überwache, in diesem Fall faschistischer Aktivität offenbar gelassen zusehe.



## Dritte Internationale Entwicklungsdekade

Eine für Juni 1980 einberufene UN-Sondervollversammlung wird sich mit den Zielsetzungen der Vereinten Nationen für die Dritte Entwicklungsdekade (1981-1990) befassen. Schon seit der Mitte der 70er Jahre wird hierum eine intensive Auseinandersetzung geführt. Denn sehr bald war deutlich geworden, daß die meisten Ziele der 1970 verabschiedeten Internationalen Entwicklungsstrategie scheitern würden, daß die Verwirklichung der Forderung nach einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung (NIWO) – teilweise selbst noch eine Reaktion auf die Unzulänglichkeiten der Dekadenstrategie – zumindest zeitweilig durch den Widerstand der kapitalistischen Industrieländer verhindert werden würde (vgl. z.B. den Beitrag des UNCTAD-Generalsekretärs Gamani Corea in: AIB, Nr. 5 und 6/1978).

In der Diskussion um eine Neue Internationale Entwicklungsstrategie (NIES) werden wie auch in die NIWO-Diskussion unterschiedliche, teils gegensätzliche Positionen verschiedener Interessengruppen eingebracht. Zu den wichtigsten gehört der Standpunkt der Bewegung der Nichtpaktgebundenen, den ihr amtierender Präsident Fidel Castro in Auswertung des VI. Nichtpaktgebundenen-Gipfels von Havanna (siehe ausführlich AIB, Nr. 11-12/1979) am 12. Oktober 1979 der XXXIV. UN-Vollversammlung vortrug. Die Nichtpaktgebundenen haben auf ihrer Konferenz in Havanna als Voraussetzung für eine fruchtbare und verbindliche Ergebnisse zeitigende internationale Diskussion einen umfassenden Verhandlungsmechanismus im Rahmen des UN-Systems gefordert – eine Forderung, die die kapitalistischen Industrieländer immer wieder zu unterlaufen suchen. Wir werden die bedeutende, von den UN-Delegierten mit Ovationen begrüßte Rede Fidel Castros in 3 Teilen dokumentieren, um sodann weitere Seiten und Positionen der Dekadendiskussion vorzustellen, darunter die der Organisation für Afro-Asiatische Völkersolidarität (AAPSO) und der „Brandt-Kommission“ (von Weltbank-Präsident McNamara installiert).

Bei der Diskussion um eine NIES geht es um das gesamte System der Beziehungen zwischen kapitalistischen Industrieländern und Entwicklungsländern. Der Diskussionsrahmen wurde bereits durch die XXXIII. UN-Generalversammlung abgesteckt. In der diesbezüglichen UN-Resolution 33/193 werden u.a. die folgenden Themenbereiche angesprochen: die enge Beziehung zwischen Entwicklung und Frieden, Sicherheit und Abrüstung; der Zusammenhang zwischen NIWO und NIES; die notwendigen internationalen Anstrengungen hinsichtlich verstärkter internationaler finanzieller Transfers (Entwicklungshilfe) und Industrialisierung der Entwicklungsländer. Von programmatischer Bedeutung ist, daß die Neue Internationale Entwicklungsstrategie im Rahmen des Forderungskonzepts der Neuen Weltwirtschaftsordnung formuliert werden und zur Erreichung der dort aufgestellten Ziele beitragen müsse (33/193/I.1.).

### Rede Fidel Castros vor der UN-Vollversammlung

## Aufschrei der Völker der Entwicklungsländer (1. Teil)



Hochverehrter Herr Präsident!

Sehr geehrte Repräsentanten der internationalen Gemeinschaft!

Ich bin nicht hier, um über Kuba zu sprechen. Ich bin nicht gekommen, um vor dieser Versammlung die Aggressionen anzuprangern, denen unser kleines, aber würdiges Land 20 Jahre ausgesetzt war. Auch möchte ich nicht unseren mächtigen Nachbarn mit Worten, die fehl am Platze wären, in seinem eigenen Haus verletzen.

Wir haben vom VI. Gipfeltreffen der Staats- und Regierungsoberhäupter der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten den Auftrag erhalten, den Vereinten Nationen das Resultat ihrer Beratungen und die sich daraus ergebenden Positionen darzulegen. Unsere Bewegung vereint 95 Länder aller Kontinente, die die übergroße Mehrheit der Menschheit repräsentieren. Wir sind entschlossen, die Zusammenarbeit zwischen unseren Ländern, ihre freie nationale und gesellschaftliche Entwicklung, Souveränität, Sicherheit, Gleichheit und Selbstbestimmung zu verteidigen. Uns vereint das Bestreben, das bestehende System der internationalen Beziehungen, das auf Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Unterdrückung basiert, zu verändern. Wir wirken in der internatio-

nen Politik als eine unabhängige Kraft.

Bei ihrer Zusammenkunft in Havanna bekräftigte die Bewegung erneut ihre Prinzipien und Ziele.

Die nichtpaktgebundenen Länder halten es für dringend notwendig, daß der haarsträubenden Ungleichheit zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern ein Ende gemacht wird. Aus diesem Grunde kämpfen wir gegen Armut, Hunger, Krankheiten und Analphabetentum an, die noch immer das Los Hunderter Millionen Menschen sind. Wir setzen uns für eine auf Gerechtigkeit, Gleichheit und Frieden beruhende neue Weltordnung ein anstelle des noch immer bestehenden ungerechten und rechtsungleichen Systems, bei dem, wie es in der Deklaration von Havanna heißt, „die Reichtümer nach wie vor in den Händen weniger Mächte konzentriert sind, deren auf Vergeudung fußende Wirtschaft durch die Ausbeutung der Werktätigen und durch die Aneignung und Plünderung der Natur- und sonstigen Ressourcen der Völker Afrikas, Lateinamerikas, Asiens und anderer Gebiete der Welt aufrechterhalten wird“. (. . .)

Herr Präsident!

Die Geschichte hat uns gelehrt, daß die Erringung der Unabhängigkeit für ein Land, das sich vom Kolonialismus oder



Neokolonialismus befreit, nicht nur der letzte Abschnitt eines langen Kampfes, sondern auch der Beginn einer neuen und schweren Schlacht ist. Dies ist so, weil die Unabhängigkeit, die Souveränität und die Freiheit unserer Völker, die nur dem Anschein nach frei sind, durch die ausländische Verfügungsgewalt über unsere Naturreichtümer, durch die finanziellen Auflagen offizieller internationaler Organisationen und die kritische Lage ihrer Wirtschaften ständig in Gefahr sind und eine Einschränkung ihrer Souveränität darstellen.

Deshalb „unterstrichen“ die Staats- und Regierungsoberhäupter zu Beginn ihrer Analyse der wirtschaftlichen Weltprobleme „feierlich erneut die große Bedeutung der Festigung der politischen Unabhängigkeit durch die wirtschaftliche Befreiung . . . und wiederholten, daß das bestehende Weltwirtschaftssystem dem grundlegenden Interessen der Entwicklungsländer zuwiderläuft, von Grund auf ungerecht und unvereinbar mit der Entwicklung der nichtpaktgebundenen Länder und anderer Entwicklungsländer sei und nicht zur Beseitigung der wirtschaftlichen und sozialen Übel, von denen diese Länder befallen sind, beitrage“.

### 400-450 Mio Hungernde klagen an

Des weiteren betonten sie „die historische Mission, die der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder im Kampf um die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit aller Entwicklungsländer und Völker, um ihre vollständige und stete Souveränität und die Verfügungsgewalt über ihre Naturreichtümer sowie ihre eigene Form der Wirtschaftstätigkeit und um eine grundlegende Neugestaltung durch die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung zukommt“.

Sie schlossen mit folgenden Worten: „Der Kampf für die Beseitigung des bestehenden ungerechten Weltwirtschaftssystems und die Errichtung einer Internationalen Neuen Wirtschaftsordnung ist Bestandteil des Kampfes der Völker für ihre politische, wirtschaftliche, kulturelle und soziale Befreiung“

Dies ist nicht nur der Ort, um zu beweisen, in welchem Maße das bestehende Weltwirtschaftssystem von Grund auf ungerecht und mit der Entwicklung der unterentwickelten Länder unvereinbar ist. Die entsprechenden Zahlen sind allgemein bekannt, so daß sich ihre Angabe erübrigt. Es wird darüber diskutiert, ob die Zahl der unterernährten Menschen auf unserem Planeten nur 400 Mio beträgt oder ob es bereits 450 Mio sind, wie einige internationale Dokumente anführen. Auch 400 Mio hungernder Männer und Frauen stellen eine schwere Anklage dar.

Niemand bezweifelt, daß die Perspektiven, die sich den Entwicklungsländern eröffnet hatten, am Ende dieser zweiten Entwicklungsdekade zunichte sind.

Der Generaldirektor des Rates der FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation; d. Red.) mußte eingestehen, daß „sich die Fortschritte erschreckend langsam vollziehen, wenn man sie zu den längerfristigen Zielen der Entwicklung ins Verhältnis setzt, wie sie in der Internationalen Entwicklungsstrategie, in der Deklaration und im Aktionsprogramm zur Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung, in der Entschließung der Welternährungskonferenz und auf anderen späteren Konferenzen vereinbart wurden“. Es ist in den letzten 10 Jahren keineswegs gelungen, die in der landwirtschaftlichen Produktion und Nahrungsgüterwirtschaft der Entwicklungsländer geplante bescheidene durchschnittliche Wachstumsrate von 4% pro Jahr zu erreichen, um einige der brennendsten Probleme der Hungernden in der Welt zu lösen und uns einem wenn auch bescheidenen Konsumniveau zu nähern. Infolgedessen werden nach Meinung der FAO die Nahrungsmittelimporte der Entwicklungsländer, die gegen-

wärtig ihre defizitären Zahlungsbilanzen noch zusätzlich belasten, sehr bald unkontrollierbare Proportionen annehmen. Angesichts dieser Tatsache verringert sich die Zahl der offiziellen Vereinbarungen über ausländische Hilfe für die Landwirtschaften der Entwicklungsländer.

So und nicht anders ist die Lage. Zuweilen werden in bestimmten offiziellen Dokumenten Angaben über gewisse Steigerungen der landwirtschaftlichen Produktion in einigen Gebieten der unterentwickelten Welt veröffentlicht, oder es werden konjunkturell bedingte Preissteigerungen für einige landwirtschaftliche Produkte hervorgehoben. Das sind jedoch lediglich vorübergehende Fortschritte und Veränderungen. Die Einkünfte der Entwicklungsländer aus dem Export landwirtschaftlicher Produkte sind weiterhin instabil und unzureichend, wenn man dem die für die Steigerung der eigenen Produktion notwendigen Importe von Lebensmitteln, Dünger und anderer Produkte gegenüberstellt. Die Pro-Kopf-Lebensmittelproduktion in Afrika war 1977 um 11% geringer als 10 Jahre zuvor.

Wenn in der Landwirtschaft die Rückständigkeit verewigt wird, dann kann auch der Industrialisierungsprozeß nicht voranschreiten, da für die Mehrheit der entwickelten Länder die Industrialisierung der Entwicklungsländer eine Bedrohung darstellt.

1975 stellte die Weltkonferenz für Industrialisierung in Lima den Entwicklungsländern das Ziel, bis zum Jahre 2000 25% der Weltproduktion von Fertigprodukten zu erzeugen. Aber die seit der Konferenz von Lima bis heute erreichten Fortschritte sind so geringfügig, daß – sollten die von der VI. Gipfelkonferenz vorgeschlagenen Maßnahmen nicht angenommen werden und sollte es nicht gelingen, ein Sofort-





programm zur Veränderung der Wirtschaftspolitik der Mehrzahl der entwickelten Länder zu realisieren – auch dieses Ziel nicht erfüllt werden wird. Zur Zeit entfallen auf uns noch nicht einmal 9% der Weltproduktion. Unsere Abhängigkeit zeigt sich ebenfalls darin, daß die Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas 26,1% der Fertigprodukte des Welthandels importieren und nur 6,3% exportieren.

Man könnte von einem gewissen Expansionsprozeß in der Industrie sprechen, aber es wird weder mit der notwendigen Schnelligkeit produziert, noch geschieht dies in den Schlüsselindustrien der Wirtschaft. Darauf wies die Konferenz von Havanna hin. Die Umverteilung der Industrie in der Welt, die sog. Neuentfaltung der Industrie, darf nicht zu einer weiteren Verschärfung der aus der Kolonialzeit des 19. Jahrhunderts herrührenden tiefgreifenden wirtschaftlichen Ungleichheiten führen. Damals waren wir dazu verurteilt, billige Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte zu liefern. Heute ist man bestrebt, den Überschub an Arbeitskräfte und die Elendslöhne der Entwicklungsländer dazu zu benutzen, in diesen Ländern die technologisch und produktiv am schwächsten entwickelten und die Umwelt am stärksten verschmutzenden Industrien anzusiedeln. Dagegen wenden wir uns ganz entschieden.

Die marktwirtschaftlich orientierten Industriestaaten verbrauchen heute über 85% der Weltproduktion, einschließlich der technisch höchstentwickelten Industrieproduktion. Sie kontrollieren ebenfalls 83% der Industrieexporte. 26% dieser Exporte gehen in die Entwicklungsländer, deren Märkte sie monopolisiert haben. Was uns bei dieser Struktur der Abhängigkeit am stärksten belastet, ist die Tatsache, daß unsere Importe – nicht nur an Produktions-, sondern auch an Konsumgütern – an den Erfordernissen, den Bedürfnissen und der Technologie der höchstentwickelten Industrieländer und den Maßstäben der Konsumgesellschaft orientiert sind. Indem so die Lücken unserer Handelsstruktur ausgenutzt werden, übt man auf unsere eigenen Gesellschaften einen negativen Einfluß aus und verschärft damit weiterhin die bereits permanente Strukturkrise.

Im Ergebnis all dessen, so stellten die Staats- und Regierungsoberhäupter in Havanna fest, bleibe die Kluft zwischen den entwickelten Ländern und den Entwicklungsländern nicht nur weiterhin bestehen, sondern sie habe sich sogar noch wesentlich vergrößert. Der relative Anteil der Entwicklungsländer an der Weltproduktion ist in den letzten beiden Jahrzehnten stark zurückgegangen. Dadurch haben sich die vorhandenen Probleme, wie Unterernährung, Analphabetentum und mangelhafte hygienische Bedingungen, noch mehr zugespitzt.

### Bevölkerungsexplosion – Resultat der Unterentwicklung

Manche möchten gern dieses schwere Problem der Menschheit mit drastischen Methoden lösen und die Zahl der Bevölkerung verringern. Sie erinnern daran, daß in früheren Zeiten Kriege und Epidemien zu einer Reduzierung führten. Mehr noch, sie machen die Bevölkerungsexplosion für die Unterentwicklung verantwortlich.

Die Bevölkerungsexplosion ist nicht die Ursache, sondern das Ergebnis der Unterentwicklung. Die Entwicklung wird sowohl Lösungen für das Problem der Armut mit sich bringen als auch mit Hilfe der Bildung und Kultur dazu beitragen, daß unsere Völker vernünftige und den Erfordernissen entsprechende Wachstumsraten erzielen.

In einem kürzlich veröffentlichten Bericht der Weltbank wird ein noch düsteres Bild gezeichnet. Es ist möglich – so heißt es –, daß im Jahre 2000 600 Mio Menschen auf unse-



rer Erde in völliger Armut leben.

Herr Präsident, sehr geehrte Repräsentanten!

Die Rückständigkeit der Landwirtschaft und Industrie, die von den Entwicklungsländern bisher nicht überwunden werden konnte, ist zweifellos, wie die VI. Gipfelkonferenz feststellte, das Ergebnis der ungerechten und ungleichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Dazu kommt heute noch, wie auch in der Deklaration von Havanna anerkannt wurde, die anhaltende Weltwirtschaftskrise.

Ich möchte mich nicht allzu lange bei diesem Problem aufhalten. Wir, die Staats- und Regierungsoberhäupter vertreten die Meinung, daß die Krise des Weltwirtschaftssystems keine vorübergehende Erscheinung ist, sondern ein Symptom struktureller Disproportionen und eines seinem Wesen innewohnenden Ungleichgewichts, daß dieses Ungleichgewicht durch die Weigerung der marktwirtschaftlich orientierten Industriestaaten, ihre unausgewogenen Außenhandelsbilanzen und hohen Inflations- und Arbeitslosenraten zu reduzieren, noch gewachsen ist, daß sich die Inflation gerade von diesen entwickelten Ländern, die sich jetzt dagegen sträuben, die einzig möglichen Mittel zur Beseitigung der Inflation anzuwenden, ausging. Und wir möchten außerdem darauf hinweisen – wie das auch in der Deklaration von Havanna geschah und worauf wir noch zurückkommen werden –, daß diese Krise auch eine Folge der ungleichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen ist, so daß die Überwindung dieser Ungleichheit – wie wir vorschlagen – zur Abschwächung und Beseitigung der Krise selbst führen wird.

Welches war das Hauptanliegen der Vertreter der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten in Havanna? Wir wenden uns gegen den ständigen Einsatz menschlicher und materieller Ressourcen für ein unproduktives Wettrüsten, das nicht



nur eine Verschwendung darstellt, sondern auch für die ganze Menschheit gefährlich ist, und fordern, daß ein beträchtlicher Teil dieser Ressourcen, die insbesondere von den Hauptmächten für die Rüstung verwendet werden, in die wirtschaftliche und soziale Entwicklung fließen.

Wir haben unserer tiefen Sorge über die mangelhaften Fortschritte in den Verhandlungen zur Anwendung der Deklaration und des Aktionsprogramms für die Schaffung einer Internationalen Neuen Wirtschaftsordnung Ausdruck verliehen und müssen feststellen, daß dies auf die fehlende politische Bereitschaft der meisten entwickelten Länder zurückzuführen ist. Wir verurteilen ganz entschieden die von diesen Ländern betriebene Verzögerungstaktik, Sabotage und Spalterpolitik. Das Scheitern der V. Sitzungsperiode der UNCTAD (UN-Handels- und Entwicklungskonferenz, siehe AIB, Nr. 7-8/1979; d. Red.) hat dies ganz deutlich gezeigt.

### Kluft zwischen Industrie- und Entwicklungsländern noch vertieft

Wir müssen weiterhin feststellen, daß sich der ungleiche internationale Handelsaustausch, der als ein wesentliches Charakteristikum des Systems bezeichnet wurde, möglicherweise noch verstärkt hat. Während die Herstellerpreise, die Preise der Produktionsgüter, der Nahrungsmittel und der Dienstleistungen, die wir aus den entwickelten Ländern beziehen, ständig zunehmen, sind im Gegensatz dazu die Preise der von uns exportierten Grundstoffe unverändert geblieben oder unterliegen ständigen Schwankungen. Das Austauschverhältnis hat sich verschlechtert. Wir haben bereits unterstrichen, daß der Protektionismus, der in erheblichem Maße zur Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre beitrug, von bestimmten entwickelten Ländern wieder angewandt wird. Die Konferenz bedauerte, daß bei den GATT-Verhandlungen die dieser Organisation (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen, Sitz Genf; d. Red.) angehörenden entwickelten Länder die Interessen und Sorgen der Entwicklungsländer, insbesondere der weniger entwickelten Länder, unberücksichtigt ließen.

Die Konferenz wandte sich ebenfalls dagegen, daß einige entwickelte Länder auf Kosten der Produktion, die für die Entwicklungsländer von Interesse ist, verstärkt die Preise verschiedener Produkte ihres Landes stützen.

Die Konferenz stellte mit Bedauern fest, daß das allgemeine System der Verzugszölle in seiner Tragweite und Funktion unzulänglich sei. In diesem Sinn verurteilte sie die diskriminierenden Beschränkungen des Außenhandelsgesetzes der Vereinigten Staaten, wie auch die starre Haltung einiger entwickelter Länder, die verhinderten, daß man in der V. Sitzungsperiode der UNCTAD in diesem Problem zu einer Übereinkunft kam.

Wir möchten unsere Sorge über die ständige Verschlechterung der internationalen Währungslage zum Ausdruck bringen. Die Instabilität der Wechselkurse der wichtigsten Reservewährungen und die Inflation, die die Unausgewogenheit der weltwirtschaftlichen Lage noch verstärken, verursachen den Entwicklungsländern zusätzliche Schwierigkeiten, verringern den realen Wert ihrer Einkünfte aus dem Export und den Wert ihrer Devisenreserven. Ein negativer Faktor ist auch das unkontrollierte Wachstum der internationalen Währungsmittel, insbesondere durch die Verwendung verfallener US-Dollars und anderer Reservewährungen.

Während die ungleichen internationalen Wirtschaftsbeziehungen zur Erhöhung der Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer auf mehr als 300 Mrd Dollar geführt haben, heben die internationalen Finanzorgane und privaten Banken ihre Zinssätze an, verkürzen die Tilgungsfrist der Anlei-

hen und unterdrücken auf diese Weise die Entwicklungsländer finanziell. Wie die Konferenz nachwies, stellt dies ein weiteres Druckmittel bei den Verhandlungen dar, um zusätzliche politische und wirtschaftliche Vorteile auf Kosten unserer Völker zu erlangen.

Die Konferenz verwies auf das neokolonialistische Bestreben, die Entwicklungsländer daran zu hindern, ständig und effektiv die volle Souveränität über ihre Naturreichtümer auszuüben, und unterstrich dieses Recht erneut. Aus diesem Grunde unterstützt sie die Bemühungen der rohstoffproduzierenden Entwicklungsländer, gerechte und angemessene Preise für ihre Exporte zu erhalten und ihre Exporteinnahmen real zu erhöhen.

Außerdem richtete die Konferenz verstärkte Aufmerksamkeit auf die Festigung der Wirtschaftsbeziehungen und den wissenschaftlich-technischen Austausch zwischen den Entwicklungsländern. Dem Begriff der – sagen wir – „kollektiven Eigenständigkeit“ oder mit anderen Worten der gegenseitigen Hilfe und Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern, der die Forderung beinhaltet, daß diese sich in erster Linie auf ihre eigene kollektive Kraft stützen, wird in der Deklaration von Havanna größte Bedeutung beigemessen. Als Präsident der Bewegung und koordinierendes Land beabsichtigt Kuba gemeinsam mit der Gruppe der 77 (Zusammenschluß der Entwicklungsländer, 1964 in Genf gegründet und heute 120 Länder stark; d. Red.) alle notwendigen Anstrengungen zu unternehmen, um das von der Konferenz auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit orientierte Aktionsprogramm zu verwirklichen.

(Fortsetzung folgt)

(Quelle: Bohemia, Havanna, Nr. 42/19.10.1979, S. 48-60)

# rote blätter

Conte: nel mio libro sono...  
Erikson: come era...  
Cortez...  
Evoluzione 2. Teil: Una genesi...  
Mammuthus...  
L'Uomo...  
L'Uomo...  
L'Uomo...

## rote blätter

Alvaro Cunhal  
Hansjörg Martin  
Heinar Kipphardt  
Fritz Winter

### Was ist los in Afghanistan?

Das steht u. a. in der Februar-März-Ausgabe der roten blätter:

- Was ist los in Afghanistan?
- Schnüffelpraxis an den Unis: rb-Enthüllung, 3. Teil
- Erfahrungen eines ehemaligen Drogenabhängigen
- Exklusivinterview mit Alvaro Cunhal
- Essay: Persönliches und Politik
- Aus dem Leben eines Studienreferendars – ein Comic
- Der Western – vom aktuellen Nutzen eines umstrittenen Genres
- Interview mit dem Schriftsteller Heinar Kipphardt
- Enthüllung: Karlsruher Technologie für Südafrikas Atombombe



## Vor 15 Jahren: Ermordung des Malcolm X

Etwa 1 1/2 Jahrzehnte zuvor, zwischen 1964 und 1968, brannten in den USA die Ghettos der Afro-Amerikaner – Harlem/New York 1964, 1965 Watts in Los Angeles, 1966 Chicagos Southside, Detroit, Newark und Dutzende anderer Städte; 1968 kam es, ausgelöst durch die Ermordung Martin Luther Kings, zu Revolten in den Ghettos von 125 Städten. Der Ruf nach Black Power (Schwarze Macht) wurde über die Medien weltweit bekannt, in den weißen Vorstädten der USA löste er Entsetzen aus. Einer der Führer dieser Bewegung war Malcolm X, Theoretiker, brillanter Redner und Agitator, der vor 15 Jahren, am 21. Februar 1965 ermordet wurde.

In den Vereinigten Staaten lebt die zweitgrößte schwarze Bevölkerungsgruppe der Welt nach Nigeria, Nachkommen der aus Afrika verschleppten Millionen von Sklaven. Nach wie vor kennzeichnen Diskriminierung und Repressalien, Terrorisierung durch weiße Rassisten, Arbeitslosigkeit, Armut und Elend, in wachsendem Maße Drogensucht und Kriminalität das Leben der meisten dieser rund 24 Mio Menschen, vor allem in den Slums und Ghettos der großen Städte des Nordens.

Der Widerstand gegen Unterdrückung und Ausbeutung hat eine lange Geschichte. Sie umfaßt Stationen wie Sklavenaufstände (z.B. Nat Turner 1831), literarischen Protest, die Beteiligung an der wesentlich von westindischen und US-amerikanischen Afrikanern begründeten Panafrikanismus-Bewegung, Bürgerrechtsbewegungen (deren bekannteste und erfolgreichste die des Martin Luther King war). Erfolge auf der Ebene etwa des Grundsatzurteils des obersten Bundesgerichts der USA von 1954 über die völlige Gleichstellung fanden jedoch keine oder nur schwer Entsprechung in der Realität. Ungeduld und Enttäuschung wuchsen, vor allem unter den schwarzen Intellektuellen. In den Ghettos staute sich der Zorn der arbeitslosen Afro-Amerikaner. Er fand seinen Ausdruck in der Losung „Black Power – Schwarze Macht“.

Malcolm X, wie er sich, dem Brauch der Black Muslims (Schwarze Moslems) folgend, nannte, deren Mitglied er eine Zeitlang war, stammte aus diesem Milieu der Dauerarbeitslosen, Verelendeten und durch Kriminalität Rebellierenden. Dies und die Mitarbeit bei den Black Muslims, die er wegen Differenzen mit ihren abstrusen Ideen kurz vor seiner Ermordung verließ, erklärt vieles von den Widersprüchen und Halbheiten seiner Gedanken. Diese jedoch sind zugleich symptomatisch für die Vorstellungen der diversen Strömungen der Black-Power-Bewegung. Sie erfaßten vieles oberflächlich Richtige, bestachen durch faszinierende Thesen und Utopien, es ermangelte ihnen jedoch an analytischem Vermögen, wieweil sie vielfach sehr weit zur Erkenntnis der Ursachen und Zusammenhänge zwischen rassistischer Unterdrückung und Systemcharakter vorstießen.

In militanter Kritik an der auf Integration in den „American way of life“ orientierten Politik vieler Bürgerrechtspolitikern formulierte Malcolm X: „Wir (kämpfen) weder für Integration noch für Separation; wir kämpfen darum, als Menschen anerkannt zu werden. Wir kämp-

fen um das Recht, in dieser Gesellschaft als freie Menschen zu leben“. Er lehnte „umgekehrten“ schwarzen Rassismus ab; zugleich verfocht er die Forderung nach der Einheit aller Schwarzen, worunter er alle Nichtweißen verstand. Sein Ziel war die Schaffung einer weltweiten Front aller Nichtweißen gegen den „weißen“ Kolonialismus, gegen die Unterdrückung durch das US-System zumal. In den Kämpfen der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas erblickte er den Ansatz hierfür.

Ausgehend von der These, daß der Kampf der Schwarzen in den USA Teil dieses Kampfes sei, versuchte Malcolm X diese Idee in die Praxis umzusetzen. Er nahm an der 2. Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit 1964 in Kairo teil; er bildete eine Organisation für Afro-Amerikanische Einheit – und knüpfte damit an den Panafrikanismus eines Marcus Garvey und W.E.B. DuBois um die Jahrhundertwende an. Ansätze zu einer Erkenntnis des Charakters des „Systems“ sind seinen Äußerungen zu entnehmen – ebenso wie er zwischen den Verrätern unter der gleichen Hautfarbe und „wirklichen Schwarzen“ unterschied (so bezeichnete er den Sezessionsführer von Katanga im Kongo, Tshombe, als „schlimmste(n) Afrikaner, der je geboren wurde“). Der Rückgriff auf die Geschichte der schwarzen Völker gerade Afrikas und ihre Leistungen war ein wesentliches Element des Versuches, schwarzes Bewußtsein zu entwickeln. Er war überhaupt bezeichnend für die Black Power-Bewegung. Gezielt wurden dabei „internationalistische“ und traditionalistische Ansätze gesucht wie die Namensänderung in afrikanisch-moslemische, wie die Bezeichnung von Schwarze-Studien-Kursen als Lumumba-Zapata-College (nach dem von Tshombe ermordeten Führer der Revolution im Kongo sowie einem Helden der mexikanischen Revolution von 1910). Vom „schwarzen Selbstbewußtsein“ war der Schritt naheliegend zum Übergang zu anderen Methoden des schwarzen Widerstandes. Malcolm X war einer der ersten, die forderten zur Selbstverteidigung „das zu tun, was immer notwendig ist, sich zu schützen“ statt Unterwerfung zu üben. Diese Forderung sollte vor allem die Black Panther Party (Partei der Schwarzen Panther) aufnehmen, in welcher die positiven Ansätze des Malcolm X und der Black Power-Bewegung am weitesten entwickelt wurden, was indes auch sie nicht vor der Zerschlagung durch FBI- und Polizeiterror und vor innerer Zersplitterung und Verirrungen schützte.

Widersprüchlichkeit, das Vorhandensein oberflächlicher Analysen, bisweilen bizarrer und abenteuerlicher Vorstellungen prägten die Black Power-Bewegung stark. (Die Ähnlichkeiten mit einer ebenfalls das Selbstbewußtsein propagierenden Bewegung, dem Black Consciousness Movement in Südafrika, sind mitunter verblüffend.) Unter dem Terror des Staatsapparates, aufgrund der inneren Widersprüche und wenig tragfähigen theoretischen Basis zerfiel Black Power Ende der 60er Jahre zunehmend; Splittergruppen glitten in terroristische Zirkel ab, die Stadtguerilla-Methoden propagierten.

Gleichwohl: Über den Revoltencharakter mit allen seinen Begrenztheiten und Schwächen hinaus vollbrachten die Bewegung und Persönlichkeiten wie Malcolm X teils Beachtliches. Die Weltöffentlichkeit wurde aufmerksam auf die Verhältnisse im Musterland des „freien Westens“ (die Protestaktionen schwarzer Olympiasieger 1968 in Mexiko erlebten Hunderte Millionen am Bildschirm); Millionen Schwarzer wurden mobilisiert, Organisationen anderer Minderheiten wie der Indianer in ihren Vorhaben bestärkt.

Black Power leistete damit ironischerweise ungewollt einen Beitrag zur zeitweiligen Forcierung der US-Gesetzgebung zugunsten der Afro-Amerikaner und damit zur integrationistischen Politik. Der Mangel an Analyse des Klassencharakters der Rassenfrage verstellte der Mehrheit den Weg zu langfristig organisiertem Handeln als Teil der Arbeiterklasse bzw. an ihrer Seite. Diese Tradition der amerikanischen fortschrittlichen Bewegung, verkörpert etwa von dem 1976 verstorbenen großen Künstler Paul Robeson, fand in Angela Davis eine Symbolfigur. In einem Interview erklärte sie: „Zunächst sollten wir klarstellen, daß es für die schwarze Bevölkerung äußerst wichtig ist, Selbstbewußtsein und Identität zu gewinnen – Dinge, welche die weiße herrschende Klasse uns so viele Jahrhunderte zu rauben versucht hat. . . . Zugleich müssen wir aber einsehen, daß dies allein keine Strategie für die schwarze Befreiung darstellen kann. . . . Unsere Strategie der Befreiung muß basieren auf unserer Stellung zu den Produktionsmitteln, unserer Stellung in der Ökonomie des Monopolkapitals. Da wir fast alle Arbeiter sind, muß jede Strategie der Befreiung eine Strategie zur Befreiung der Arbeiterklasse sein.“

J. Ostrowsky





## Südliches Afrika in der „Krise“



Das kritische Handbuch

**P. Ripken (Hrsg.), Südliches Afrika. Geschichte, Befreiungskampf und politische Zukunft**, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin 1978, 17,50 DM versucht laut eigenem Anspruch durch die Analyse der konkreten Verhältnisse „zur besseren Kenntnis der Konflikte im Südlichen Afrika sowie dem Stand der Befreiungsbestrebungen“ beizutragen. Der Herausgeber stellt sich dabei selbst in die Vietnam-Tradition der Studentenbewegung und fühlt sich der Solidarität mit den afrikanischen Völkern verpflichtet. Dabei entpuppt er sich als „enttäuschter Linker“, der – trotz teilweise berechtigter Kritik an der Solidaritätsbewegung – sich selbst wohlmeinend als denjenigen versteht, der endlich die konkrete Analyse für gemeinsame politische Aktionen auf breiter Basis liefert. Was in dem Buch geliefert wird, sind indes keine neuen Tatsachen oder die Bewegung vorwärtstreibende Ergebnisse, sondern eine gleichwohl gute und übersichtliche Zusammenfassung bekannter Materials und bereits untersuchter Zusammenhänge.

Man hätte erwarten können, daß den einzelnen Länderstudien zu Mocambique, Angola, Zimbabwe, Namibia, Südafrika, Botswana, Lesotho und Swasiland ein einleitender Beitrag zur Bedeutung des Südlichen Afrika für den Imperialismus sowie des Wandels imperialistischer Zielsetzungen und Methoden in diesem Raum vorangestellt werden würde. Dies wurde versäumt. Allerdings wird diesen Aspekten im Rahmen der Länderanalysen Rechnung getragen.

Die Darstellung der einzelnen Länder beginnt mit Strukturdaten, die einen lexikalen Überblick über Gesellschaft und Wirtschaft vermitteln. Danach folgt ein datenmäßiger Abriss der historischen Entwicklung, der Kolonialgeschichte, Repressionsmaßnahmen und Befreiungskampf kursorisch abdeckt. Nützlich sind auch die Literaturhinweise, die sich daran anschließen.

Der Schwerpunkt bei den von P. Ripken und B. Decke verfaßten Beiträgen zu Mocambique und Angola zu Beginn des Bandes liegt zurecht auf der Darstellung des Befreiungskampfes und der Entwicklung der Befreiungsbewegung sowie einer ausführlichen Betrachtung der Probleme des nationalen Wiederaufbaus und der politisch-ökonomischen Gestaltung dieser vom portugiesischen Kolonialismus befreiten Länder. Überzeugend wird von P. Ripken der Nachweis geführt, daß der während der Kolonialzeit mit massiver Hilfe der BRD gebaute Staudamm Cabora Bassa entgegen der weitverbreiteten Ansicht in bundesdeutschen Medien nach wie vor eine Belastung für die politische und ökonomische Unabhängigkeit Mocambiques beinhaltet. Überhaupt zeigt sich darin ein Verdienst des vorliegenden Buches, daß es herrschende bürgerliche Propaganda aufgreift, um sie anschließend gründlich zu entlarven.

Beide Autoren, P. Ripken und B. Decke, zeigen sich jedoch geradezu manisch daran interessiert, der in der Einleitung formulierten Kritik, die Gruppierungen der Linken in der BRD würden entsprechend ihrer jeweiligen ideologischen Ausrichtung die Befreiungsbewegungen als Objekte betrachten, selbst zum Opfer fallen. Nicht anders kann es interpretiert werden, wenn P. Ripken (S.31) und B. Decke (S.71) nicht davor zurückschrecken, Passagen im Programm der FRELIMO, die das Bekenntnis zum proletarischen Internationalismus beinhalten, schlichtweg zu übersehen (vgl. AIB, Nr. 5/1977) oder den Putschisten Nito Alves wider besseres Wissen für einen gewissen Zeitraum zum Favoriten der UdSSR innerhalb der MPLA-Regierung stempeln. Der Keil, der hier zwischen die Befreiungsbewegungen und die sozialistischen Länder getrieben wird, dient, trotz der vorgeführten positiven Beurteilung der sozialistischen Hilfe, der Bestätigung antikommunistischer Vorurteile und weist die prinzipielle Verbundenheit zwischen MPLA/FRELIMO und dem real existierenden So-

zialismus von der Hand.

Die darauffolgenden Artikel von G. Wellmer und P. Ripken zu Zimbabwe gehen in ausführlicher Weise auf die imperialistischen Strategien in der Siedlerkolonie ein. Die Aktualität der internen Lösungen hat allerdings seit den Londoner Verfassungsgesprächen an Bedeutung verloren. Die Darstellung der Befreiungsbewegung Patriotic Front findet keine entsprechende Berücksichtigung. Betrachtet man die Ausführungen von P. Ripken eingehender, so kann man auch nicht umhin, erstaunliche Parallelen zu einem von Riddell Anfang 1978 in African Report geschriebenen Beitrag vorzufinden.

H. Melber geht detailliert und breit auf Namibia ein. Kolonialgeschichtliche Aspekte, neokolonialistische Lösungsversuche, Namibia und die UNO sowie nationaler Befreiungskampf und die Rolle der Kirchen finden in diesem Zusammenhang neben anderen Punkten Berücksichtigung. Auflockernd wirkt sich hier wie schon bei Angola und Zimbabwe der Abdruck von Auszügen aus der Biographie eines Mitglieds der Befreiungsbewegung aus.

Der breiteste Raum wird freilich der Republik Südafrika eingeräumt. Klar und eindringlich wird die Bedeutung der Apartheid als ein System der Ausbeutung analysiert. Die reale Bedeutung von kleiner Apartheid und Bantustanisierung usw. wird geklärt. Die historische Kontinuität als auch die Widersprüche im Befreiungskampf werden hervorgehoben. Die Zuspitzung, die dieser Kampf in den letzten Jahren erfahren hat, wird gezeigt. Auch die Kollaboration der BRD mit der RSA wird von P. Ripken in überzeugender Weise belegt.

Eine hilfreiche Ergänzung stellt die Einbeziehung der weitgehend von Südafrika abhängigen Staaten Botswana, Lesotho und Swasiland und Malawi dar. Begriffe wie Dialog und Detente (Entspannung) stehen dafür beispielhaft. Am Schluß finden sich noch zwei kleinere Beiträge zur Rolle der Organisation für Afrikanische Einheit und zu Zaire als neue Kolonie des internationalen Kapitals.

Insgesamt gibt das Handbuch einen nützlichen, weil inhaltsreichen Überblick über die Entwicklung im Südlichen Afrika, der es dem Leser erlaubt, verbreiteten Falschinformationen in der Öffentlichkeit der BRD aus antiimperialistischer Sicht mit Informationen und Argumenten entgegenzutreten.

Die Vorstudie zu einer Fernsehsendung hat der durch seine einseitige Berichterstattung weidlich bekannte Seelmann-Eggebert mit dem Buch

**R. Seelmann-Eggebert, Das Kap der Stürme, Südafrikas Weg in die Krise**, Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 1978, 24,- DM veröffentlicht. Sein Einerseits-Anderserseits-Journalismus erweist sich bei näherem Hinsehen als kaum aufhellend für die Krise in Südafrika.

Die ersten beiden Kapitel über die burischen Einwanderer und die britische Kolonialherrschaft stellt nicht mehr dar als eine Wiederholung kolonialer Geschichtsschreibung aus der Sicht des Kolonialisten. Bemerkenswert dreist sieht R. Seelmann-Eggebert in den Kriegen zwischen den kolonialen Eroberern und den Afrikanern im Grunde ein Mißverständnis, das vor allem durch ständige Grenzprovokationen seitens der Afrikaner zum Tragen komme. Die Buren werden zu einer verschworenen Gemeinschaft hochstilisiert, in der die Tugenden Frömmigkeit, Freiheit, Gruppenbewußtsein, Mut und Tapferkeit bis heute fortleben. Mythos und Wirklichkeit verbinden sich auch in der Darstellung des britischen Kolonialismus. Der Autor scheut nicht davor zurück, die britische Eroberung als Philantropie (Wohltat), allerdings gepaart mit gewissen Inkonsequenzen, auszugeben.

Wen nimmt es da noch Wunder, daß Apartheid mit finanziellen Opfern der weißen Rassisten verbunden ist, und daß der „Patriarch“ Vorster ausführlich und nahezu unwidersprochen Gelegenheit erhält, dieses System ideologisch zu rechtfertigen. Dennoch kommt der Autor des aufgeklärten Kapitalismus nicht umhin, auf gewisse Ungerechtigkeiten des südafrikanischen Regimes hinzuweisen. Er ist jedoch gleichwohl bemüht darauf hinzuweisen, wie erstaunlich liberal und unabhängig die Rechtssprechung in diesem Staat sei, und daß eben gelegentlich die rechte Hand nicht wüßte, was die linke tue (S. 203). Es ist daher keine Überraschung, wenn R. Seelmann-Eggebert die Boykottforderung, das Recht auf Gleichberechtigung der Schwarzen usw. ablehnt. Für ihn geht es um eine oberflächige Reformierung des Rassensystems, die sich an die neokolonialistischen Lösungsversuche der Turnhalle in Namibia anlehnt. Nur in einer Art Tauschgeschäft zwischen den sich wie vormalig in der Wagenburg verschanzenden Buren und dem Westen (Anerkennung der Homelands gegen Bürgerrechte für die nicht in den Homelands verwurzelten Afrikaner) lasse sich eine Lösung der Krise erzielen. Wenigstens in dieser Hinsicht ist das Buch aufschlußreich.

H. Mayer



## Indien

Nach ihrer verheerenden Niederlage vor 2 1/2 Jahren gelang der Kongreßpartei unter Indira Gandhi bei den Parlamentswahlen im Januar 1980 ein glänzendes Comeback. Nach dem vorläufigen Stand – in 17 Wahlkreisen wurde am 14. Januar noch gewählt – erhält die Kongreßpartei mit 351 von 525 Sitzen die 2/3 Mehrheit im Parlament. Indira Gandhi profitierte dabei von der Heterogenität der Janata-Partei – sie erhielt nur noch 32 von vormals 270 Sitzen –, die nur ihre Ablehnung des autoritären Führungsstils Indira Gandhis von 1975-1977 zusammengeführt hatte.

Das nur vage formulierte Wirtschaftsprogramm der Janata-Partei, u.a. Zurückstufung der Industrie und Dezentralisierung, Einschränkung des Wachstums des staatlichen Sektors in Landwirtschaft und Industrie sowie die Verbesserung der Investitionsmöglichkeiten für das ausländische Kapital (vgl. AIB, Nr. 7/1977) war in seinen Konsequenzen verheerend. Die unter der Regierung Indira Gandhis von 1966-77 noch kontrollierten Preise stiegen bis zu 30%. Die Zahl derer, die bei einem Prokopfeinkommen von 4,- DM im Monat unter der Armutsgrenze leben, ist in diesem Jahrzehnt, besonders seit dem Regierungsantritt der Janata-Partei im März 1977, rapide von 300 auf 360 Mio Menschen angestiegen (bei einer Gesamtbevölkerung von über 600 Mio). Jährlich vergrößert sich das Arbeitslosenheer um 5 Mio.

Die bloße Ankündigung der Wiederherstellung von Gesetz und Ordnung, des Kampfes gegen Preisanstieg und der Sicherung der Versorgung mit Massenbedarfsgütern sicherte demgemäß Indira Gandhis Erfolg. Ebenso bestätigt wurde die um die Kommunistische Partei (KPI) und KPI (Marxisten) gebildete Linksfrente. Sie erhöhte ihre Mandate von 29 auf 46 (allein im Bundesstaat Kerala konnte sie von 20 Mandaten 12 gewinnen) und wurde zur stärksten Oppositionskraft.

## Ost-Timor

Entgegen den Zweckmeldungen der indonesischen Besatzer, die im Dezember 1975 die ehemalige portugiesische Kolonie besetzt hatten, es herrsche „Ruhe“, wird in den Bergen der Insel noch immer Widerstand seitens der Befreiungsbewegung FRETILIN geleistet. Freilich leidet dieser unter Nachschubmangel und läßt nach. Dafür jedoch nimmt der Widerstand in den besetzten Gebieten selbst unter jenen zu, die die indonesische Annexion ursprünglich begrüßt hatten.

1978 leitete die indonesische Armee eine neue Strategie ein: die FRETILIN sollte „ausgehungert“ werden. Vernichtung der Anbaugelände auf dem Land, Massendeportationen führten binnen kurzem zum Zusammenbruch der Nahrungsmittelversorgung auf der Insel. Die Folgen: Hunger, Massenepidemien, der Tod von bisher nach vorsichtigen Schätzungen mindestens 100.000 Bewohnern; weitere 350.000 sind vom akuten Hungertod bedroht. Das Ganze: ein planmäßiger Völkermord.

Für die „freie“ Presse handelt es sich anscheinend um die „falschen“ Völkermörder. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung brachte es fertig, ein Foto von hungrigen Kindern aus Ost-Timor als Kinderelend unter Kampuchea-Flüchtlingen zu verbreiten.

## OPEC

Erstmals seit Gründung der Organisation erdölexportierender Länder (OPEC) 1960 konnten die Ölminister der 13 Mitgliedsstaaten auf ihrer 55. Konferenz vom 17.-20.12.1979 in Caracas keine Einigung über ein einheitliches Preisniveau erzielen. Während die vorausgegangene Genfer OPEC-Konferenz im Juni 1979 noch einen „gespaltenen“ Ölpreis zwischen 18 und 23,50 Dollar pro Barrell (159 Liter) festlegte, wurde nun keine Richtpreisspanne angegeben. Die Verkaufspreise lagen in Verschiffungshäfen der Förderländer Anfang 1980 zwischen 24 und 30 Dollar – auf einem relativ niedrigen Niveau im Vergleich zu den Preisen der Ölmultis: Mit Preisen von bis zu 45 Dollar pro Barrell (Einkaufspreis in Saudi Arabien 18 Dollar) auf dem Rotterdam Ölmarkt kassierten die Konzerne 1979 Rekordgewinne von über 100% im Vergleich zum Vorjahr. In der Verurteilung dieser Mächtigkeiten der Ölmultis waren sich die OPEC-Konferenzteilnehmer allerdings einig, ebenso wie in der Gründung einer eigenen Nachrichtenagentur. Darüber hinaus soll die Kooperation mit anderen Entwicklungsländern verstärkt werden: Um ihre aus Ölpreiserhöhungen entstehenden Verluste auszugleichen, wurde der OPEC-Sonderhilfsfond von 1,6 auf 4 Mrd Dollar aufgestockt (OPEC press release, Wien, Nr. 10/1979).

## Saudi Arabien

Die heiligste Stätte des Islam, die Moschee von Mekka, stand Ende November 1979 zwei Wochen lang unter Beschuß saudiarabischer Militäreinheiten. Was die saudiarabische Regierungspropaganda mit Hilfe westlicher Medien als Moscheebesetzung und Geiselnahme durch religiöse Fanatiker hinzustellen versuchte, enthüllte sich im nachhinein als gescheiterter Umsturzversuch. Ein Teil der führenden Mitglieder der Königsfamilie befanden sich zur gleichen Zeit außer Landes, während König Khaled selbst nur durch eine kurzfristige Absage seines geplanten Moschee-Besuches den Besatzern entkam.

Die Angst der etwa 3.000 Mitglieder umfassenden herrschenden Feudalschicht um ihre Macht steigt. Davon zeugt nicht nur ihre Furcht vor der iranischen Volksbewegung, ließen sie doch einige Wochen vor der Moschee-Besetzung die bisher größten Demonstrationen in der östlichen Erdölregion, in denen die schiitische Minderheit ihre Sympathie für Khomeini bekundete, blutig niederschlagen. Die aus Sicherheitsgründen in verschiedenen Städten durchgeführte Hinrichtung der Moscheebesetzer im Januar d. J. – laut Regierungsangaben 41 Saudiaraber, sechs Südjemeniten, zehn Ägypter, drei Kuweitis und je einer aus dem Sudan, dem Irak und dem Nordjemen – aber dürfte ebenso wenig einen erneuten Putschversuch verhindern können wie die zum Jahreswechsel durchgeführte Umbildung der führenden Positionen in der Luftwaffe, bei den Grenztruppen und anderen Sicherheitsbehörden Saudi Arabiens. In dem vom Westen lange Zeit als stabiles Ölreich geschätzten Wüstenland hat sich die Anzahl von Putschversuchen nunmehr auf 12 innerhalb von zwei Jahren erhöht.

## Libyen-Palästina

Der am 6.1.1980 in Tripolis beendete 5. Allgemeine Volkskongreß Libyens bestätigte den Bruch Libyens mit der führenden Kraft der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), der Fatah, den Oberst M. Ghaddafi Anfang Dezember 1979 in Gang gesetzt hatte. Damals setzte seine Angriffe auf Yassir Arafat und die PLO-Führung wegen ihrer angeblich „kapitulationistischen“ Linie und seine Aufforderungen zur Bildung alternativer palästinensischer „revolutionärer Komitees“ (in Libyen leben rund 40.000 Palästinenser) ein. Die Sperrung der Unterstützungsgelder für die PLO und die Ausweisung des PLO-Vertreters in Tripolis, Abu Tarek, waren die ersten praktischen Konsequenzen. Das Exekutivkomitee der PLO hatte in einer Erklärung am 10.12.1979 die libyschen Aktionen als Bedrohung der Unabhängigkeit des palästinensischen Widerstands zurückgewiesen. Wie der Fatah-Repräsentant Abu Iyad am 7.1.1980 in einer Rede betonte, hat M. Ghaddafi eine Beilegung des Konflikts bislang von sich gewiesen, da „Vertretung“ Betrug sei, und deshalb lehnt er die PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes ab“. (Wafa, Beirut, 7.1.1980)

## Belize

Bei den Wahlen in Belize Ende 1979 errang die von Premierminister George Price geführte Vereinigte Volkspartei (PUP) einen klaren Sieg. Seine Partei gewann 12 der 18 Sitze im Parlament, nur 5 Sitze entfielen auf die konservative Vereinigte Demokratische Partei (UDP). Wichtigstes Ziel der seit 25 Jahren regierenden PUP ist die Erlangung der Unabhängigkeit von Großbritannien.

Belize, ehemals Britisch-Honduras, ist die letzte britische Besetzung auf dem amerikanischen Kontinent. Verhandlungen über die Unabhängigkeit wurden bisher von der britischen Regierung hinausgezögert, da das benachbarte Guatemala widerrechtlich Gebietsansprüche auf Belize erhebt und im Falle seiner Selbstständigkeit mit einer Intervention droht. Hierbei sind vor allem Rohstoffinteressen im Spiel: US-Firmen entdeckten auf dem von Guatemala beanspruchten Territorium Erdölquellen (siehe AIB, Nr. 9/1977, S. 35). London weigert sich jedoch auch einem unabhängigen Belize militärische Hilfe zu gewähren. Schutzgarantien fand Premierminister G. Price dagegen bei einigen karibischen Commonwealthstaaten sowie bei Venezuela, Mexiko und Panama.

Die Forderungen des kleinen mittelamerikanischen Landes werden gleichfalls von den Vereinten Nationen unterstützt. Abstimmungen der UNO zur Belize-Frage ergaben in den letzten vier Jahren ein eindeutiges Votum für die Unabhängigkeit und territoriale Integrität Belizes. So sprach sich die UN-Vollversammlung vom Dezember 1978 mit 127 Ja-Stimmen, einer Ablehnung (durch Sri Lanka) und 12 Enthaltungen erneut für „das unveräußerliche Recht des Volkes von Belize auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit“ aus. Und sie



bekräftigte abermals, „daß die Unverletzlichkeit und territoriale Integrität von Belize gewahrt werden müssen“. Großbritannien und Guatemala wurden aufgefordert, ihre Verhandlungen ohne Beeinträchtigung des Rechts von Belize energisch fortzuführen (Vereinte Nationen, Nr. 5/1979, S. 187).

## Puerto Rico

Vor über 600 Delegierten und Gästen fand vom 30.11.-2.12.1979 in Mexiko-Stadt die 2. Internationale Solidaritätskonferenz für die Unabhängigkeit Puerto Ricos statt (Deklaration der 1. Konferenz vgl. AIB, Nr. 11-12/1975). In der einmütig angenommenen Abschlusserklärung wurden die USA angeklagt, der Bevölkerung der Insel ihre Rechte vorzuenthalten, internationale Normen zu verletzen und durch die Aufrechterhaltung einer kolonialen Situation eine zunehmende ernsthafte Bedrohung für den Weltfrieden heraufzubeschwören. Die Teilnehmer riefen auf, ein Weltkomitee für die Unabhängigkeit Puerto Ricos zu gründen, und forderten alle Regierungen auf, offiziell Puerto Ricos Recht auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anzuerkennen. Sie verurteilten alle Versuche der USA, die Karibikinsel zu annektieren. Im Dezember des Jahres wurden neue Pläne der USA bekannt, wonach Puerto Rico 1981 nach Durchführung eines „Plebiszits“ endgültig als 51. US-Bundesstaat einverleibt werden soll.

## El Salvador

In El Salvador hat sich die Situation Anfang Januar d.J. erneut zuspitzt. Drei Juntamitglieder sowie zehn Minister und andere hohe Beamte sind von ihren Posten zurückgetreten. In ihrer Erklärung machten sie deutlich, daß entgegen dem Versprechen der Militärs, die Demokratie und tiefgreifende Reformen voranzutreiben, es von Tag zu Tag seine Macht ausgebaut habe.

Wiederholt hatte das Militär gegen die Opposition Front gemacht, nachdem bei Besetzungen von Fabriken, Baumwoll-, Kaffeeplantagen und öffentlichen Gebäuden die Forderung erhoben wurde, endlich die Versprechen nach Lohnerhöhung, Agrarreform und Freilassung der politischen Gefangenen einzulösen, wie sie noch in dem Abkommen zwischen dem Revolutionären Volksblock (BPR) und der Junta Anfang November 1979 niedergelegt worden waren (vgl. AIB, Nr. 1/1980). Das Militär, das bei bewaffneten Auseinandersetzungen mindestens 80 Menschen tötete, spekuliert offenbar in Teilen auf einen Putsch von rechts. Unterstützung erhält das Militär dabei von der Nationalen Vereinigung der Privatunternehmer (ANEP) und den aufgelösten, aber nicht zur Rechenschaft gezogenen Terrorbanden. Die Volksbefreiungskräfte (FPL) erklären, daß die Großgrundbesitzer damit begonnen hätten, ehemalige Angehörige der Nationalgarde Somozas anzuwerben und ins Land einzuschmuggeln.

Umso spektakulärer ist daher die Einigung der fünf salvadoranischen Guerillabewegungen (Volksbefreiungskräfte – FPL, Revolutionäre Volksarmee – ERP, Kräfte für Nationalen Widerstand – SARN, Volksliga 28. Februar und Volksbefreiungsfront Farabundo Martí), Mitte Januar d.J. auf die Bildung eines vereinigten Oberkommandos und die Zusammenfassung ihrer Massenorganisationen unter einem gemeinsamen politischen Leitungskomitee. Am 14. Januar gab die Vereinigte Linke über eine vorübergehend besetzte Rundfunkstation in San Salvador die gemeinsame Orientierung auf den bewaffneten Kampf bekannt. Gleichzeitig besetzten sie kurzweilig vier Stadtteile San Salvadors und fünf Ortschaften. Unter dem Eindruck des Beispiels Nikaraguas haben sich die relevantesten Linksparteien BPR, die Kommunistische Partei und die Einheitliche Volksaktion – FAPU in dem Linksbündnis eingefunden, während die Sozialdemokraten des G.M. Ungo noch zögern.

## Brasilien

Ende November 1979 vollzog sich in Brasilien mit der Verabschiedung eines vom Militärregime eingebrachten Gesetzentwurfes ein weiterer Schritt hin zur „demokratischen Öffnung“. Deutlicher als die Teilamnestie (vgl. AIB, Nr. 10/1979), in deren Gefolge es u.a. zur triumphalen Rückkehr des Generalsekretärs der Brasilianischen Kommunistischen Partei (BKP), Luis Carlos Prestes, kam, zeigt die nunmehrige Auflösung des traditionellen Zweiparteiensystems die Widersprüchlichkeit des neuen Kurses. An die Stelle von ARENA und MDB werden nunmehr vier neue Parteien treten, während die BKP

nach wie vor illegal bleibt. Eine um gemäßigte MDB-Elemente angeereicherte neue ARENA soll – unter anderem Namen – dem Regime jene eindeutigen Mehrheiten zurückgewinnen, die es bei den letzten Wahlen im November 1978 (siehe AIB, Nr. 2/1979, S. 34/35) nicht mehr erlangen konnte. Von der Aufsplitterung der MDB-Opposition in drei Parteien erhofft sich das Regime eine generelle Schwächung der Widerstandsbewegung. Die Opposition hatte sich bislang stets gegen eine Auflösung des traditionellen Systems angewandt, das sich in den letzten Jahren immer stärker gegen die Diktatur gekehrt hatte. Erst wenn die Organisationsfreiheit für alle antidiktatorischen Kräfte wiederhergestellt sei, wolle man einer MDB-Auflösung die Zustimmung geben.

## Südafrika

Trotz gesetzlichem Streikverbot und Polizeiterror weitet sich die Streikwelle in Südafrika aus. Im November 1979 traten die 700 afrikanischen Arbeiter der Ford-Niederlassung in den Streik, um die Wiedereinstellung eines wegen seiner politischen Aktivitäten entlassenen Kollegen zu erzwingen. Gleichzeitig streikten über 800 schwarze Arbeiter benachbarter Papier- und Reifenfabriken. Gegen Ende des vergangenen Jahres kamen Hunderte Streikende in einer Fischverarbeitungsfabrik bei Kapstadt und unter den schwarzen Dockarbeitern in Kapstadt hinzu. Immer noch nicht beendet ist der seit April 1979 andauernde Streik, der 88 schwarzen Arbeiter der Teigwarenfabrik Fattis & Monis in Bellville, der durch afrikanische Studenten solidarisch unterstützt wird und weitere Stärkung durch einen Konsumboykott gegen die Produkte der Firma erhält. Ähnlich wie in vielen anderen Streiks (z.B. Toyota) geht es auch bei Fattis & Monis um die Wiedereinstellung wegen ihrer Aktivitäten entlassener Kollegen und um Anerkennung der afrikanischen Gewerkschaften.

Der Südafrikanische Gewerkschaftskongreß (SACTU), die quasi illegale nicht-rassistische Gewerkschaftsvereinigung, deren Einfluß in vieler dieser Arbeitskämpfe spürbar ist, hat anlässlich ihres 25. Gründungsjahrestages 1980 zum „Jahr der Mobilisierung der Arbeiter“ proklamiert.

## Zentralafrika

Ein Vierteljahr nach dem Sturz des zentralafrikanischen Kaisers Bokassa durch französische Truppen und deren Ernennung des Bokassa-Beraters D. Dacko zum neuen Präsidenten (vgl. AIB, Nr. 11-12/1979, S. 27) gab es noch immer keine Anzeichen für echte Veränderungen in der Republik Zentralafrika, ausgenommen Korrekturen von einigen Straßennamen zuungunsten Bokassas. Die auf Massendemonstrationen im Oktober 1979, speziell getragen von Gewerkschaftern, Studenten und Schülern, verlangte Zusicherung des Rechts auf freie politische Betätigung, verhallte seitens Dackos und seiner französischen Berater ungehört. Die älteste Oppositionsbewegung des Landes, die Patriotische Front von Ubangi (alte Kolonialbezeichnung für Zentralafrika), formulierte daher in einer Erklärung zum Jahresende 1979 als vordringliche Forderungen: erstens den sofortigen Abzug der französischen Truppen, zweitens die Bildung einer Provisorischen Regierung der nationalen Einheit, welcher die Vorbereitung und Schaffung demokratischer Institutionen zu übertragen sei (Afrique Asie, Paris, 24.12.1979).

## Türkei-Sonderangebot

Fünfteilige Türkei-Serie „Von Atatürk zu Ecevit“ (AIB 2-6/1979) verbilligt für 8,- DM zuzüglich Versandkosten.

Aus dem Inhalt: Historische Entwicklung, Befreiungskämpfe, Kemalismus, Unterwerfung unter den Imperialismus, Türkei in der NATO, Lage und Kämpfe der Arbeiter in der Türkei und in der BRD, Graue Wölfe, BRD-Ausländerpolitik, Länderdaten.

Bestellungen an: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

Hiermit bestelle ich die Türkei-Serie zum Sonderpreis von 8,- DM

.....  
(Name)

.....  
(Anschrift)



AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

## Wie Carter „Khomeini loswerden“ will

Nach fast 3 Monaten Dauer der Irankrise soll jetzt in Szene gehen, was US-Präsident J. Carter schon im Dezember 1979 angedroht hatte: Sanktionen gegen den Iran in Form von Sperrung sämtlicher Einfuhren außer Lebensmitteln und Medikamenten, Einschränkung von Krediten und Auslandsanleihen, Eintreibung iranischer Auslandsschulden, Verminderung diplomatischen Personals auf ein Mindestmaß.

Die von ihm selbst initiierte Kampagne veranlaßt J. Carter offensichtlich zu immer abenteuerlicheren Maßnahmen. So schloß Außenminister C. Vance auch eine Seeblockade des Iran nicht aus. Und Verteidigungsminister H. Brown betonte sogar, daß Marine-sachverständige für den Präsidenten zur Zeit bis ins einzelne gehende Pläne für eine Verminung der Schifffahrtsstraßen im Persischen Golf oder für die Blockade der engen Straße von Hormuz ausarbeiten. Durch das Zusammenziehen von zwei jeweils um einen großen Flugzeugträger gruppierten US-Kampfverbänden im Persischen Golf und im Indischen Ozean sind die Vorbereitungen dazu bereits angelaufen.

Was die Konsequenzen eines solchen Vorgehens anbetrifft, so stellte der iranische Handelsminister Reza Sadr klar: „Sollte die US-Flotte die Mündung des Golfes blockieren, so wird das einen Krieg zur Folge haben.“ (International Herald Tribune, Zürich, 12./13.1.1980) Entlarvend ist in diesem Zusammenhang die Äußerung J. Carters: „Wir werden unsere Interessen schützen und, wenn möglich, den Frieden wahren.“ (Süddeutsche Zeitung, 15.1.1980) Die „Interessen“ der USA sollen also auf jeden Fall gewahrt bleiben, und sei dies auch auf Kosten eines Krieges.

### Ein US-Krieg „unumgänglich“?

Ist es nun wirklich nur die Forderung nach Freilassung der Geiseln in der US-Botschaft in Teheran, die Washington zu solchen Schritten veranlaßt?

Aufschluß über diese Frage gibt die Veröffentlichung des Protokolls einer Geheimsitzung der US-Regierung vom November 1979 in Camp David (siehe Afrique Asie, Paris, 10.-23.12.1979, und AIB, Nr. 1/1980, S. 3). Angesichts der insbesondere in der Golfregion um sich greifenden Bestrebungen nach Errichtung Islamischer Republiken – auch die Besetzung der großen Moschee in Mekka ist in diesem Zusammenhang zu sehen – und den daraus resultierenden Gefahren für die militärstrategischen, wirtschaftlichen und politischen Interessen des US-Imperialismus kommt man dort zu dem Beschluß, „Khomeini loszuwerden, gleich ob die Geiseln befreit werden oder nicht“. J. Carter resümierte persönlich: „Unter diesen Umständen scheint mir eine militärische Intervention unumgänglich, wenn man das Khomeini-Regime nicht anders stürzen kann. Washington kann nicht länger mit diesen Fanatikern zusammenleben... Aber es ist entscheidend, daß dieses Regime nicht länger als noch sechs Monate hält, denn trotz der offiziellen Dementis haben wir gute Gründe anzunehmen, daß die Ereignisse im Iran und Saudi Arabien eng verbunden sind.“

An dieser Stelle zeigt sich auch, wie fein man in Washington zu differenzieren weiß, wenn es um die unterschiedlichen Strömungen geht, die sich auf den Islam berufen. Ist man auf der einen Seite bereit, feudalreaktionäre religiöse Kräfte etwa in Afghanistan für sich zu vereinnahmen und überhaupt deren Existenz zu gewährlei-

sten, so will man auf der anderen Seite die antiimperialistischen religiösen Bewegungen mit Massenbasis wie etwa im Iran im direkten Sinne des Wortes „aushungern“.

Das läßt sich auch am Vorgehen der USA im Iran selbst belegen. Beim Sturm auf das amerikanische Botschaftsgebäude fiel ein äußerst brisantes Dokument in die Hände der Besetzer. Es ist ein Brief von Moghadam-Maraghei an die Botschaft, in dem Ratschläge im Umgang mit der islamischen Revolution erteilt werden.

Dieser – inzwischen untergetauchte – Ratgeber der USA gehörte zu den Vertrauten des Ayatollah Shariat-Madari und dürfte als einer der Drahtzieher auch hinter der Islamisch-Republikanischen Volkspartei stehen, die in letzter Zeit durch ihre Aktionen in der Provinz Aserbaidschan von sich Reden machte. In der Provinzhauptstadt Täbris war es beispielsweise nicht gelungen, die Kräfte des alten Regimes auszuschalten. Im Gegenteil, z.T. gaben ehemalige SAVAK-Agenten in den neugebildeten Komitees den Ton an. Diese lenkten zusammen mit Grundbesitzern und großbürgerlichen Kräften den Kurs der Volkspartei. Um dem rapiden Schwund ihres Einflusses gerade auch nach der Besetzung der amerikanischen Botschaft entgegenzuwirken, verlegte man sich auf terroristische Überfälle und spektakuläre Aktionen.

Selbst der übergroße Teil der Geistlichkeit verlangte nun eine Auflösung der Partei und am 13. Januar wurde das Hauptquartier in Täbris besetzt. Shariat-Madari, in der hiesigen Presse ob seiner Forderung nach einem „liberalen Wirtschaftssystem“ als gemäßigt gepriesen (siehe: Der Spiegel, 17.12.1979), betonte nun, er sei kein Mitglied der Partei und für deren Taten nicht verantwortlich. Die teilweise Ausschaltung dieses amerikanischen Aktivpostens auch im Hinblick auf die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Iran war wohl auch der letzte Anstoß für die US-Regierung, zu eigenen Aktionen überzugehen.

Als Druckmittel gegen den Iran und zugleich zum Schutz ihrer Vasallen in Ägypten, Israel, Kenia, Somalia und dem Sultanat Oman sollen hier nun US-Militärstützpunkte entstehen, die zugleich die Möglichkeit zur Rückkehr zur klassischen „Kanonenbootpolitik“ eröffnen. Inwieweit allerdings das Konzept, in die vormalig ausgeübte Rolle eines Weltpolizisten zurückzuschlüpfen und Regierungen nach Belieben einzusetzen bzw. „loszuwerden“, aufgeht, bleibt abzuwarten. Der Jubel über die angebliche Heilung des Vietnam-Syndroms kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß beispielsweise der gegen den Iran verhängte Boykott selbst in Kreisen der US-amerikanischen Verbündeten nicht geschlossen befolgt wird und durch das Angebot von Ersatzlieferungen sogar von seiten lateinamerikanischer Staaten wohl nur begrenzte Wirksamkeit besitzt.

Was die direkten Kriegsvorbereitungen gegen den Iran anbetrifft, so sind diese in aller Welt auf Kritik gestoßen und selbst Bundeskanzler H. Schmidt sprach von einer „Überreaktion“. Er mußte sich jedoch von Außenminister Genscher korrigieren lassen, der die „Führungsrolle“ der USA lobte und die Warnung von der „Überreaktion“ an die Adresse der eigenen Bevölkerung gerichtet sehen wollte. Es besteht also die konkrete Gefahr, daß die BRD wie schon während des Vietnamkrieges als ergebener Bündnispartner eine Aggression der USA unterstützen wird. Dabei sollte man gerade die Lehren der letzten amerikanischen Verminungsaktion – es war die Verminung des Hafens von Haiphong im Jahre 1972 – nicht außer acht lassen: Nur ein Jahr später mußten die USA ihr militärisches und politisches Desaster mit den Pariser Vietnam-Abkommen eingestehen.